

Stenografisches Protokoll*

der 49. Sitzung
des Verteidigungsausschusses
als 1. Untersuchungsausschuss gem. Art. 45 a Abs. 2 GG
- zugleich 79. Sitzung des Verteidigungsausschusses -
am Donnerstag, dem 10.02.2011, 14.00 Uhr
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Berlin

Vorsitz: Dr. h. c. Susanne Kastner, MdB (SPD)

Tagesordnung

Zeugenvernehmungen gemäß den
Beweisbeschlüssen 17-56 und 17-45

Seiten

1 - 89

* Hinweis:

Die Zeugen Dr. Frank-Walter Steinmeier und Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel haben Einsicht in das Protokoll genommen.

Die Korrekturwünsche der Zeugen Dr. Frank-Walter Steinmeier und Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel sind dem Protokoll als Anlage 1 und Anlage 2 beigefügt.

[Seiten II - VII: Platzhalter für Teilnehmerliste]

(Beginn: 14.00 Uhr)

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fangen jetzt an. - Ich bitte die Pressevertreter, den Saal zu verlassen.

**Vernehmung des Zeugen
Dr. Frank-Walter Steinmeier**

Sehr geehrter Herr Dr. Steinmeier, ich begrüße Sie sehr herzlich im Namen des Ausschusses. Ich begrüße auch die Kolleginnen und Kollegen sehr herzlich zur 49. Sitzung des Untersuchungsausschusses, die zugleich die 79. Sitzung des Verteidigungsausschusses ist. Ich begrüße sehr herzlich den Herrn Wehrbeauftragten.

Ich komme zu dem **einzigen Punkt der Tagesordnung:**

Zeugenvernehmungen gemäß den
Beweisbeschlüssen 17-56 und 17-45

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie Sie der Tagesordnung entnehmen können, stehen heute insgesamt zwei Zeugenvernehmungen in öffentlicher Sitzung an.

Zunächst gebe ich einige allgemeine Hinweise. Die zahlreichen Vertreter der Medien weise ich darauf hin, dass keine Film-, Ton-, Bild- und Fernsehaufnahmen gemacht werden dürfen. Gleiches gilt für die auf der Tribüne befindlichen Besucher. Ich darf Sie daher bitten, sämtliche Film-, Ton- und Bildaufnahmegeräte aus dem Sitzungssaal zu entfernen. Die Vertreter der Medien und die Besucher weise ich darauf hin, dass die Benutzung von Handys nicht gestattet ist. Die Handys müssen während der gesamten Sitzung ausgeschaltet bleiben. Auch andere Formen der drahtlosen Kommunikation sind unzulässig.

Wir vernehmen die Zeugen in der folgenden Reihenfolge: erstens Bundesminister des Auswärtigen a. D. Dr. Frank-Walter Steinmeier, MdB, zweitens Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, MdB. Ich werde, wie in der Sitzung am 20. Januar 2011 beschlossen, nach der Vernehmung des Zeugen Dr. Steinmeier die Sitzung für 20 Minuten unterbrechen, um Ihnen Gelegenheit für Fotos und Presseerklärungen zu geben. Danach wird die Sitzung mit der Vernehmung der Zeugin Bundeskanzlerin Dr. Merkel fortgesetzt.

Für den Fall, dass Teile der Vernehmungen als Geheim eingestuft werden, weise ich

bereits an dieser Stelle ausdrücklich auf die Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages hin. Ich möchte zudem darauf hinweisen, dass nach § 7 der Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages eine entsprechende Beschlussfassung herbeigeführt werden muss, wenn über Verschlussachen der Geheimhaltungsgrade VS-Vertraulich und höher beraten wird.

Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass im Falle einer Einstufung der Vernehmung mit einem Geheimhaltungsgrad VS-Vertraulich oder höher ein Wechsel des Sitzungssaals erforderlich wird. Daher bitte ich Sie, etwaige Vernehmungsteile, die einer entsprechenden Einstufung bedürfen, gesammelt am Ende der Vernehmung zur Sprache zu bringen. Im Vorfeld der heutigen Vernehmung haben sich die Fraktionen im Ausschuss darauf verständigt, einen unter Umständen erforderlichen eingestuften Vernehmungsteil in dem Ihnen bekannten Sitzungssaal des Reichstagsgebäudes durchzuführen.

Ferner weise ich darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind. Im Falle eines Vorhalts möchte ich daran erinnern, dass die beigezogene Unterlage dem Zeugen durch den Fragesteller vorzulegen ist. Das Sekretariat ist hier zur Hilfestellung bereit. Ich bitte aber, auch für das Protokoll, um eine klare Benennung der Fundstelle mitsamt der MAT-Nummer.

Im Falle der Einstufung der Sitzung wird die Wortprotokollierung grundsätzlich weitergeführt. Bestehen hiergegen Einwände? - Das ist nicht der Fall. Damit ist eine durchgehende Wortprotokollierung beschlossen.

Dann kommen wir jetzt zu den Zeugenvernehmungen. Wir beginnen mit der Vernehmung des Zeugen Abgeordneter Dr. Frank-Walter Steinmeier.

(Abg. Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU) meldet sich zur Geschäftsordnung)

- Zur Geschäftsordnung, Herr Kauder?

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Herr Dr. Steinmeier ist zielgerade auf den mittleren Tisch gesteuert. Er hat ja Erfahrung mit Untersuchungsausschüssen. Bisher saßen die Zeugen immer an diesem Tisch, wenn wir hier getagt haben,

(Widerspruch von der SPD)

was deshalb besser ist, weil der Zeuge näher bei uns sitzt. Diejenigen, die an der Seite sitzen, haben noch einen seitlichen Blick auf den Zeugen. Ich rege also an, dass Herr Dr. Steinmeier dort sitzt, wo er auch zielgerichtet hingesteuert ist.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:

Also, Herr Kauder, der vordere Tisch ist der Stenografentisch. Bitte erinnern Sie sich daran, dass wir bei den öffentlichen Vernehmungen von Herrn Schneiderhan und Herrn Wichert ebenfalls diesen Platz gewählt haben.

(Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Das ist ganz korrekt! Wie Guttenberg!)

Sehr geehrter Herr Dr. Steinmeier, ich weise Sie darauf hin, dass die Sitzung mit einem Tonband aufgezeichnet wird. Dies dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird später gelöscht. Das Protokoll dieser Vernehmung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben anschließend die Möglichkeit, Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Herr Dr. Steinmeier, Sie sind mit Schreiben vom 17. Dezember 2010 geladen worden. Das Beweisthema ist Ihnen mit dem Untersuchungsauftrag und dem Beweisbeschluss zugegangen. Der Beweisbeschluss ist Ihnen und den Mitgliedern bekannt. Auf eine Verlesung kann daher verzichtet werden. Die erforderlichen Aussagegenehmigungen liegen vor.

Herr Dr. Steinmeier, nach den Vorschriften der Strafprozessordnung, die im Untersuchungsverfahren sinngemäß Anwendung finden, und den Vorschriften des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages - im Folgenden verwende ich die Abkürzung PUAG - muss ich Sie zunächst belehren: Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Danach kann derjenige, der vor dem Untersuchungsausschuss unedlich falsch aus-

sagt, gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis fünf Jahren bestraft werden. Nach § 22 PUAG können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Personen, die im Sinne des § 52 Abs. 1 Strafprozessordnung Ihre Angehörigen sind, in die Gefahr bringen würde, einer Untersuchung nach gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit eine entsprechende Einstufung erfolgen kann.

Nachdem ich Ihnen den Gegenstand der Vernehmung erläutert, Sie zur Wahrheit ermahnt und belehrt habe, komme ich nun zur Vernehmung. Herr Dr. Steinmeier, auf eine Vernehmung zu Ihrer Person können wir verzichten, da dem Ausschuss Ihr Name, Ihr Familienstand sowie Ihre dienstliche Anschrift bekannt sind.

Ich komme nun zur Vernehmung zur Sache, Herr Dr. Steinmeier. Zunächst gebe ich Ihnen die Gelegenheit, dem Ausschuss das im Zusammenhang darzulegen, was Ihnen von dem Gegenstand der Vernehmung bekannt ist.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: In der Hoffnung, dass das einige der Fragen, die Sie haben werden, schon beantwortet, nehme ich gern die Gelegenheit wahr und stelle die Dinge aus meiner Sicht im Zusammenhang dar. Ich will dazu nicht zu weit ausholen, um die Beratungen hier nicht zu verlängern. Aber vielleicht ist es gut und sinnvoll, wenn ich Ihnen sage, aus welchem Kontext ich damals wahrgenommen habe, dass in Afghanistan, in Kunduz, am 4. September sich ein militärischer Einsatz ereignet hat, von dem ich damals angenommen habe, dass er ein Einschnitt und dass er auch entscheidend für den weiteren Aufenthalt, das weitere Engagement in Afghanistan sein wird.

Ich habe verschiedentlich in der Presse gelesen, dass auch hier im Ausschuss oder mindestens außerhalb des Ausschusses gelegentlich die Frage erörtert worden ist, ob das nicht eine Zeit gewesen sei, in der die Republik oder die Spitze der Republik sich überwiegend schon im Wahlkampf befunden hätte. Ich glaube, damit unterschätzt man die

Bedeutung, die das Ereignis für die beteiligten Ministerien und auch für mich persönlich gehabt hat.

Mir war von Anfang an klar - wie Sie wissen, habe ich das auch an verschiedenen Stellen, auch in der Debatte im Deutschen Bundestag, entsprechend zum Ausdruck gebracht -, dass diese Ereignisse, über die wir auch heute hier reden, ein völlig neues Schlaglicht auf unseren Einsatz in Afghanistan werfen und dass das immerhin so bedeutsam ist, dass ich auch mehrfach gesagt habe, dass wir darüber nicht einfach zur Tagesordnung übergehen können, und dass das natürlich auch Pflicht und Verantwortung der zuständigen Bundesminister bedeutet, dann dort unmittelbar aktiv zu werden.

Warum war das aus meiner Sicht damals schon wahrnehmbar ein einschneidendes Ereignis? Weil dieses Jahr 2009 zwar hier in Deutschland ein Wahlkampfjahr war, aber für die Jahre des Einsatzes in Afghanistan eben auch ein besonders schwieriges Jahr war. Frühjahr/Sommer Afghanistan: Das war eine sich zuspitzende Sicherheitslage, das waren auch Geländegewinne der Taliban, über die wir damals gesprochen und andere geschrieben haben, und das war vor allen Dingen für uns, die wir Verantwortung getragen haben in der deutschen Politik - natürlich auch ein wichtiger Punkt -, sinkende Zustimmung in der deutschen Bevölkerung. Und wenn das eine schwierige Lage war, so bin ich mir bis heute sicher: Das war nicht nur meine, das war nicht nur unsere, die der damaligen Bundesregierung, Auffassung, sondern das war eine Analyse all derjenigen Staaten, die in Afghanistan damals engagiert waren, aller ISAF-Staaten. Das ist auch Grund dafür, weshalb in dieser Zeit nicht nur wir, sondern auch die Amerikaner und andere ihr Engagement strategisch durchaus neu justiert haben in diesem Jahr.

Ich habe damals im August 2009 erklärt, dass wir mit einer neuen afghanischen Regierung eine klare Perspektive für Dauer und Ende des militärischen Engagements erarbeiten sollten - das war noch einige Wochen vor diesem Ereignis, über das wir heute reden -, und habe dann in dem Zusammenhang vorgeschlagen, dass wir das in Abstimmung mit einem neu gewählten Präsidenten im Rahmen einer internationalen Konferenz machen sollten. Sie mögen mir abnehmen, dass ich bedaure, dass bei der internationalen Konferenz, die dann stattge-

funden hat, ich als Außenminister leider nicht mehr dabei war.

Worum es aber ging - und darum erwähne ich das hier -: Es war die Zeit, in der Afghanistan sich unter Sicherheitsbedingungen schwierig darstellte, in der viele, nicht nur wir, die Weichen neu gestellt haben - - und die Weichen nach schwierigen Diskussionen, die es in Deutschland gab, aber mit noch mehr und größerer Intensität auch in Ländern wie den Niederlanden oder Kanada, wie ich mich erinnere, eine Neuorientierung auch mit Entwicklung von Abzugsperspektiven für Afghanistan in der Diskussion war. Und in diesem Rahmen - deshalb sage ich das - kam die Nachricht über das Ereignis dieses Bombardements von Kunduz.

Mir war klar: Das war nicht nur ein gravierendes Sicherheitsereignis, das war eine Zäsur. Die vielen Opfer an sich waren tragisch genug. Aber dieser Angriff, dieses Ereignis, die Zahl der vielen Toten waren eben auch politisch kritisch, weil gerade nach den vielfältigen politischen Bemühungen des Jahres um eine Neuausrichtung die Nachricht über die Toten am Kunduz-Fluss das Potenzial hatte, diese ganze Neuausrichtung des Einsatzes international zu konterkarieren, und das in einer Situation, wo ich mich selbst gut genug daran erinnere, dass wir - wir waren da nicht die Einzigen, aber eben auch wir Deutschen - über die Jahre hinweg vor allen Dingen mit den Amerikanern, auch mit den Briten darüber gerungen haben, dass es auch bei militärischem Einsatz immer wieder darum gehen muss, das Vertrauen der afghanischen Bevölkerung zu erhalten und da, wo es verloren gegangen ist, zurückzugewinnen.

Zentrales Element dieser Überzeugungsversuche war eben immer - und das konnten wir damals gründen auf unsere Erfahrungen im Einsatz in Nordafghanistan -, auch andere davon zu überzeugen, zivile Opfer so weit wie möglich bei den Einsätzen zu vermeiden. Darum habe ich mich gekümmert, meine Staatsminister, Staatssekretäre, der Afghanistan-Beauftragte, den wir eingerichtet hatten, unser NATO-Botschafter. Alle, die mit Afghanistan-Fragen befasst waren, haben auf ihre Möglichkeiten und Gelegenheiten hin nach Chancen gesucht, davon auch andere in Afghanistan engagierte Staaten, auch Amerikaner, mit zu überzeugen.

Wir haben selbst dazu - daran war ich beteiligt - ein größeres Gespräch mit der damaligen Außenministerin Rice in Wa-

shington gehabt im August 2007. Wir haben Gespräche mit mehreren NATO-Außenministern im Dezember 2007 gehabt. Wir haben das Thema dann wieder aufgegriffen - Strategie in Afghanistan, Vermeidung ziviler Opfer - beim G-8-Treffen in Kioto im Juni 2008. Das war dann schon die Präsidentschaft nach uns, nach Deutschland. Wir haben immer wieder darauf gedrängt, dass Ziel des militärischen Einsatzes sein muss, zivile Opfer möglichst zu vermeiden.

Und natürlich bei den unterschiedlichen Einsatzbedingungen, die es in Afghanistan gab und gibt, haben wir uns damit auch nicht nur Freunde gemacht. Das ist vermutlich auch der Grund, weshalb die Reaktion einiger Partner der NATO dann nach den Ereignissen am Kunduz-Fluss auch relativ harsch ausfiel, auch für mich damals überraschend harsch ausfiel. Das hatte schon was damit zu tun, dass wir Deutsche natürlich mit unseren Erfahrungen, zivile Opfer können vermieden werden, in den Gesprächen der Jahre zuvor Überzeugungsarbeit geleistet haben oder jedenfalls in diese Richtung gedrängt haben.

Wie auch immer, und was am Ende entscheidend gewesen ist - auch für eine britische oder amerikanische Regierung -: Die Amerikaner haben sich jedenfalls neu orientiert in diesem Sommer 2009. McChrystal, ISAF-Oberbefehlshaber, hat im Sommer 2009 - ich denke, das ist bekannt - eine neue taktische Direktive herausgegeben, in der der Schutz der Zivilbevölkerung deutlich in den Vordergrund gerückt wurde.

Das ist deshalb wichtig, weil Sie ja danach fragen werden: Was hat dieses Ereignis vom 4. September 2009 für Sie bedeutet? Wozu haben Sie sich als Außenminister aufgefordert gefühlt? - Ich habe es als meine vordringliche Aufgabe verstanden, zu verhindern, dass dieses Bombardement in der Nähe von Kunduz, am Kunduz-Fluss unsere politischen Leitlinien und unsere Absichten, für die wir eingetreten sind bei dem Auslandseinsatz - - dass durch die Nachrichten über dieses Bombardement diese Leitlinien, unsere Glaubwürdigkeit untergraben werden. Deshalb habe ich in den ersten Tagen nach dem Vorfall zum Beispiel mit dem afghanischen Außenminister telefoniert - natürlich mit dem Ziel, dass in dieser unklaren Nachrichtenlage eine [sic!] Trübung des deutsch-afghanischen Verhältnisses eintreten wird, vor allen Dingen aber, um klar dort zu hinterlassen in dem Telefongespräch, dass es bei der deutschen Leitlinie trotz des Ereignis-

ses bleibt, bei unserem Einsatz zivile Opfer zu vermeiden.

Nachdem es dann im Verlaufe des Freitags auf einer Außenministerkonferenz ein paar kritische Stellungnahmen einiger europäischer Außenminister gegeben hatte - des luxemburgischen, des französischen - zu diesem Einsatz der deutschen Bundeswehr in Afghanistan, habe ich dann einige Telefonate mit europäischen Kollegen geführt, um dort zu hinterlassen: Die Nachrichtenlage ist unklar, gebt uns die Chance, das aufzuklären, bevor ihr mit scheinbar abschließenden Haltungen den Vorgang selbst kommentiert.

Und ich habe mich auch in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit hier im Deutschen Bundestag gefühlt, als wir dann am Montag/Dienstag in einigen europäischen Mitgliedsstaaten demarchiert haben - in Frankreich, Italien, Luxemburg, Schweden, gegenüber der Europäischen Union -, erstens um noch mal zu sagen: „Die Untersuchungen, die Aufklärungsbemühungen finden jetzt statt“, um zweitens aber gleichzeitig zu verhindern, dass wir uns durch diesen Vorfall, der überall als gravierend betrachtet worden ist, da auf der europäischen Ebene oder der NATO-Ebene auseinanderdividieren lassen.

Am 13.09., wenige Tage später, habe ich dann - natürlich auch aufgrund dieser aktuellen Entwicklung - die vorhin schon mal zitierten öffentlichen Überlegungen - wie weiter in Afghanistan? - in einem Zehn-Punkte-Plan verdichtet, um sozusagen in dieser Phase, in der es ja verständlicherweise viele kritische Diskussionen über die Fortsetzung des Afghanistan-Einsatzes gab, eine Orientierung zu geben, wie man damit umgehen kann. In dieser Zehn-Punkte-Orientierung, am 13. September veröffentlicht, war dann auch diese Vorstellung: vereinbarte Abzugsperspektive in Begleitung einer internationalen Konferenz. So ähnlich ist der Verlauf der weiteren Dinge am Ende dann ja auch gewesen.

Und schließlich und nicht zuletzt - auch das spielt ja eine entscheidende Rolle hier in diesem Untersuchungsausschuss - habe ich natürlich meinen Beitrag darin gesehen, beizutragen, dass es zu einer aufrichtigen Aufklärung gegenüber der Öffentlichkeit kommt, was nicht so ganz einfach war; das haben Sie mittlerweile hier im Untersuchungsausschuss ja auch hinreichend erfahren. Die Informationslage war in diesen ersten Tagen nach dem 4. September unklar, diffus, teil-

weise widersprüchlich. Das alles werden Sie aus den Aussagen anderer hier in ähnlicher Form gehört haben.

Ich habe jedenfalls - das ist ja auch öffentlich dokumentiert; insofern kann ich Ihnen da auch nichts Neues sagen - dann, wenn ich gefragt wurde, und an anderen Stellen auch ungefragt gesagt: Das, worauf es jetzt ankommt, ist, dass wir mit den Möglichkeiten der Bundesregierung und ihrer unterschiedlichen Ressorts schnellstmöglich und genauestmögliche Aufklärung schaffen. Und dazu haben ja dann auch ganz unterschiedliche Bemühungen stattgefunden: die Untersuchungskommission der ISAF, die noch an diesem Wochenende vor Ort gewesen ist, um sich dort ein Bild zu machen. Es hat im weiteren Verlauf der Woche dann eine afghanische Untersuchungskommission ihre Arbeit aufgenommen. Es hat eine von COMISAF eingesetzte weitere Kommission gegeben. IKRK hat eine Untersuchung eingeleitet, die dann, wenn ich das noch richtig weiß, allerdings erst relativ spät zu Ergebnissen kam.

Und natürlich haben sich auch die Mitarbeiter im Auswärtigen Amt bemüht, sich möglichst frühzeitig ein Bild von der Lage zu verschaffen, wo natürlich - das verstehen Sie - den Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes auch Grenzen gesetzt sind. Bei der Vorbereitung des militärischen Einsatzes war das Auswärtige Amt natürlich nicht einbezogen, was Sie auch daran sehen können, dass der zivile Leiter des PRT in Kunduz, Herr ████████, den Sie hier hatten, über eine Nachrichtenseite aus dem Internet von dem Vorfall selbst erfahren hat.

Ich sage das deshalb, weil, wenn das Auswärtige Amt nicht in die militärische Planung einbezogen war, natürlich auch von denselben Menschen der Untersuchung dieses Vorfalles, über den wir zu reden haben, dieser Untersuchung durch das Auswärtige Amt selbst Grenzen gesetzt waren: kaum eigene Möglichkeiten, vor Ort eigene Recherchen anzustellen. Aber soweit ich das jetzt aus den paar Aktenstücken gesehen habe, die ich mir noch mal durchgesehen habe, gab es da keine Sonderinformationen im Auswärtigen Amt, die nicht anderen auch zugänglich gewesen wären.

Ich habe jedenfalls mir berichten lassen von der Nachrichtenlage, von der Informationslage, die es am 04., 05., rund um diesen Zeitpunkt, gegeben hat. Ich habe aufgrund dieser Lage davon abgesehen, öffentlich zu

sagen, dass es keine zivilen Opfer gegeben hat. Ich habe mich rückblickend, ganz offen gesagt, gefragt, was ich eigentlich gesagt hätte, wenn die Aussagen von Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes zu diesem Zeitpunkt, am 04. oder 05., eindeutiger gewesen wären. Darüber wird man sicherlich jetzt im Verlaufe dieser Vernehmung noch reden können. Jedenfalls: Diese unklare Informationslage hat mich dazu veranlasst, gegenüber der Öffentlichkeit - - Und das Erste, was es dazu gab, war am 04.09. - das muss der Freitagnachmittag gewesen sein - eine Antwort gegenüber der *Ostsee-Zeitung*, in der ich sinngemäß gesagt habe, dass wir nicht wissen, wie viele Opfer es sind und ob zivile Opfer darunter sind; sinngemäß ähnlich dann in der *Bild am Sonntag* zwei Tage später und in ähnlicher Weise an dem Dienstag in der Plenardebatte, die wir nach der Regierungserklärung der Kanzlerin hatten.

Ich habe das nicht so formuliert, weil ich oder wir über eigene und besondere Erkenntnisse verfügt haben, sondern, wenn Sie so wollen, weil man nach ein paar Jahren Erfahrung in diesem Amt oder in unterschiedlichen Ämtern weiß, dass sich die ersten Nachrichten nach einem solchen Ereignis auch noch ändern können und dass man vorsichtig ist mit Festlegungen gegenüber der Öffentlichkeit, bevor Aufklärungsbemühungen überhaupt begonnen haben und bevor erste Ergebnisse dieser Aufklärungsbemühungen auch nur bei einem der Ressorts in der Bundesregierung angekommen waren.

Das ist der Hintergrund, weshalb ich in der Öffentlichkeit relativ zurückhaltend war. Und ich glaube, dass das nach meiner Beurteilung in der damaligen Situation auch die verantwortliche Haltung war, zurückhaltend zu sein, was die Möglichkeit ziviler Opfer angeht, zurückhaltend zu sein, die Gefahr völlig auszuschließen, und gleichzeitig schnellstmöglich Untersuchungen und Aufklärungen auf den Weg zu bringen.

Was dann die weiteren Aufklärungsbemühungen angeht, so wird ja entscheidend sein für die Vernehmung des heutigen Tages: Was ereignete sich zwischen dem Freitag, dem 04., und der Plenumsdebatte am 08.09.? Es gab, wie ich rückblickend weiß, offenbar den Bericht des Initial Action Teams, der dem BMVg am 07.09.2009 oder spätestens am 08.09. vorgelegen hat, in dem es erste, aber, wie ich mich erinnere, auch noch unklare Hinweise auf die Zahl der Opfer

gegeben hat. Dieser Bericht ist uns, dem Auswärtigen Amt, allerdings erst am Freitag dieser Woche, mit einigen Tagen Verspätung, am 11.09., zugegangen, sodass ich diesen Bericht bei meinem Debattenbeitrag im Deutschen Bundestag jedenfalls am 08.09. noch nicht zur Verfügung hatte.

Das vielleicht mit einigen wenigen Skizzen vorweg zur Einordnung des politischen Umfeldes in Afghanistan, wie ich es damals gesehen habe, und zur Erklärung, wohin ich meine Aktivitäten nach Kenntnisnahme des Vorfalles gerichtet habe. - Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:

Danke schön, Herr Steinmeier. - Können Sie uns vielleicht noch sagen, wann und durch wen Sie von diesem Luftanschlag erfahren haben?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier:

Unmittelbar an diesem Freitagmorgen, jedenfalls vor der Mittagszeit. Ich habe das mithilfe meines Kalenders noch mal recherchiert. Wir hatten an diesem Freitagmorgen eine etwas ausführlichere Presselage. In dieser Presselage war der Vorfall bekannt. Und wir haben dann auch erste Gespräche darüber geführt, wie man gegebenenfalls darauf öffentlich reagiert, wenn man dazu gefragt wird. Und die Frage dazu kam dann relativ schnell.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:

Danke schön. - Ich gebe jetzt der CDU/CSU das Wort. Herr Kollege Beck.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Vielen Dank, Herr Dr. Steinmeier, für Ihre Darstellung. Ich darf vielleicht da anknüpfen noch mal an der entsprechenden Information, wenn wir auf den 04.09. zurückgehen. Wann haben Sie denn zum ersten Mal von der Möglichkeit ziviler Opfer erfahren? Sie sagen, am Vormittag des 04. hatten Sie die Nachricht vom Ereignis selber. Wann war bei Ihnen so die erste Gewissheit über zivile Opfer da oder auch die Vermutung?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Nein, eine Gewissheit über zivile Opfer gab es nicht. Das habe ich vorhin im Zusammenhang ja versucht darzustellen. Es gab in der Berichterstattung, die ich an diesem Freitagmittag oder kurz vor Mittag aus meinem

Hause hatte, den Hinweis darauf, dass es eine vielfältige Berichterstattung aus Afghanistan und aus anderen öffentlich zugänglichen Quellen gibt, die einen jedenfalls nicht sicher sein lassen, ob zivile Opfer tatsächlich ausgeschlossen sind. Darauf habe ich mich gestützt.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Darf ich nachfragen? Ist es richtig, dass das Auswärtige Amt bereits am Vormittag des 04.09. erfahren hat, dass die NATO davon ausgeht, dass die Mehrzahl der Getöteten wohl Zivilisten seien?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Sie spielen da auf eine Mail an, wie ich weiß. Ich habe mir damals natürlich als Außenminister nicht die Mails im Einzelnen vorlegen lassen, sondern ich habe mir, wie sich das gehört, von den zuständigen Mitarbeitern eine Bewertung geben lassen über die Nachrichtenlage insgesamt. Und die war so, wie ich sie eben geschildert habe. Die Bewertung war, dass es verschiedene Informationen gibt: teilweise aus öffentlich zugänglichen Quellen, teilweise aus Afghanistan, teilweise aus der eigenen Bundeswehr. Kurz danach war ja auch die Bundeswehr, das Verteidigungsministerium schon mit einem eigenen Statement in der Öffentlichkeit. Und diese unklare Informationslage musste ich für mich bewerten in einer Weise, wie ich es Ihnen eben geschildert habe. Und wenn Sie es so zusammen sehen, glaube ich, gab es gar keine groß anderen Möglichkeiten, als bei der Unsicherheit und unklaren Informationslage davon auszugehen und zu sagen: Lasst uns den Sachverhalt aufklären und im Übrigen aber nichts ausschließen, was sich während der Aufklärung noch ergeben könnte.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Ich möchte noch mal beim Nachmittag des 04. bleiben, und zwar einfach in der Frage: Man kann es ja gut nachvollziehen, dass die Nachrichtenlage am 04. noch etwas unklar war, aber dass also bereits am Nachmittag des 4. September das Auswärtige Amt Auskunft erhielt von einem Aufklärer, Namen von 14 Personen, die als Zivilisten beim Angriff ums Leben gekommen sind. Es müsste also am Nachmittag, wenn Sie diese Nachricht bekommen haben, ja bereits eine Differenz gewesen sein zwischen dem, was vom Verteidigungsministe-

rium als Pressemitteilung, als Presselinie da war, und Ihrem Informationsstand.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ich habe Ihnen ja gesagt: Da sammelte sich vieles im Auswärtigen Amt, unter anderem auch E-Mails und Informationen aus der NATO, die sicherlich eher im Verteidigungsministerium waren als bei uns. Deshalb wird dieselbe Unklarheit, über die ich Ihnen eben berichtet habe, bei der Informationslage im Zweifel in beiden Häusern vorgelegen haben. Ich habe meine öffentliche Äußerung so verantwortlich wie möglich auf die Situation gestützt, wie ich sie Ihnen eben geschildert habe, und bin aus guten Gründen nicht weiter gegangen und habe mich nicht hinreißen lassen zum Ausschluss irgendwelcher Möglichkeiten, über die die Aufklärung ja gerade erst begonnen hatte.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Herr Dr. Steinmeier, wir haben ja mit der Einrichtung der PRTs eine Art Doppelstruktur.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ja.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): An der Spitze steht einmal ein militärischer Befehlshaber, ein Oberst, und es ist ein Vertreter des Auswärtigen Amtes, in diesem Fall Herr [REDACTED]. Sie haben vorher, wenn ich es richtig mitbekommen habe, erklärt, dass Herr [REDACTED] per Zufall, eigentlich durch einen Blick ins Internet, von diesem Luftschlag erfahren hat. Ist das richtig?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: So weiß ich es heute auch, dass Herr [REDACTED] offensichtlich morgens an seinen Arbeitsplatz gegangen ist, seinen Computer hochgefahren hat und beim Hochfahren des Computers auf der Nachrichtenseite von dem Vorfall erfahren hat, ja.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Ein Schwerpunkt unserer Befragungen in den letzten Monaten war immer die Frage der Kommunikation. Wenn ich also mir da vorstelle, es gibt also da zwei Spitzen in diesem PRT, hätte ich mir eigentlich normal gedacht, dass man entweder von der militärischen oder von der zivilen Seite über einen so gravierenden Vorfall - Sie haben ja gesagt, es war im Grunde eine Zäsur auch

für Sie in der Frage der Einschätzung - Kontakt aufnimmt und dann möglicherweise auf einem direkten Weg auch die Amtsspitze in Berlin unterrichtet. Hätten Sie ein solches Vorgehen gewünscht? Oder könnte man hier auch nicht - - Nein, andersherum gesagt: Warum ist dies nicht geschehen, schlicht und ergreifend?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Das haben Sie sicherlich die militärisch Verantwortlichen in Kunduz auch gefragt. Ich kann im Übrigen jetzt nicht von mir aus unterstellen, ob die militärische Bewertung tatsächlich von den Verantwortlichen so stattgefunden hat, wie Sie eben unterstellt haben. Aber, ich glaube, auch in Kunduz war man sich bewusst, dass das ein gravierender Vorfall war. Insofern hätte ich mir in der Tat gewünscht, dass schnell und umfassend auch die zivile Seite des PRT unterrichtet worden wäre. Das ist offensichtlich nicht der Fall gewesen, aus welchen Gründen auch immer - möglicherweise deshalb, weil die militärische Führung zunächst mal die Priorität darin gesehen hat, das eigene Verteidigungsministerium zu unterrichten, und deshalb die Unterrichtung der zivilen Seite unterblieben ist.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Sie haben vorher auch angedeutet, dass für Sie natürlich auch im Verlauf des Tages klar geworden ist, dass Sie sich im Grunde natürlich auch für sich selber Klarheit verschaffen müssen in dieser unklaren Situation. Sie haben gesagt, Möglichkeiten der eigenen Untersuchung, eigenen Aufklärung hatten Sie nicht zur Verfügung. Aber es ist doch, wenn ich das richtig sehe, ein entsprechender Informationsstrang bis in das PRT. Warum ist dieser Strang von Ihnen jetzt in Richtung Aufklärung nicht genutzt worden?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ich weiß jetzt nicht, wie Sie zu der Behauptung kommen. Herr [REDACTED] hat seinen Auftrag ja richtig verstanden und hat sich mit seinen Möglichkeiten vor Ort versucht zu erkundigen. Aber Sie wissen auch, dass die erste Reise, die ISAF unternommen hat an den Ort des Bombardements, an den Kunduz-Fluss, auch ausschließlich unter - - ohne jedenfalls den zivilen Leiter stattgefunden hat. Darüber kann man sich beklagen. Aber wenn der Hinweis darauf stattgefunden hat, dass die Sicherheitslage die Mitnahme des zivilen

Leiters des PRT nicht erlaubt hat, dann ist das jedenfalls eine Begründung, die ich im Zusammenhang dieser Tage rund um den 4. September 2009 nachvollziehen kann.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Ich möchte doch noch mal nachhaken, Herr Dr. Steinmeier, weil die Frage der zivilen Opfer ja auch eine sehr grundlegende Bedeutung in der Beurteilung des Falls hat. Das haben Sie vorher auch, meine ich, sehr eindrücklich und nachdrücklich dargestellt, welche Rolle auch dieses Ereignis in der Frage der Bewertung der bisherigen Strategie oder der Neuausrichtung der Strategie hatte. Deshalb noch mal nachgefragt: Der Vertreter des Auswärtigen Amtes hat auf Nachfrage hier erklärt, dass er zu diesem Zeitpunkt und auch danach keinerlei Rückmeldung oder Rückfragen aus dem Auswärtigen Amt in dieser Frage erhalten hatte.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Das ist für Sie möglicherweise ungewöhnlich. Ich finde es jetzt, wenn er das so gesagt hat, gar nicht ungewöhnlich, weil die Bündelung der Nachrichten aus den PRTs von den zivilen Leitern, die dem Auswärtigen Amt zugeordnet werden, zunächst mal über die Botschaft in Kabul zusammengeführt wird. Und es kann durchaus sein, dass das Afghanistan-Referat in diesem zeitlichen Zusammenhang, an diesen Tagen zwischen dem 4., 6., 7. September, in dichtem Kontakt mit der Botschaft in Afghanistan gewesen ist.

Aber ich kann jetzt auch aus Ihrem Vorhalt nicht erkennen, dass den Mitarbeitern in irgendeiner Form ein Vorwurf zu machen ist. Es waren ja diejenigen, die mich jedenfalls vollständig unterrichtet haben, welche Informationslage sich ergibt, und die auch unterrichtet haben darüber, dass sie jedenfalls von der ersten Untersuchung in Begleitung von McChrystal am Kunduz-Fluss selbst aus Sicherheitsgründen ferngehalten worden sind.

Das war die Lage, die sich - cum grano salis - über das Wochenende ergab, bis ich dann am Montag selbst mit dem damaligen Verteidigungsminister, mit Herrn Jung, zusammengetroffen bin.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Also, ich darf noch mal festhalten: Sie haben zum Beispiel am 06.09. in der *Bild am Sonntag* gefordert, schnellstmöglich

genauestens und umfassend aufzuklären. Ich habe jetzt keinen Vorwurf gegenüber Herrn ██████ gemacht. Aber wenn ich also da - - Ich hätte ja auch Verständnis - es waren tatsächlich Wahlkampfzeiten -, dass von Ihrer Seite aus keine weiteren Untersuchungen, Nachfragen oder entsprechende Recherchen in der Frage der zivilen Opfer unternommen worden sind. Ist dies richtig?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Das Auswärtige Amt stand auch in diesen Zeiten - - Sie mögen das jetzt anders sehen. Aber auch in diesen Zeiten und obwohl Wahlkampf war, standen meine Mitarbeiter natürlich auch in Kontakt mit dem Verteidigungsministerium. Das Verteidigungsministerium wusste über meine Mitarbeiter auch, dass wir an einer schnellen und umfassenden Aufklärung interessiert waren. Wenn ich sage, es bestanden keine zusätzlichen Aufklärungsmöglichkeiten, dann liegen die in den natürlichen Grenzen, die Zivilisten nach einem solchen militärischen Einsatz notwendigerweise haben, auch in Afghanistan haben. Insofern ist das hoffentlich jetzt die Antwort auf Ihre Frage, die keinen Rest offen lässt.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Herr Dr. Steinmeier, darf ich Sie fragen: Wie war denn der Kontakt mit dem Verteidigungsminister? Sie haben den gerade angesprochen. Haben Sie von sich aus den Kontakt aufgenommen? Hat der Verteidigungsminister Sie informiert über diese Dinge? Weil es ja nun wirklich am 04. und 05. - - Sie haben in Telefonaten mit Außenministern anderer Nationen auch gesprochen, um also da nun bestimmte Kritik auch zurückzuweisen. Wie war denn da der Informationsstrang? Wie müssen wir uns das vorstellen?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Also, mir war klar, dass das ein Ereignis ist, was zwar aufgrund einer militärischen Entscheidung ausgelöst worden ist, das aber außenpolitisch gravierende Folgen hätte haben können. Die Gründe habe ich Ihnen vorhin genannt. Deshalb mein Versuch, gegenüber einigen europäischen Kollegen erst mal darauf zu dringen, dass die notwendige Aufklärung geleistet wird, und in Afghanistan bei meinem Kollegen zu hinterlassen, dass dieses etwa nicht verstanden wird als ein Bruch mit unseren bisherigen Überzeugun-

gen und Einsatzbedingungen, wie sie bis dahin für die ersten acht Jahre des Einsatzes ja auch gegolten haben und, Gott sei Dank, Ereignisse wie diese nicht stattgefunden haben.

Es gab diese unklare Informationslage am Freitagnachmittag und am Samstag, die ich Ihnen geschildert habe. Ich habe mitbekommen, dass sich darüber über den Sonntag nichts verändert hat, und bin deshalb in Kenntnis, dass wir in Bonn zusammentreffen würden bei einem öffentlichen Festakt dort, am Montagmorgen, glaube ich, mit ihm dort zusammengetroffen. Das war dann schon einen Tag vor der Parlamentsdebatte.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Sie sprechen die Parlamentsdebatte und die Regierungserklärung an, die am 8. September ja stattgefunden haben. Aufgrund welcher Informationslage sind Sie praktisch in diese Regierungserklärung hineingegangen? Sie hatten ja den Bericht.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ich hatte ein Zweifaches, ja. Den Bericht hatte ich nicht, diesen IAT-Bericht; darum die letzten Sätze in meinem Vortrag am Anfang. Ich hatte die Hinweise aus meinem eigenen Haus, die noch mal zusammengefasst waren und aktualisiert waren für den Montag, in der Vorbereitung der Parlamentsdebatte am Dienstag - in denen war auch noch mal all das zusammengefasst, was die Pressestelle des Verteidigungsministeriums, die Staatssekretäre und der Minister bis zu diesem Zeitpunkt gesagt hatten -, und die bewerteten Hinweise aus meinem eigenen Haus, die darauf hingewiesen haben: Es steht dagegen aber auch der eine oder andere Hinweis, dass es möglicherweise doch zivile Opfer gegeben hat.

Wir dürfen nicht ganz vergessen, dass es darüber am 05. und am 06. jeweils in der *Washington Post* schon Berichte gegeben hatte, die die Wahrscheinlichkeit von zivilen Opfern zum Ausdruck gebracht hatten. Und das Letzte, was mir jetzt in Erinnerung geblieben ist, ist, dass mir Kollege Jung damals an dem Montag vor der Parlamentsdebatte sagte, es habe noch ein zusätzliches Element der Aufklärung gegeben; das sei der Brief von zehn afghanischen Offiziellen, in dem noch mal die Mitteilung enthalten sei, zivile Opfer seien nicht zu beklagen bei diesem Bombardement.

Das war die Mischung an Informationen, mit der ich in die Parlamentsdebatte gegangen bin, eine Lage, bei der ich weiterhin der Meinung war, dass vor Vorliegen der abschließenden ISAF-Untersuchungen wir tunlichst vorsichtig sein sollten, in der Öffentlichkeit zu behaupten, es habe keine zivilen Opfer gegeben. Es ist keine unterschiedliche Informationslage gewesen im Verteidigungsministerium und Außenministerium, vermute ich. Es sind unterschiedliche Bewertungen, die an diese Informationslage angeknüpft worden sind. Mehr Aufklärung kann ich an dieser Stelle, befürchte ich, dazu nicht leisten.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Dr. Steinmeier. Ich habe im Augenblick keine weiteren Fragen mehr an Sie.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Dann gebe ich der SPD-Fraktion das Wort, dem Kollegen Lars Klingbeil.

Lars Klingbeil (SPD): Herr Dr. Steinmeier, Sie haben darauf hingewiesen, dass Sie bereits am Nachmittag des 4. September - ich glaube, es war gegen 17 Uhr - eine öffentliche Erklärung zum Vorfall abgegeben haben, in der Sie zivile Opfer gerade nicht ausgeschlossen haben. Ich will da noch mal konkret nachfragen: Wenn Sie sich so sicher waren, dass man den Ausschluss ziviler Opfer nicht vornehmen darf, warum sind Sie dann nicht auf den Gedanken gekommen, am 4., 5. oder 6. September den Kontakt zu Verteidigungsminister Jung oder Bundeskanzlerin Merkel aufzunehmen und die ja eindeutig als falsch bewertete Haltung des BMVg auch zu korrigieren?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Na ja, mit dem Abstand von einigen Monaten kann man rückblickend sagen, wer sich in dieser Situation sicher gewesen ist. Ich war mir, offen gesagt, auch nicht sicher über das, was wirklich vorgefallen ist, hatte allerdings aufgrund langjähriger Erfahrungen den Eindruck, dass es nicht ganz ungefährlich ist, in einer Situation vor Beginn der Aufklärung, geschweige denn, dass Ergebnisse schon in erreichbarer Nähe waren - - hatte allerdings den Eindruck, dass es sehr gewagt ist, in diesem Zeitpunkt davon auszugehen, dass es bei der Größenordnung an Opferzahlen klug ist, vorauszusagen, dass darunter keine

zivilen sind. Insofern ja, es war, wenn Sie so wollen, ein von Erfahrung geprägter Umgang mit einer unklaren Informationssituation.

Lars Klingbeil (SPD): Sie haben gerade von dem Gespräch mit Bundesminister Jung am Montagabend berichtet. Gab es denn sonst Stellen, wo der Verteidigungsminister versucht hat, mit Ihnen eine gemeinsame Linie abzusprechen?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Nein, nicht über das Wochenende. Aber wir haben uns am Montag in Bonn getroffen, und wir haben dann am Dienstag am Rande der Plenumsdebatte auch noch mal Kontakt gehabt, also 24 Stunden später, und dann darauf in den folgenden Tagen mit Sicherheit auch. Wahrscheinlich wird am Mittwoch eine Kabinettsitzung stattgefunden haben - das habe ich jetzt nicht nachgeprüft für mich -, in der das auch ein Thema war. Aber sagen wir mal: Wenn dahinter die Frage steckt, ob es sozusagen aufsuchende Informationspolitik gegenüber dem Auswärtigen Amt gegeben hat, dann hat sich das jedenfalls an diesem IAT-Bericht, auf den wir einige Tage gewartet haben, nicht bewiesen.

Lars Klingbeil (SPD): Hat es denn seitens der Bundeskanzlerin vor der Regierungserklärung am 08.09. eine aufsuchende Informationspolitik gegeben?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ich gehe jetzt davon aus, ohne dass ich Ihnen das aus eigenem Wissen bestätigen kann, dass in Vorbereitung der Regierungserklärung, die sie am Dienstag abzugeben hatte, die Bundeskanzlerin sicherlich zur Vorbereitung ihrer eigenen Rede das Verteidigungsministerium um Informationen gebeten hat, ja.

Lars Klingbeil (SPD): Ich meine jetzt aber schon, -

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Umgekehrt? Weiß ich nicht.

Lars Klingbeil (SPD): - ob es Kontakt mit dem Außenminister gegeben hat vonseiten der Bundeskanzlerin.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Persönlich, was die Bundeskanzlerin etwa

durch direkten Kontakt mit mir angeht, kann ich das ausschließen. Welche Kontakte es auf Arbeitsebene gegeben hat, kann ich Ihnen jetzt nicht sagen. Das müsste man recherchieren.

Lars Klingbeil (SPD): Dann will ich noch mal zum Auswärtigen Amt kommen. Ist es denn richtig, dass Herr [REDACTED] mehrfach am 4. September gegenüber dem Auswärtigen Amt über die neuen Erkenntnisse aus Kunduz berichtet hat?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ich habe mir die E-Mails nicht im Detail vorlegen lassen. Aber es ist richtig, dass Herr [REDACTED] regelmäßig, auch an diesem Tage des 04.09., gegenüber dem Auswärtigen Amt berichtet hat per E-Mail, ja.

Lars Klingbeil (SPD): Und es ist davon auszugehen, dass diese Informationen auch im Verteidigungsministerium vorlagen, aber in beiden Häusern unterschiedliche Bewertungen getroffen wurden?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Was diese Mail von Herrn [REDACTED] angeht, kann ich Ihnen das nicht sagen. Ich weiß nicht, ob Sie die vorliegen haben und ob sich daraus erkennen lässt, ob die weitergegeben worden sind. Das weiß ich nicht. Was die auch im Auswärtigen Amt bekannten E-Mails aus der NATO angeht, denke ich, können wir unterstellen, dass die im Verteidigungsministerium genauso vorhanden waren.

Lars Klingbeil (SPD): Ich will noch mal zu einem anderen Spektrum kommen. Herr Dr. Steinmeier, haben Sie eigentlich den COMISAF-Bericht gelesen?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ich habe den COMISAF-Bericht aufgrund seines Volumens nicht in Gänze gelesen, aber die Zusammenfassung schon, ja.

Lars Klingbeil (SPD): Konnten Sie die Bewertung des Luftangriffes durch den Verteidigungsminister zu Guttenberg vom 6. November 2009, die er ja auf Grundlage dieses Berichtes getroffen haben will, seinerzeit nachvollziehen?

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Klingbeil, ich bitte Sie, konkrete

Fragen zu stellen und keine Bewertungsfragen.

Lars Klingbeil (SPD): Der Verteidigungsminister hat am 6. November bewertet, dass der Luftanschlag militärisch angemessen gewesen ist. Konnten Sie mit den Kenntnissen, die Sie über den COMISAF-Bericht haben, diese Bewertung nachvollziehen?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Na ja, auch der COMISAF-Bericht enthält ja in seiner Zusammenfassung die Hinweise auf Verfahrensfehler, die vorgekommen sind. Jenseits der Verfahrensfehler, die auch im COMISAF-Bericht bemängelt werden, hat der Verteidigungsminister dennoch von der Notwendigkeit des Angriffs gesprochen.

Lars Klingbeil (SPD): Dann habe ich noch mal eine andere Frage. Haben Sie denn den Feldjägerbericht auch gelesen?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Später. Ich weiß gar nicht; den haben wir zu meiner Zeit -- nein, zu meiner Zeit als Außenminister sicherlich nicht mehr gesehen im Auswärtigen Amt, sondern habe ich jetzt erst im Zusammenhang durchsehen können.

Lars Klingbeil (SPD): Haben sich denn Ihrer Einschätzung nach durch den Feldjägerbericht neue Erkenntnisse ergeben, die aus dem COMISAF-Bericht nicht hervorgehen?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Was das Vorliegen der Verfahrensfehler angeht, die ja tragend sind für den COMISAF-Bericht, so tauchen die eigentlich erst im COMISAF-Bericht, also in dem vorangehenden Bericht, zum ersten Mal auf. Dieser Teil der Vorwürfe oder der Fehler der Einsatzplanung wird im Feldjägerbericht eigentlich nur wiederholt.

Lars Klingbeil (SPD): Herr Kollege Körper fragt weiter.

Fritz Rudolf Körper (SPD): Hatten Sie in dem Zeitpunkt 04.09., 05.09., 06.09. Informationen zu diesem Vorgang im Bereich des Auswärtigen Amtes, die sich in ihrer Zusätzlichkeit von den Informationen unter-

schieden haben, die dem Bundesverteidigungsministerium in dieser Zeit vorlagen?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Nein, um einem Eindruck mit aller Deutlichkeit zu widersprechen, wenn der Eindruck entstanden sein sollte, im Auswärtigen Amt seien gar mehr Informationen über die Lage am 4., 5., 6. September in Afghanistan, in Kunduz möglich gewesen: Das ist wirklich irrig. Das, was ich gesehen habe in den Unterlagen, sind zwei dürre Hinweise, die Herr [REDACTED] zum einen beitragen hatte, zum anderen über das NATO-Referat eingegangen sind. Gemessen daran müsste der Informationseingang im Verteidigungsministerium - auch aufgrund der Einbindung in die internationalen ISAF-Strukturen in Afghanistan - deutlich größer gewesen sein.

(Abg. Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU) meldet sich zur Geschäftsordnung)

Fritz Rudolf Körper (SPD): Gab es in den Gesprächen am 04.09. nachmittags, 05.09. mit Ihren europäischen Kolleginnen und Kollegen auch Erkenntnisgewinn zu dem Vorfall als solchem?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Nein --

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Dr. Steinmeier, Herr Kollege Kauder hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Frau Vorsitzende, ich bitte, darauf hinzuweisen, dass der Zeuge über Tatsachen zu berichten hat und nicht zu berichten hat: Es müsste möglich gewesen sein, dass im Verteidigungsministerium -- Das ist eine Hypothese. Über Hypothesen hat ein Zeuge sich nicht zu erklären, sondern über Fakten. Er weiß entweder, was beim Verteidigungsministerium vorlag, oder er weiß es nicht.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Körper.

Fritz Rudolf Körper (SPD): Herr Kauder, ich habe den Zeugen befragt, ob es zusätzliche Informationen im Auswärtigen Amt gegeben hat, und ich glaube, dass diese Frage

absolut zulässig gewesen ist. Sie ist ja auch entsprechend beantwortet worden.

Jetzt habe ich die Frage nach den Tatsachen und Hinweisen gestellt, die es gegeben hat in den Gesprächen mit den europäischen Amtskolleginnen und -kollegen.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier:

Was ich in den Gesprächen festgestellt habe, war zunächst mal ehrliches Erschrecken. Die Lage, wie ich sie für uns geschildert habe in Deutschland, stellt sich für die anderen europäischen Kollegen ja nicht anders dar. Ich habe vorhin auf die Situation in den Niederlanden hingewiesen, in denen eine Regierung an der Frage des Einsatzes in Afghanistan zu zerbrechen drohte und am Ende auch zerbrochen ist. Insofern ist dieser Vorgang, ist dieses Ereignis am Kunduz-Fluss in der Tat in mehreren europäischen Staaten mit einiger Beunruhigung gesehen und zunächst bewertet worden. Und mit Blick auf die Vielzahl der Opfer, die angeblich zu beklagen war, hat sich dann auch die Vermutung bei vielen breitgemacht, dass auch zivile Opfer darunter sein müssten.

Mein Anruf bei den europäischen Kollegen galt ja zunächst mal nur dem Hinweis, dass ich gesagt habe: Wartet mit öffentlichen Erklärungen über die Ereignisse so lange, bis wir wirklich erste Untersuchungsergebnisse haben! - Das ist, glaube ich, in einer solchen Situation ein faires Verlangen. Und Sie sehen aus den Erklärungen der nachfolgenden Tage, spätestens nach dem Samstag, ab Sonntag, dass die Haltung der europäischen Kollegen dann auch sehr viel abgewogener war und die Europäer bereit waren, hier auf Aufklärungsergebnisse zu warten, um sie dann zu bewerten, wenn sie vorliegen. Also, ich glaube, das war eine sinnvolle Unterrichtung - vor allen Dingen gegenüber denjenigen, die sich bereits öffentlich geäußert hatten. Ich habe jedenfalls zur Kenntnis genommen, dass es öffentliche Äußerungen aus Besorgnis gab, aber nicht mit Hämte gegenüber Deutschland oder der Bundeswehr.

Fritz Rudolf Körper (SPD): Wie waren Sie, wie waren Ihre Staatssekretäre, wie war das Auswärtige Amt beteiligt an der Vorbereitung der Regierungserklärung, die die Kanzlerin am 08.09. zu dem Vorfall abgegeben hat?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ich persönlich gar nicht. Ich vermute, dass das den üblichen Gang - -

(Abg. Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU) meldet sich zur Geschäftsordnung)

- Bitte? Wegen der Vermutung?

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ja, Herr Dr. Steinmeier, wegen der Vermutung. - Gut.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ich persönlich war in diese Vorbereitung der Regierungserklärung nicht einbezogen. Ob auf der Arbeitsebene Informationen aus dem Auswärtigen Amt beigezogen worden sind, kann ich aus eigenem Wissen nicht sagen.

Fritz Rudolf Körper (SPD): Gut. - Sind Sie an dem besagten Zusammentreffen zwischen dem damaligen Bundesverteidigungsminister Jung und Ihnen am Montag - ich glaube, das war der 08.09. - beispielsweise auch darauf angesprochen worden, wie Sie, ich sage jetzt mal, zu Ihrer vorsichtigen Bewertung gekommen sind, was das Thema „zivile Opfer“ angeht?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Der damalige Bundesverteidigungsminister, Kollege Jung, hat in dem Gespräch, das wir bei dem Zusammentreffen bei dem Festakt in Bonn hatten, zunächst mal seinem Ärger darüber Luft gemacht, dass mehrere europäische Kollegen sich vorschnell und nachteilig über die Folgen dieses militärischen Einsatzes geäußert haben. Das war aber schon zu dem Zeitpunkt, als ich mit einigen der europäischen Kollegen telefoniert hatte und die Demarchen gegenüber einigen europäischen Hauptstädten bereits in Auftrag gegeben hatte, sodass wir dann darüber sehr kurz Verständigung erzielt hatten, dass wir diejenigen Staaten oder Regierungen, die sich öffentlich geäußert hatten, auf die stattfindende Aufklärung hinweisen.

Im weiteren Verlauf des Gespräches haben wir dann über dieses Schreiben gesprochen, von dem er mir berichtete - von dem ich bis dahin auch nichts wusste -, dass zehn afghanische Offizielle aus Kunduz oder der Region Kunduz in einem Schreiben niedergelegt haben, dass es keine zivilen Opfer bei diesem Einsatz gegeben hat. Das habe ich zur Kenntnis genommen.

Fritz Rudolf Körper (SPD): Haben Sie zu irgendeiner Zeit Tatsachen, Fakten erlebt, die Sie zu einem Ergebnis kommen ließen, dass es innerhalb des Auswärtigen Amtes nicht zu ausreichender Information - ich will nicht sagen: zu Informationspannen - gekommen ist, im Vergleich zu dem, was es an Informationsdefiziten und Informationspannen im Bundesverteidigungsministerium gegeben hat?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Also, ich fühlte mich durch meine Mitarbeiter jedenfalls gut unterrichtet und finde, dass man heute zu den öffentlichen Äußerungen auch noch stehen kann.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Danke schön. - Jetzt kommt die Fraktion der FDP. Herr Kollege Spatz.

Joachim Spatz (FDP): Herr Kollege Steinmeier, ist es richtig, dass das Auswärtige Amt - und damit Sie persönlich - auch zum damaligen Zeitpunkt die politische Federführung für den Afghanistan-Einsatz hatte?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Federführung hatte das Auswärtige Amt für Afghanistan, natürlich unter Wahrung der Ressortverantwortlichkeit. Das sage ich deshalb, weil ich gleichzeitig darauf hinweise, dass natürlich militärische Einsatzbefehle, militärische Einsatzbeurteilungen trotz Federführung des Auswärtigen Amtes in der Ressortzuständigkeit des BMVg lagen und liegen.

Joachim Spatz (FDP): Sie hatten ja vorhin ausgeführt, dass es in Reaktion auf das Ereignis deutliche abwertende Beurteilungen von zum Beispiel Frattini, Ferrero-Waldner, Asselborn und anderen gegeben hat - ja bedeutende europäische Persönlichkeiten - und dass im Gegensatz dazu die Informationen, die Sie von Herr [REDACTED] hätten erhalten können, von Ihnen, ich sage mal, nicht umfänglich entgegengenommen worden sind.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Spatz, -

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Was wollen Sie damit sagen?

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: - auch Sie weise ich darauf hin: „hätten erhalten können“.

Joachim Spatz (FDP): Okay. - Dann frage ich anders: Haben Sie persönlich zu irgendeinem Zeitpunkt im Bereich 4. bis 9. September irgendeine Aktion veranlasst, um zu versuchen, über die Kanäle des Auswärtigen Amtes sich selber Informationen zu verschaffen, um, ich sage mal, die verschiedenen Interpretationen, wie Sie es vorhin genannt haben, über eigene Informationskanäle aufzuklären? Haben Sie zu irgendeinem Zeitpunkt irgendeine klärende Aktion im eigenen Hause als der politisch Federführende veranlasst?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Herr Kollege, ich weiß nicht, wie Sie sich die Führung eines Auswärtigen Amtes vorstellen. Wenn Sie sich die so vorstellen, dass der Außenminister zum Telefonhörer greift und den Referenten an der Botschaft oder den PRT-Mitarbeiter anruft, dann könnte ich Ihre Frage leichter beantworten. Nur, die Organisation - jedenfalls wenn man sie verantwortlich betreibt - im Auswärtigen Amt funktioniert anders, nach anderen Grundsätzen. Sie dürfen gar nicht sozusagen E-Mail-getrieben Ihre eigene Politik bestimmen, sondern Sie haben - darum setzen Sie die Leute dahin - zuverlässige, erfahrene Mitarbeiter in den Referaten, in den Länderreferaten, die Ihnen eine Bewertung von Hunderten von Einzelvorgängen, die an einem solchen Tage eintreffen, vornehmen.

Der damalige Referatsleiter, den ich dort hatte, ein guter Referatsleiter, ist aus diesen Gründen auch Botschafter in Kabul geworden - wahrscheinlich haben ihn viele von Ihnen auch dort getroffen -, Herr König. Das ist jemand, dem ich vertraue, mir eine Einschätzung zu geben, ob das, was als Einzelmeldung hereinkommt, stellvertretend steht für die Gesamtlage oder ob das ein Aspekt von vielen ist und ich mich darauf einrichten muss, dass die Informationslage für eine gewisse Dauer unklar bleibt. So gehe ich vor. Das ist Teil der Aufklärungsarbeit des Auswärtigen Amtes, ohne dass der Außenminister selbst den zuständigen PRT-Leiter anrufen muss.

Joachim Spatz (FDP): Also, ich habe, um das klarzustellen, nicht danach gefragt, ob Sie Ihren PRT-Leiter anrufen, sondern ob

Sie irgendeine Maßnahme, zum Beispiel auch die systematische Abfrage eben dieser betroffenen Personen, Referatsleiter oder so was, veranlasst haben, irgendeine Maßnahme aktiv betrieben haben und nicht darauf gewartet haben, dass Ihnen irgendjemand was mitteilt.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ich habe ja schon - -

Joachim Spatz (FDP): Und das bei einem Fall, den Sie selber im europäischen Rahmen für bemerkenswert gehalten haben und auch vorhin als eine der großen Sollbruchstellen im Afghanistan-Einsatz - - befasst haben und nicht irgendeinen Routinevorfall. Haben Sie zu irgendeinem Zeitpunkt aktiv eine Abfrage oder Ähnliches veranlasst?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Wissen Sie, ich habe ja recht mit der Vermutung, dass Sie unterstellen, dass das Auswärtige Amt funktioniert wie eine Finanzbehörde, die sozusagen Einkommensteuerbescheide einfordert. Es funktioniert genau andersherum. Wenn ich im Auswärtigen Amt darauf warten müsste, dass mir jemand etwas zuträgt, dann würde der ganze Laden nicht funktionieren. Sondern Sie müssen den Laden so aufrichten, dass bei einem solchen Ereignis der Referatsleiter Afghanistan Ihnen geradezu aufdrängt, dass da etwas ist, um was sich im Zweifel auch der Minister kümmern muss.

Deshalb habe ich nicht warten müssen oder auch nicht fragen müssen, sondern meine Leute haben mir berichtet, dass dieses Ereignis erstens ein gravierendes ist und zweitens eine unklare Lage über die Zahl und Art der Opfer ausmacht. Und darauf habe ich mich eingestellt.

Ansonsten haben die natürlich versucht, mit ihren Möglichkeiten nicht nur am Nachmittag des 4. September, sondern auch darüber hinaus an Informationen zu kommen, selbstverständlich. So funktioniert das.

Joachim Spatz (FDP): Gut. Ich stelle also fest: Sie haben aktiv nichts veranlasst. - Ich stelle eine weitere Frage.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Frau Vorsitzende, würden Sie das bitte klar-

stellen? Das geht so nicht. Nein, das geht so nicht.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Spatz, vielleicht können Sie Ihre eigene Meinung etwas zurücknehmen und auch diese eigene Meinung zurücknehmen.

Joachim Spatz (FDP): Also, ich nehme nichts zurück. Nach meiner Auffassung ist die Frage nicht hinreichend beantwortet. Das ist eine Bewertung.

Ich stelle eine weitere Frage. Sie sprachen vorhin von den Aufklärungsergebnissen, die Sie abwarten wollten, bis Sie zu einer endgültigen Bewertung gekommen sind. Welche Aufklärungsergebnisse meinen Sie? Waren es die Ermittlungen des Bundesverteidigungsministeriums? Waren es die Ermittlungen von ISAF? Welche Aufklärungsergebnisse haben Sie gemeint, die Sie abwarten wollten?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Selbstverständlich die des Verteidigungsministeriums, weil das Verteidigungsministerium noch an dem Freitag kundgetan hat, dass die Aufklärung des Ereignisses jetzt beginnt. Und im Verlaufe der Woche haben sich dann weitere Bemühungen von ISAF und der afghanischen Regierung gezeigt, ebenfalls in eigene Aufklärungen dort einzutreten.

Joachim Spatz (FDP): Den COMISAF-Bericht, gehe ich mal davon aus, dass Sie meinten. - Welche Aufklärung hat - -

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Entschuldigung, darf ich noch mal? - Dass am Ende die ISAF-Bemühungen um Aufklärung in dem COMISAF-Bericht enden würden, das war am 8./9. September noch nicht abzusehen.

Joachim Spatz (FDP): Gut. - Ist Ihnen bekannt, welche Aufklärung das Bundesministerium der Verteidigung machen wollte?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Sie meinen, in welchem Dokument sich das erschöpfen - - Ich meine, das Bundesverteidigungsministerium war doch von der Sekunde des Einsatzes her nicht nur bemüht, sondern in der Pflicht, die Vorbedingungen des Einsatzes, das Verfahren, das zu der Entsch-

zung über den Einsatz geführt hat, bis hin zu den Konsequenzen und den Opfern selbst mit den eigenen Möglichkeiten aufzuklären. An diesem Freitag, Herr Kollege, spielte noch keine Rolle, in welchem Dokument man am Ende eine solche Aufklärungsarbeit dann zusammenstellt - ob das ein COMISAF-Bericht oder ein Feldjägerbericht oder was immer der Fall sein würde. Das war an diesem Wochenende, über das wir reden, noch nicht Kern der Debatte.

Joachim Spatz (FDP): Ist Ihnen bekannt geworden im Laufe der folgenden Woche, dass der Bundesminister der Verteidigung die eigenen Ermittlungen, also über die Feldjäger, verfügt hat einzustellen?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Kann sein, habe ich aber jetzt nicht mehr in Erinnerung. Ich weiß aber nicht mehr, ob ich das in dieser Woche wahrgenommen habe.

Joachim Spatz (FDP): Haben Sie als federführender Minister in der Kabinettsitzung, von der Sie vorhin sagten: „Da ist über den Fall wahrscheinlich gesprochen worden“, darauf gedrängt, dass es eine einheitliche Bewertung geben soll, was das Thema, die Möglichkeit ziviler Opfer anbetrifft?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ich habe jetzt keine Erinnerung an den Verlauf der Kabinettsitzung. Aber die Parlamentsdebatte am Tag vorher hat ja schon eine relative Vereinheitlichung in der öffentlichen Sprache gebracht. Wenn ich mich recht erinnere, hat auch die Bundeskanzlerin in der Regierungserklärung zivile Opfer nicht völlig ausgeschlossen und lag damit ab dem Dienstag auf einer ähnlichen Linie, wie ich sie in der Öffentlichkeit auch vertreten habe. Insofern war das schon am Mittwoch jedenfalls nicht mehr das Hauptthema.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Jetzt ist die Zeit um. - Ich gebe der Fraktion Die Linke, der Kollegin Buchholz, das Wort.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Herr Steinmeier, ich möchte anfangen auch bei der Frage, was im PRT vom zivilen Leiter dort unternommen wurde, nicht unternommen wurde und inwiefern das Verhältnis auch zum militärischen Strang war. Wer einmal in Kunduz war, weiß, dass natürlich der

zivile Teil sehr, sehr gering ist: zu 1 300 anwesenden Soldaten drei Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes. Aber war Ihnen vorher bewusst, inwiefern der zivile Leiter des PRT Kunduz in die Informationskette und in Entscheidungsprozesse in ähnlichen Fällen eingebunden ist?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Es sind unterschiedliche Aufgaben, der militärische Teil des PRT und der zivile Teil des PRT. Insofern - - Ich habe vorhin gesagt auf eine Frage Ihres Kollegen: Natürlich hätte ich mir gewünscht, dass in der betroffenen Nacht des 4. September die Nachricht an den Leiter des zivilen PRT schneller gegangen wäre. - Aber in Antwort auf Ihre Frage muss auch Klarheit bestehen, dass der Leiter des zivilen PRT nicht einbezogen ist in die militärischen Planungen. Seine Aufgabe als ziviler Leiter des PRT ist etwas anderes, nämlich Kontakt zu den zivilen Aufbauhelfern zu halten, helfend mit seinen Möglichkeiten dazu beizutragen, zivilen Wiederaufbau in Afghanistan voranzubringen, Kontakt zur Zivilgesellschaft zu halten. Deshalb sage ich - so wünschenswert es ist, dass in diesem Fall die Information schneller und besser geflossen wäre -: Ich würde und habe in meiner Zuständigkeit als Außenminister nicht verlangt, dass der Leiter des zivilen PRT in militärische Planungen einbezogen wird.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Das war auch nicht - - Das habe ich fragen wollen: Die Folgen, die ja nun auch auf den zivilen Aufbau eine wichtige Auswirkung haben, vor allen Dingen weil - so ist ja die Lesart auch der alten Bundesregierung gewesen - die Präsenz in Kunduz ja in erster Linie den zivilen Aufbau absichern sollte - - Gut.

Um an die Frage des Kollegen Spatz anzuknüpfen, die meines Erachtens auch nicht befriedigend beantwortet ist: Wessen Aufgabe wäre es denn gewesen, am zivilen Strang in Kunduz nachzuhaken, wenn Sie nun nicht, was ich auch sehe, persönlich einen Telefonhörer in die Hand genommen haben, in einer solchen zugespitzten Situation?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Wieso „Wessen Aufgabe wäre es gewesen?“ Die Aufgabe ist ja nicht unerledigt geblieben, sondern es hat ja, wie Sie aus den Schriftverkehren und Telefonverkehren vermutlich ermittelt haben, zwischen Afgha-

nistan und Berlin Dauerkommunikation an diesen Tagen gegeben, wie überhaupt in einem der wichtigsten Einsatzgebiete deutscher Bundeswehr und deutscher Hilfsorganisationen im Ausland die Kommunikation zwischen dem Einsatzgebiet und dem Auswärtigen Amt ja nicht sozusagen auf eine Konfliktkommunikation beschränkt ist, sondern man ist im Dauergespräch, auch in diesen Tagen natürlich.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Nun geht es ja nicht um die allgemeine Kommunikation, sondern darum, die Information zu verifizieren, in welchem Umfang es zivile Opfer gegeben hat. Wir haben eine Reihe von Unterlagen, aus denen Hinweise hervorgehen, dass es schon am ersten Tag zahlreiche zivile Opfer gegeben hat. Und was Ihre Kommunikation angeht, haben Sie das in dem Bereich nicht ausgeschlossen, sind aber sehr, sehr vage geblieben, während Sie sich sehr, sehr sicher am ersten Tag schon waren, dass die Taliban mit ihrer Aktion dort den Wiederaufbau und die Sicherheit gefährden wollten. Also, im gewissen Sinne haben Sie schon eine Sicherheit in der Interpretation gehabt, aber nicht sozusagen bewusst nachgehakt, was die zivilen Opfer angeht.

Ich möchte einen zweiten Punkt hinzufügen. In einer der Mails, die wir vorliegen haben, äußert ein Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes in Afghanistan, dass er befürchtet, dass Informationen über zivile Opfer eine Art Flutwelle der Empörung in Deutschland hervorrufen könnten, in Zeiten des Wahlkampfes. Also offensichtlich war diese Dimension Ihnen ja durchaus auch bewusst.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ja, und warum habe ich sie dann nicht ausgeschlossen? - Gut, ich darf nicht zurückfragen, Entschuldigung. Aber mir leuchtet die Frage nicht ein. Das darf ich, glaube ich, sagen. Ich meine, wenn ich darauf hinweise in einer öffentlichen Äußerung - ich weiß jetzt gar nicht, welche Sie meinen; aber wenn ich in einer öffentlichen Äußerung darauf hingewiesen habe -, dass die Taliban den Wiederaufbau stören: Diesen Satz hätte ich auch gesagt ohne den Anschlag am Kunduz-Fluss, weil das ist nicht eine Erfahrung aus den Tagen rund um den 4. September.

Und im Übrigen haben Sie vorhin aus meinen anderen Antworten bzw. der Eingangsbemerkung schon gehört, dass die Informationslage eben nicht so eindeutig war,

wie Sie sie nachträglich jetzt aus einzelnen Vermerken offenbar zusammenbasteln. Es waren verschiedene Informationen, die eingegangen sind. Und als verantwortlicher Außenminister müssen Sie sich daraus ein Gesamtbild verschaffen, möglichst ein solches, bei dem Sie auch 24 Stunden später noch an der Aussage festhalten, die Sie 24 Stunden vorher getroffen haben.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Sie hielten also beispielsweise - -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Frau Kollegin Buchholz, Sie dürfen nicht aus den Aktenlagen zitieren.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Ich zitiere auch gar nicht.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Doch. Sie haben gerade aus einer Aktenlage zitiert. Das dürfen Sie nicht.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Ich habe es umschrieben. Ich habe nicht wörtlich zitiert.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Nein, Sie haben es nicht umschrieben. Sie haben zitiert.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Gut. - Jetzt zitiere ich aber nicht, sondern stelle eine Frage, nämlich, ob Sie die der Presse zu entnehmende Stellungnahme von Stanley McChrystal und anderer NATO-Verantwortlicher, die bereits am 04.09. von zivilen Opfern sprach, für nicht belastbar hielten und warum.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ich habe doch gar keine disqualifizierende Äußerung gegenüber irgendeiner Pressemeldung - - Ich weiß jetzt auch nicht - - Sie können mich jetzt noch nach zehn anderen Pressemeldungen fragen. Es bleibt doch bei dem Gesamtbild, was ich Ihnen versuche zu zeichnen. Und da können Sie jetzt machen, was Sie wollen. Dieses Gesamtbild war eben kein eindeutiges, weder am 4. noch am 5. noch am 6. September. Und was machen Sie, wenn Sie in einer solchen Situation verantwortlich öffentlich Aussagen treffen wollen? Dann müssen Sie die Aussage treffen, die aufgrund einer solchen Situation einiger-

maßen tragfähig ist. Und ich war nicht am Kunduz-Fluss, habe die Ereignisse nicht selbst gesehen und kann aus eigener Zeugnenschaft deshalb auch nicht aufklären, ob und wie viele Opfer es an diesem Tag bei diesem Einsatz gegeben hat. Und deshalb ist es doch gut und richtig, wenn man dann nicht ausschließt, was eine spätere Aufklärung noch ergeben kann, aber sich auf der anderen Seite auch nicht zu sicher ist, dass es auf keinen Fall zivile Opfer gegeben haben kann. Das war doch in der gegebenen Situation bei der Informationslage, die Sie selbst eben geschildert haben, aus meiner Sicht das einzig richtige Verhalten.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Jetzt kommt Bündnis 90/Die Grünen dran. Herr Kollege Nouripour.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Steinmeier, wann hatten Sie Gewissheit darüber, dass es zivile Opfer gegeben hat?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Was die Gewissheit angeht: Wenn Sie die Gewissheit verbinden mit abschließenden Begutachtungen der unterschiedlichen Untersuchungskommissionen, die es gegeben hat, so kann ich mich erinnern, dass die vom IKRK, die sich der Frage der zivilen Opfer ja relativ intensiv zugewandt haben, relativ spät kam. Zu irgendeinem Zeitpunkt im September war dann die öffentliche Informationslage ja so dicht, auch durch Medienberichterstattung, dass über die Frage, ob es zivile Opfer gegeben hat, eigentlich auch im politischen Raum nicht mehr ernsthaft gestritten wurde.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben am 8. September im Deutschen Bundestag während der Debatte gesagt:

Noch wissen wir nicht genau, wie viele Menschen bei dem Luftangriff am vergangenen Freitag in Afghanistan ums Leben gekommen sind. Noch wissen wir nicht, wie viele Zivilisten unter den Opfern waren.

Die Ob-Frage erkenne ich da nicht. Das klingt - -

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Die was?

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ob es zivile Opfer gegeben hat, erkenne ich hier nicht. Also, ich erkenne hier keine Ungewissheit in dieser Formulierung, sondern dass es zivile Opfer gegeben hat - so lese ich diesen Satz; da müssen Sie mich korrigieren - - Vom Sprachgebrauch her wird das impliziert. Die Frage des Wieviel wird offengelassen, nicht die Frage des Ob.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ja. Darüber liegt auch in der Tat die Entwicklung des Wochenendes mit Berichterstattung unter anderem aus der *Washington Post*, die wir an dem Freitagnachmittag, über den wir vorhin in verschiedenen Fragen gesprochen haben, noch nicht hatten. Und mit Blick darauf hat sich über das Wochenende eine Berichtslage ergeben, die sich von dem Freitagnachmittag unterscheidet. Für mich war das auch, sagen wir mal, eine Informationslage, die sich eher in die Richtung verdichtete, dass es wahrscheinlich zivile Opfer zu beklagen gibt. Ohne dass ich jetzt Vermutungen unterstelle, sage ich: Die Berichtslage wird wahrscheinlich auch im Kanzleramt bei der Formulierung der Regierungserklärung eine Rolle gespielt haben.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das Vielleicht kann ich trotzdem aus dem Satz „Noch wissen wir nicht, wie viele Zivilisten unter den Opfern waren“ nicht erkennen. Der Satz „Noch wissen wir nicht, wie viele Zivilisten unter den Opfern waren“ - da müssen Sie mir widersprechen, wenn es so nicht richtig ist - impliziert für mich, dass es zivile Opfer gegeben hat; wir wissen aber nicht, wie viele.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Was wollen Sie jetzt mit dem Vorhalt sagen oder aus mir herausbekommen? Ich verstehe es nicht.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie dürfen nicht gegenfragen. Aber was ich damit wissen will, ist: Welche Vorverurteilungen sind denn dann gemeint, gegen die Sie sich dann verwahrt haben?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Die Vorverurteilungen betreffen eine Reihe von öffentlichen Äußerungen, die es meiner Erinnerung nach noch am Freitag von europäischen Außenministern auf der Gymnich-

Konferenz gegeben hat, zu einem Zeitpunkt, als die Informationslage noch unklarer war, als sie sich am Montag dann im Verlaufe der Wochenendberichterstattung ergeben hat. Und ich finde es geradezu eine Selbstverständlichkeit, Herr Kollege, dass in einer Situation, in der wir die Konsequenzen von deutscher Seite noch nicht endgültig überschauen, man den europäischen Kollegen sagt: Wir verstehen eure Bestürzung. Aber wir müssen abwarten, was Untersuchungen ergeben. Wartet ihr es bitte auch ab. - Es hat sich auch niemand beschwert, dass ich in dieser Form auf die zugegangen wäre. Dass sich dann nach dem Freitag und nachdem ich mit dem ein oder anderen telefoniert hatte, über das Wochenende hinweg eine Berichterstattung ergeben hat, die die Vermutung „auch zivile Opfer“ etwas verdichtet hat, ist ein Zweites, aber stellt nicht infrage, dass die europäischen Kollegen zunächst mal über die beginnenden Untersuchungen zu informieren waren.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Damit ich es noch mal richtig verstanden habe: Sie haben die Vorverurteilungen zurückgewiesen im Verfahren und in der Geschwindigkeit, aber nicht, dass behauptet wurde, dass es zivile Opfer gegeben habe?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ich kann Ihnen jetzt nicht den Wortlaut der Telefongespräche erinnern. Aber ich bin mir sicher, dass ich - -

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich will ja wissen, was Sie im Plenum gemeint haben.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ich bin mir sicher, dass ich ihnen gesagt habe: Auch wir wissen noch nicht, wie viele Opfer es gegeben hat und ob zivile Opfer darunter waren. Und bitte seid zurückhaltend in euren öffentlichen Erklärungen.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie gesagt, die Ob-Frage habe ich in Ihrer Regierungserklärung nicht gefunden. Seit wann wussten Sie, dass es einen IAT-Bericht gibt? Weil Sie ja gesagt haben: Das ist sehr spät erst aus dem BMVg gekommen; es gab Bemühungen durch das Auswärtige Amt, den Bericht zu bekommen. -

Seit wann war denn bekannt, dass es diesen Bericht gibt?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Das kann ich Ihnen nicht mehr sagen. Ich kann jetzt nur eigene Vermutungen äußern, dass die Kenntnis eines IAT-Berichtes Dienstag, Mittwoch an uns gelangt ist. Ich weiß aber sicher aus den eigenen Unterlagen, dass er am Freitag dann im Auswärtigen Amt eingegangen ist.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, definitiv zu spät, auch die Erkenntnis über die Existenz des Berichtes zu spät für die Regierungserklärung?

(Zurufe: Lauter!)

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Nouripour, ein bisschen lauter.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ja. Die Erkenntnisse aus dem Bericht - ich glaube, die Frage habe ich schon beantwortet - konnten jedenfalls in meinen Beitrag für die Parlamentsdebatte nicht mehr eingehen.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich versuche, eine Lautstärke zu finden, die der Zeuge versteht und bestimmte andere Leute nicht, Entschuldigung.

(Heiterkeit)

Sie haben gesagt, dass Herr [REDACTED] seine Informationen aus dem Internet hatte. - Ist das jetzt besser so? - Sie haben auch beschrieben - - Sie haben wortwörtlich gesagt: Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes sind an der Stelle Grenzen gesetzt. - Ich hoffe, ich habe Sie richtig wiedergegeben. Wir haben die Doppelspitze, die formal gleichberechtigt ist, im PRT. Gab es zu Ihren Zeiten - wir diskutieren auch die Frage, was man anders machen muss und welche Empfehlungen man als Ausschuss abgibt, damit sich die Zustände verbessern - Überlegungen, dass der zivile Leiter mehr als zwei Mitarbeiter hat gegenüber dem militärischen, der über 1 000 hat?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ob wir im Nachhinein - - Ich schließe es aus, dass wir in dieser Woche nach dem Ereignis Überlegungen über die Neustrukturierung des zivilen PRT oder die Aufstockung mit Personal angestellt haben. Ich glaube, in der

Woche standen andere Fragen im Vordergrund. - Es gab dann andere Gründe, warum ich über diese Fragen nicht mehr nachzudenken hatte.

(Heiterkeit)

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ich frage die Fraktionen: Wird eine weitere Fragerunde gewünscht? - Ja. Herr Kollege Brand, bitte.

Michael Brand (CDU/CSU): Herr Steinmeier, die Dinge sind ja meistens konkret und nicht nur allgemein. Deswegen will ich Sie fragen: Sie haben im Dezember, am 21. Dezember 2009, ein Interview gegeben - es ist kein Geheimdokument, sondern es ist *Das Parlament* -, in dem Sie erklärt haben, dass Sie - Zitat - „keine eigenen handfesten Erkenntnisse“ über zivile Opfer gehabt haben. Ich möchte zurückkommen auf die E-Mail von Herrn [REDACTED], die schon mehrfach angesprochen worden ist. Und Sie haben selbst eben in Ihrer Aussage gesagt, dass Sie nur - Zitat - „dürre Hinweise“ bekommen hätten.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Dass was?

Michael Brand (CDU/CSU): Dass Sie nur dürre Hinweise bekommen hätten; Ihre Formulierung eben bei Ihrer Aussage. Deswegen will ich Sie fragen: Diese E-Mail - wir können sie Ihnen auch gerne vorlegen - vom 4. September, 15.52 Uhr, spricht von 14 getöteten Zivilisten und ist meines Wissens eines der wenigen Dokumente, wo eine konkrete Zahl genannt wird. Wie können Sie mir diesen Widerspruch erklären?

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Brand - -

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ja, aber wollen Sie wirklich den zukünftigen - mich können Sie damit ja nicht mehr treffen - Ministern einer Bundesregierung empfehlen, dass sie ihr Handeln und ihr Denken an dem Eingang von E-Mails ausrichten? Haben Sie nicht die Erwartung, dass ein verantwortlicher Minister, egal in welchem Amt der Bundesregierung, sich eine Bewertung vorlegen lässt, ob eine solche E-Mail stellvertretend steht für eine Lage, die eingetreten ist, oder nicht? Deshalb - - Ich beantworte

gerne Ihre Fragen. Das ist nicht der Punkt. Nur, ich weiß nicht, ob es auch dem Ausschuss weiterhilft, wenn wir nach der Erklärung, die ich gegeben habe, jetzt immer wieder auf die eine oder andere E-Mail zu sprechen kommen. Nehmen Sie mich - -

Michael Brand (CDU/CSU): Herr Steinmeier, ich würde gerne die Fragen stellen, die ich für richtig halte.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ja.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Brand, jetzt muss ich mal einhaken. Sie haben aus einer Akte zitiert, die NfD war. Ich habe vorhin gesagt: Daraus darf nicht zitiert werden. Sie können einen stillen Vorhalt machen, aber Sie dürfen nicht daraus zitieren.

Michael Brand (CDU/CSU): Ich habe kein Zitat aus dieser Akte gebracht.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Sie haben aus der E-Mail zitiert.

Michael Brand (CDU/CSU): Nein, ich habe sie umschrieben.

(Karin Evers-Meyer (SPD): Sie haben aus der E-Mail zitiert!)

- Nein, ich habe nicht aus dieser E-Mail, sondern aus der Zeitung zitiert, aus dem *Parlament*. Da ist nichts aus der E-Mail zitiert worden.

(Ullrich Meßmer (SPD): Doch! Mit Zahl sogar!)

Trotzdem will ich Sie fragen, Herr Steinmeier. Ich habe das verstanden, was Sie gesagt haben. Meine Erwartungshaltung ist nicht, dass ein Außenminister in der früheren Regierung oder in zukünftigen Regierungen oder in der jetzigen Regierung jede E-Mail liest. Die Frage, die ich mir nur stelle, ist, ob die Information, die in dieser E-Mail drin ist, die ja keine ganz außergewöhnliche war, bei Ihnen angekommen ist, ob die nicht angekommen ist. Ich sage Ihnen auch dazu, warum ich das zusätzlich frage und noch mal aufwerfe: weil Sie davon gesprochen haben, dass E-Mails nach Kunduz gegangen seien.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Was?

Michael Brand (CDU/CSU): Nach Kunduz in die deutsche Botschaft.

(Dr. Hans-Peter Bartels (SPD):
Kunduz?)

Wenn ich diese Akten hier richtig lese - deswegen, wir können sie Ihnen gerne vorlegen -, sind die ins Auswärtige Amt und sogar in Ihr Ministerbüro gegangen.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Nein, das habe ich nicht gesagt. Also erstens: Sie zitieren ja aus einem Interview, in dem ich selbst mich beziehe auf Informationen, die uns zugegangen sind. Aber ich versuche ja, dafür zu plädieren, dass wir uns gegenseitig ernst nehmen. Wenn ich Ihnen sage, dass in einer solchen Situation es die zitierte E-Mail gab, die Sie eben in Anspruch genommen haben bei der Frage - - Es gab daneben eine Vielzahl von anderen Informationen bis hin zu der Auffassung des eigenen Verteidigungsministeriums.

In einer solchen Situation erwarte ich von meinen Mitarbeitern - in diesem Falle vom Afghanistan-Referat des Auswärtigen Amtes -, dass sie aus der Vielzahl unterschiedlicher Informationen mir eine Bewertung geben, die entweder die Aussage zulässt, es hat keine zivilen Opfer gegeben, oder aber die Sicherheit zulässt, dass es zivile Opfer gegeben hat, oder aber, wenn die Lage unklar bleibt - und das war sie an diesen ersten Tagen nach dem 4. September -, mich dann veranlasst hat, jedenfalls nicht auszuschließen, dass sich herausstellen könnte, dass es auch zivile Opfer geben kann.

Deshalb stelle ich nicht infrage, dass es diese E-Mail gibt. Ich stelle auch überhaupt nicht infrage, dass diese E-Mail von dem zuständigen Referat im Auswärtigen Amt gesehen und bewertet worden ist. Nur, sie ist im Zusammenhang mit anderen Informationen, die eingegangen sind, eben so bewertet worden, dass sie noch nicht die Sicherheit zulässt, dass es tatsächlich zu den in dieser E-Mail behaupteten zivilen Opfern in diesem Umfang gekommen ist, aber Letzteres sich auch nicht ausschließen lässt. Das ist Inhalt meiner öffentlichen Aussage.

Michael Brand (CDU/CSU): Hat Sie die konkrete Information erreicht über diese Zahl, die ich gerade genannt habe?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Mich hat erreicht, dass es Informationen aus

Afghanistan und auch aus dem NATO-Bereich gegeben hat, wonach dort behauptet wird, zivile Opfer seien vorgekommen, ja.

Michael Brand (CDU/CSU): Auch diese konkrete Zahl? Weil die Hinweise, die wir in den Akten haben - - ist diese Information nur ans Auswärtige Amt gegangen, zum Beispiel nicht ans Verteidigungsministerium.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Das weiß ich nicht mehr, ob diese konkrete Zahl. Aber das war, glaube ich, nicht die entscheidende Frage damals an diesem Nachmittag.

Michael Brand (CDU/CSU): Sie haben den IAT-Bericht angesprochen und haben gesagt, dass Sie ihn erst am 11. September erhalten haben. Können Sie mir bitte sagen, ob Sie aktiv diesen IAT-Bericht angefragt haben? Ich frage vor dem Hintergrund, dass das Bundeskanzleramt genau dies getan hat gegenüber dem Verteidigungsministerium und nach den Vernehmungen auch hier, die vorher stattgefunden haben, klar geworden ist, dass damals Staatssekretär Wichert diese Unterlage erst nach mehreren Aufforderungen ans Bundeskanzleramt weitergegeben hat. Deswegen an Sie die Frage: Ist er nur bei Ihnen am 11. September eingegangen, oder haben Sie ihn auch aktiv angefordert?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Mir ist der ganze Vorgang überhaupt nur deshalb in Erinnerung, weil ich zu irgendeinem Zeitpunkt erfahren habe, dass es einen IAT-Bericht gibt, und deshalb gebeten habe, nachzufragen, warum der noch nicht im Auswärtigen Amt angekommen ist, und dann kam er ein paar Tage später.

Michael Brand (CDU/CSU): Herzlichen Dank.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Beck.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Herr Kollege Dr. Steinmeier, ich habe im Hinblick auf die Kommunikation vielleicht jetzt doch noch eine Nachfrage.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ja.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Sie haben ja dargestellt, wie die Kommunikationswege im Auswärtigen Amt waren, wie also da nun die Dinge aus Ihrer konkreten Erinnerung - - Ich weiß, es ist ein Jahr zurück. Aber wenn wir jetzt also in die Zukunft schauen - und Sie haben ja auch gesagt: Wir sollten da vielleicht auch etwas daraus lernen -: Wo hätten Sie aus Ihrer Erfahrung jetzt die entscheidenden Schwächen in der Kommunikation anhand dieses Krisenmanagements festzustellen, und wo wären nach Ihrer Sicht Ansätze für eine Verbesserung?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Also, eine Sache haben wir besprochen, das ist die dichtere Kommunikation zwischen dem militärischen und zivilen Teil des PRT, weil von der Spitze des PRTs die jeweilig zuständigen Ministerien informiert werden.

Die zweite Lehre, die wir ziehen können, aber hoffentlich in Zukunft in der Praxis nie wieder beweisen müssen, ist die, dass man bei militärischen Einsätzen in der Sekunde danach nie völlig ausschließen kann, welche nachteiligen Konsequenzen herbeigeführt worden sind, und man deshalb mit öffentlichen Äußerungen möglichst zurückhaltend sein sollte, um nicht den Eindruck zu erwecken, man wisse schon das, was eine spätere Untersuchung erst erbringen wird.

Im Übrigen sind die Lehren aber, die wir zu ziehen haben, sicherlich auch immer im Bereich von Kommunikation zu ziehen. Aber ich denke, vor allen Dingen im Verteidigungsministerium ist intensiv nachgedacht worden über die Stunden vor dem Einsatz und das Verfahren, das zum Einsatz geführt hat, ohne das wir uns über die Kommunikation nach dem Einsatz jetzt auch keine Gedanken machen müssten.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Ich will noch eine allerletzte Nachfrage stellen, und zwar waren Sie ja an dem betreffenden Tag Vizekanzler und damit an der Spitze der Exekutive. Sie sind jetzt Parlamentarier. Ist die Information im Rahmen dieses Vorfalles aus Ihrer Sicht jetzt in Richtung Parlament gut gelaufen? Gibt es da Verbesserungsmöglichkeiten?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Da verändern sich Sichtweisen; da haben Sie recht.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Es wäre gerade interessant, eben aus dieser veränderten Sichtweise vielleicht eine Beurteilung von Ihnen zu hören.

(Ulrich Meßmer (SPD):
Beurteilung?)

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Beck, das ist eine Bewertung.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Gut.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Aber Herr Kollege Beck hat recht, dass eine umfassende Unterrichtung des Parlamentes in jedem Zeitpunkt gewährleistet sein muss.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Herzlichen Dank. - Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Dann gebe ich der SPD-Fraktion, dem Kollegen Arnold, das Wort.

Rainer Arnold (SPD): Herr Steinmeier, ist Ihnen bekannt, dass am Nachmittag des 04. in Kunduz eine Besprechung stattgefunden hat, bei der Oberst Klein auch dem Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes und anderen berichtet hat?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ich kann Ihnen jetzt aus der eigenen Erinnerung nicht sagen, dass ich darüber gelesen habe. Das kann eingeflossen sein in die Berichterstattung, die mich über das Haus - - Aber ich habe jetzt keine konkrete Erinnerung an dieses Gespräch.

Rainer Arnold (SPD): Ich frage dann noch mal präzisierend nach, auch in Bezug auf die Fragen des Kollegen Brand.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ja.

Rainer Arnold (SPD): Ist Ihnen bekannt, dass diese E-Mail, über die Herr Brand gesprochen hat, aufgrund der Informationen nachmittags vom PRT ans Außenamt gemeldet wurde, dass die Information, von der Herr Brand sprach, damit eine Information des PRTs war und selbstverständlich den ersten Gang ins Verteidigungsministerium

dann auch genommen haben muss? Ihr Mitarbeiter - -

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Nein, Herr Kollege, das war mir nicht bekannt.

Rainer Arnold (SPD): Danke schön.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Danke.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Bartels.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Herr Dr. Steinmeier, die Bundeskanzlerin hat ja damals im Namen der Regierung in ihrer Regierungserklärung „lückenlose Aufklärung des Vorfalles“ angekündigt. Sie als damaliger Vizekanzler sind davon ausgegangen oder nicht ausgegangen. Was musste man annehmen? Wird das ein nationaler Bericht, etwas zum Nachlesen für die deutsche Öffentlichkeit? Oder was hieß „lückenlose Aufklärung“ für das Kabinett?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: „Lückenlose Aufklärung“ hieß jedenfalls, dass das Kabinett - genauer gesagt: die Ressorts; und hier traf es vornehmlich das Verteidigungsministerium - mit seinen Möglichkeiten zu der Aufklärung der Entscheidungsphase über diesen Einsatz bis hin zu der Aufklärung über Schäden und Opfer beiträgt.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Zur Veröffentlichung?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ich ahne, wohin die Frage führt: ob das sozusagen damals die feste Absicht war, das in einem nationalen Bericht enden zu lassen.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Etwas Öffentliches, ein öffentliches Dokument zu erstellen.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Das war sicherlich bei der ersten Beratung so und ist dann aufgegangen in die Aufklärungsbemühungen, die von ISAF geführt worden sind.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Körper.

Fritz Rudolf Körper (SPD): Ich habe nur eine kurze Frage. Es gibt ja in einem PRT, wie wir vorhin schon erfahren haben, eine zivile Verantwortung, und es gibt eine militärische Verantwortung. Ich glaube, dass die Beschreibung „gleichberechtigt“ insofern nicht richtig ist, weil eigentlich jeder doch für seinen Teil zuerst einmal Verantwortung trägt. Meine Frage: Müsste man aus diesen Ereignissen heraus ein paar Vorschläge machen, eine Führung eines PRTs im Bereich des Zivilen und im Bereich des Militärischen anders zu organisieren?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Wenn Sie den Praktiker fragen, -

Fritz Rudolf Körper (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: - dann sage ich Ihnen offen: In einer Situation, in der wir so unterschiedliche Personalgewichte in einem PRT haben - eben wurde gesagt, 1 300 militärisches Personal oder zwei, drei ziviles Personal; ich weiß das jetzt gar nicht aus eigener Erinnerung -, hieß eine gemeinsame Leitung aus der praktischen Sicht dann in der Regel immer militärische Leitung, da angesichts des Schwergewichts die Vorstellung schwerfällt, dass es dann eine zivile Leitung eines mit so deutlichem Schwergewicht ausgestatteten PRTs gibt. Insofern bin ich zunächst mal zurückhaltend bei der Favorisierung einer einheitlichen Führung des PRTs, meine aber auch: Da die Aufgaben deutlich unterschiedlich sind, würde das auch keine entscheidende Verbesserung bringen. Entscheidende Verbesserung bringt die vertrauensvolle Zusammenarbeit derjenigen, die an der Spitze des militärischen Teils und des zivilen Teils stehen.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Keine weiteren Fragen mehr von der SPD-Fraktion? - Dann bekommt die FDP, Herr Kollege Spatz, das Wort.

Joachim Spatz (FDP): Herr Dr. Steinmeier, Sie hatten vorhin gesagt, dass eine Strategie ausgegeben worden sei, zivile Opfer möglichst zu vermeiden. Wir haben sowohl in der öffentlichen Spekulation wie auch

hier im Untersuchungsausschuss - ich sage mal - Stichworte diskutiert: Target Lists, Rolle des BND, Task Force 47. Zu welchen Spekulationen das führt, muss ich jetzt hier nicht ausführen.

Ist Ihnen bekannt, dass sich irgendeine verantwortungsvolle Person, Einheit, Institution in Afghanistan oder in Deutschland bezüglich des Afghanistan-Einsatzes an diese Vorgabe, die Sie genannt haben, zivile Opfer möglichst zu vermeiden, nicht gehalten hat und - ich sage mal - anderen Prioritäten - Stichwort: Target Lists und Ähnliches - nachgegangen ist? Ist Ihnen irgendein Anlass oder Ähnliches bekannt?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Nein, ist mir nicht bekannt.

Joachim Spatz (FDP): Danke schön. - Keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Dann bekommt die Kollegin Buchholz von den Linken das Wort.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Nur kurz als Nachklapp zu der ersten Runde: Es war eine dpa-Meldung vom 04.09., wo Sie in Bezug auf den Fall Kunduz gesagt haben: Dieser Fall zeige,

wie schwierig und gefährlich die Lage dort ist. Die Taliban schrecken offensichtlich vor nichts zurück, um die Sicherheit zu destabilisieren ... Derzeit wird untersucht, wie viele Opfer es gegeben hat und ob unschuldige Zivilisten darunter waren.

Das war das, worauf ich mich bezogen habe. Aber das war jetzt nur ein Nachklapp.

Meine nächste Frage bezieht sich darauf, dass Sie nach dem 08.09. - -

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Aber auch wenn es ein Nachklapp ist, darf ich dann noch mal zur Sicherheit sagen: Meine Antwort bezog sich ja auch darauf, dass Sie darin scheinbar einen Widerspruch sehen. Und ich habe vorhin geantwortet: Der Hinweis darauf, dass die Taliban den zivilen Wiederaufbau stören, ist ganz unabhängig von diesem Ereignis der Freitagnacht zu sehen, sondern der Meinung bin ich grundsätzlich aufgrund vieler Erfahrungen, die wir halt leider sammeln müssen.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Gut. Aber es ging ja darum, den Fall zu bewerten, und natürlich ging es in der öffentlichen Debatte vor allen Dingen um die Frage der zivilen Opfer. Und Sie haben da eine Gewichtung hergestellt. Das wollte ich damit sagen.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ja, aber ich verstehe es nicht, weil es stand doch nie infrage - auch hier im Ausschuss nicht -, ob Taliban getötet worden sind.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Wir klären das vielleicht noch an anderer Stelle. - Meine Frage jetzt - ich habe nicht so viel Zeit -: Wieso kam von Ihnen nach dem 08.09., also als nach diversen Untersuchungen feststand, dass es zivile Opfer gab, keinerlei Bestätigung mehr, dass es tatsächlich unbeteiligte zivile Opfer gegeben hätte?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Bestätigung? Wir hatten eine breite Debatte - ich weiß jetzt nicht, ob nach dem 08.; aber ich habe vorhin gesagt: im Verlaufe des Septembers -, eine verdichtende Debatte darüber, die ja die Frage, ob es zivile Opfer gegeben hat, nicht mehr in dieser Form erörtert hat, sondern die Öffentlichkeit, die Ressorts gingen davon aus, dass zivile Opfer zu beklagen waren. Da waren ja dann auch schon, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, Videos in der Welt, die medial bewertet worden sind.

Also, diese Debatte, die ja ihren Anlass findet in den Tagen zwischen dem 4. und dem 7. September auf jeden Fall, verändert sich ja dann im Verlaufe des Septembers dahin, dass die leider vorhandene Sicherheit, dass wohl auch zivile Opfer zu beklagen sind, sich weiter verdichtet hat. Insofern gilt das, was wir jetzt für den 4., 5., 6., 7. September diskutiert haben, ja nicht für dieselben Tage des Oktober.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Okay. - Die nächste Frage: Wie erklären Sie es, dass der Pressesprecher des Auswärtigen Amtes, Herr „Plöttner“, sich in der Bundespressekonferenz vom 07.09. überhaupt nicht zur Frage ziviler Opfer geäußert hat bzw. den Aussagen des BMVg-Sprechers Raabe nichts entgegengesetzt hat, der nämlich gesagt hat, dass bisher über die Anzahl der Getöteten, ob es Zivilisten gibt, die getötet worden sind, keine Aussagen getroffen werden können.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Der Pressesprecher heißt „Plötner“, und warum er was gesagt und was nicht gesagt hat in dieser Pressekonferenz, weiß ich nicht.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Das heißt, die Linie, die der Pressesprecher des Auswärtigen Amtes auf dieser Bundespresskonferenz vertreten hat, haben Sie nicht abgestimmt?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ich weiß nicht, ob Sie in der Lage sind, jede Frage vorauszuahnen, die an den Pressesprecher gerichtet wird. Möglicherweise hängt es schlicht und einfach damit zusammen, dass der Sprecher des Auswärtigen Amtes in der konkreten Pressekonferenz gar nicht gefragt worden ist zu dem Punkt.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Na ja, die Frage, ob es zivile Opfer gegeben hat, ist ja nun nicht eine allzu überraschende Frage für eine Pressekonferenz am 07.09.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Nein. Sie wissen aber: Es ist keine allgemeine Diskussionsrunde, sondern Pressesprecher werden gefragt nach ihrer Meinung.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Das ist richtig. Aber in dem Moment, wo der BMVg-Sprecher Raabe offensichtlich eine Aussage macht, die nicht identisch ist mit den Erkenntnissen, die Sie im Auswärtigen Amt haben, wäre es ja die Frage, ob er sich in irgendeiner Form äußert oder nicht oder ob er es von vornherein sein lässt. Dazu können Sie mir also nichts sagen?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Er hat sich jedenfalls nicht geäußert.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Frau Kollegin Buchholz, ich glaube, das ist keine Frage an den Zeugen, sondern an die beiden Pressesprecher.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Nein, ich frage, ob der Minister davon Kenntnis hat und ob er das im Nachklapp dieser Pressekonferenz in irgendeiner Form vielleicht auch thematisiert hätte.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ich schließe aus, dass wir es in diesen Tagen als

vorrangig betrachtet haben, die Pressekonferenz nachzubehandeln.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Eine weitere Frage, die sich mit der Rolle des Auswärtigen Amtes in der Frage befasst, wie mit den Erkenntnissen, die sich ja nun in dem Laufe der Tage nach dem 04.09. herausgestellt haben, umgegangen worden ist, bezieht sich auf eine Notiz, die wir haben, von dem Staatsminister Herr Erler. Ich kann daraus jetzt nicht vorlesen, könnte Ihnen das aber vorlegen. Das ist MAT 17-25 a, Ordner Büro Staatsminister, Blatt 17 und 19.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Das kommt jetzt?

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Es wird gleich vorgelegt.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Christine Buchholz (DIE LINKE): Meine Frage an Sie in dem Zusammenhang ist, warum der Staatsminister in der Frage, ob es überhaupt - -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Frau Kollegin Buchholz, lassen Sie ihn erst mal lesen.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: 17 ist das Vorblatt, ja.

Christine Buchholz (DIE LINKE): 19. Blatt 17 und 19. - Meine Frage ist, wie Sie sich das erklären, dass Herr Erler noch zurückhaltender als Sie selbst argumentiert, wo er nicht mal sozusagen deutlich macht, ob es überhaupt zivile Opfer gegeben hat.

(MDg Ulrich Birkenheier (BMVg) meldet sich zu Wort)

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Jetzt will ich erst mal dem Herrn Birkenheier das Wort geben.

MDg Ulrich Birkenheier (BMVg): Frau Vorsitzende, der Zeuge kann ja diese Frage gar nicht konkret beantworten, weil er dann zu diesem Dokument konkret Stellung nehmen müsste, und das ist VS-NfD eingestuft,

sodass in der öffentlichen Sitzung das nicht erörtert werden kann.

Außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass den übrigen Abgeordneten das Dokument ja nicht vorliegt, sodass die Abgeordneten das gar nicht nachvollziehen können.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Birkenheier, der stille Vorhalt ist möglich. Den ersten Punkt akzeptiere ich aber. - Frau Kollegin Buchholz, da müssen Sie eine andere Frage stellen.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Na gut. - Wir haben am Anfang geklärt, dass wir - -

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Können wir es nicht so machen, dass ich jetzt allgemein, -

Christine Buchholz (DIE LINKE): Das ist in Ordnung, ja.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: - ohne jetzt den Vorgang selbst zu kommentieren, sage, dass sich Herr Eler auf der Linie bewegt hat, zu der ich mich auch öffentlich geäußert habe, aber ich natürlich nicht selbst in diesem Ausschuss zugegen gewesen bin und Ihnen deshalb auch gar nicht bestätigen kann, ob er das und nur das, was in dem vorbereiteten Sprechzettel enthalten gewesen ist, vorgetragen hat.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Okay. Vielen Dank. - Sie sind zu Beginn Ihres Eingangsstatements ausführlich auf den Kontext, die Situation im Sommer 2009, eingegangen. Hat für Ihre Bewertung im Auswärtigen Amt auch die Diskussion um eine Verschärfung der Einsatzregeln - Stichwort: Taschenkarte und darin besonders der Aspekt, dass durchaus präventiv gearbeitet werden könne und nicht erst auf einen Angriff gewartet werden muss - eine Rolle gespielt?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Hat das einen Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand?

Christine Buchholz (DIE LINKE): Ich glaube, so viel,

(Abg. Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU) meldet sich zur Geschäftsordnung)

wie Ihr Eingangsstatement mit der allgemeinen Lagebeschreibung einen Bezug zum Untersuchungsgegenstand hat, hat das auch einen Bezug zum Untersuchungsgegenstand.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Kauder.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Die Frage des Zeugen kann nur an die Vorsitzende gerichtet gewesen sein, weil sie zu beurteilen hat, ob die Frage was mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun hat. Wenn das vertieft werden muss, müssen wir eine Beratungssitzung machen. Es kann nicht sein, dass eine befragende Kollegin diese Frage für sich beurteilt.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Kauder, ich glaube, wir brauchen jetzt keine Beratungssitzung. - Herr Dr. Steinmeier, Sie müssen die Frage nicht beantworten. - Frau Kollegin Buchholz, machen Sie bitte weiter.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Das ist bedauerlich, wenn die Einleitung auch eine allgemeine Einschätzung zur Situation hat und meine Frage sich auch genau auf diese Einschätzung bezieht. Aber keine Antwort ist ja auch eine Antwort.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ich habe auch diese Frage nicht verstanden. Aber - -

Christine Buchholz (DIE LINKE): Herr Steinmeier, wann haben Sie Kenntnis davon erhalten, dass Kinder und Jugendliche unter den Opfern waren?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Wann es dafür eine Bestätigung gab, weiß ich nicht, aber ich kann mich erinnern, dass es in dieser Woche nach dem 07. Videos im Umlauf gab - ich weiß nicht, wer sie verantwortet hat -, in denen jedenfalls angeblich auch die Leichen von Kindern zu sehen waren.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Frau Kollegin Buchholz, Ihre Fragezeit ist zu Ende. - Jetzt kommt Bündnis 90/Die Grünen. Frau Kollegin Malczak, bitte.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Steinmeier, da würde ich gleich weiterfragen. Können Sie kurz schildern, was für Videos das waren?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Weiß ich nicht. Ich weiß nur, dass ich von einem meiner Mitarbeiter darauf hingewiesen worden bin, dass es ein solches Video gebe.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Ihnen ist nicht mehr erinnerlich, woher dieses Video kam?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Nein, weiß ich jetzt nicht.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben selber mehrfach das Gespräch mit dem damaligen Verteidigungsminister Jung in Bonn angesprochen. Sie haben gesagt, Inhalt des Gesprächs, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, waren vor allem auch die Reaktionen der ausländischen Kollegen.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ja.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie vielleicht in Stichworten skizzieren, welche anderen Punkte ebenfalls Inhalt des Gesprächs zwischen Ihnen und dem damaligen Verteidigungsminister Jung waren?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Es gab zwei Gegenstände in diesem Gespräch.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Sofern es zum Untersuchungsgegenstand gehört, Herr Dr. Steinmeier.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ja, beide gehören zum Untersuchungsgegenstand nach meiner Beurteilung. - Der erste Teil des Gesprächs bezog sich auf die Reaktion derjenigen öffentlichen Außenminister, die sich bereits kritisch zu dem Einsatz der deutschen Bundeswehr in Afghanistan am 4. September geäußert haben. Dazu haben wir kurz gesprochen. Ich habe ihm auch gesagt, mit wem ich telefoniert habe und zu telefonieren beabsichtige.

Der zweite Gegenstand dieses Gesprächs war sein Hinweis, der Hinweis von

Herrn Jung, auf das Schreiben von zehn afghanischen Offiziellen, die in diesem Schreiben dokumentieren, dass es keine zivilen Opfer gegeben habe.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Haben Sie Kenntnis darüber oder hat einer Ihrer Mitarbeiter Sie darüber informiert, ob es Beschwerden aus Kreisen der NATO gab, dass dort unterschiedliche Versionen, einerseits die Darstellung des BMVg zur Frage der zivilen Opfer und aus NATO-Kreisen, existieren?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ich wiederhole meine Antwort zu verschiedenen Fragen, dass ich sowohl am 04. wie auch in den Tagen bis zur Vorbereitung meiner eigenen Rede in der parlamentarischen Debatte aus meinem Hause von meinen Mitarbeitern eine ständig aktualisierte Hinweislage hatte, aus der sich ergab, dass es nach wie vor unterschiedliche Bewertungen der Folgen dieses Bombardements am Kunduz-Fluss gab und dass die Frage, ob und wie viele zivile Opfer es gab, nach wie vor umstritten sei, ja.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war nicht ganz meine Frage, sondern ich wollte wissen, ob einer Ihrer Mitarbeiter Ihnen die Information weitergegeben hat, dass es diesbezüglich Beschwerden aus NATO-Kreisen gab.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Beschwerden worüber, wenn ich zurückfragen darf?

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Über die unterschiedliche Darstellung, die einerseits das BMVg mit den verschiedenen Pressemeldungen - -

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Nein, das mit Sicherheit nicht.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann haben Sie - - Habe ich Sie vorhin richtig verstanden, dass Sie Gewissheit hatten, was die Frage der zivilen Opfer angeht, mit dem internationalen Bericht des Roten Kreuzes?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ich kann Ihnen nicht mehr genau sagen, wann

ich persönlich Gewissheit darüber hatte. Nur, im Verlaufe des Monats September/früher Oktober wurde ja in Deutschland auch unter den Experten nicht mehr kritisch oder fragend diskutiert, ob es zivile Opfer gegeben hat, sondern das hatte sich ja mittlerweile - auch durch Berichterstattung - schon zu einer deutlichen Gewissheit entwickelt.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie jemals versucht, mit dem damaligen Verteidigungsminister Jung über die unterschiedlichen Darstellungen Ihrer Aussagen in Bezug auf die zivilen Opfer und die öffentliche Linie des BMVg, dass es da eine gewisse Diskrepanz gibt, zu sprechen?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Na ja, das war ja unmittelbar nach dem Wochenende an diesem Montag in Bonn der Fall, indem wir uns natürlich darüber unterhalten haben, wie europäische Außenminister den Vorgang kommentieren, was seine Kenntnis der Dinge ist, was meine Erfahrung bei der Entwicklung solcher militärischen Einsätze ist, und Sie haben ja dann auch im Verlaufe der Woche gesehen - ich habe vorhin darauf hingewiesen -: Ab Dienstag/Mittwoch bewegen sich ja auch die bis dahin unterschiedlichen Erklärungen aufeinander zu.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie mit dem damaligen Verteidigungsminister Jung über den Zeitraum gesprochen, der zwischen dem Eintreffen des IAT-Berichtes im BMVg und im Auswärtigen Amt liegt?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ob ich mit Herrn Jung darüber gesprochen habe?

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ich persönlich nicht, nein.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann noch eine letzte Frage, und zwar zu den Videos, die Sie am Anfang erwähnt haben: Haben Sie diese Videos selbst gesehen?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Nein.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Frau Kollegin Keul, bitte.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Herr Dr. Steinmeier, ich würde gerne an der Stelle noch mal weiterfragen, weil diese Videos sind uns nicht bekannt. Können Sie noch mal sagen, wer Ihnen von der Existenz dieser Videos berichtet hat?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ich glaube, mein Pressesprecher.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie sind sich sicher, dass er davon gesprochen hat, dass dort tote Kinder, dass dort Leichen auf den Videos zu sehen waren? Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: So habe ich es verstanden damals, ja.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank. - Ich habe ansonsten noch zu zwei Punkten Aufklärungsbedarf. Das eine ist die Informationspraxis des BMVg. Ich wüsste gern, ob Sie sich erinnern können, dass es in Ihrem Hause Beschwerden darüber gab, dass das BMVg Ihrem Haus Unterlagen, die angefordert wurden, nicht schnell genug und nicht vollständig genug vorgelegt hat.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ja, das haben wir vorhin an dem Beispiel des IAT-Berichtes schon erörtert. Es gab Ärger darüber in unserem Hause, dass ein offensichtlich im Verteidigungsministerium vorhandener Bericht des IAT dem Außenministerium nicht zugegangen ist. Deshalb haben wir uns noch mal bemüht, ihn zu bekommen, und hatten ihn am Ende dieser Woche, am 11.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, aber bei dem Gespräch am 06.09., was eben die Kollegen Malczak angesprochen hatte, hatten Sie mit ihm noch nicht darüber sprechen können. Richtig?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ja, da kann ich Ihnen nicht mal sagen, ob ich da schon wusste, dass wir uns darum bemühen.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ja. - Können Sie sich auch erinnern, dass es Beschwerden aus Kreisen der NATO darüber gab, dass das BMVg Informationen zurückhält und nicht schnell genug vorlegt?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier:
Nein. Die sind -- Wenn es die gab, sind die mir gegenüber auch nicht bekannt geworden.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Gut. - Dann würde ich gerne einen Vorhalt machen - der ist offen -: MAT 17 - -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Frau Kollegin Keul, Ihre Redezeit ist zu Ende. Ich muss jetzt erst die anderen Fraktionen fragen, ob sie noch Fragen haben. - CDU/CSU? - Nein. SPD? - Nein. FDP? - Nein. Linke? - Dann kommt jetzt die Kollegin Buchholz dran.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Ich habe nur eine kurze letzte Frage, ob in den Tagen um das Ereignis am 04.09. es innerhalb des Kabinetts eine Verständigung darüber gab, inwieweit man unter welchen Umständen den Einsatz in Afghanistan als Krieg oder kriegsähnlich bezeichnen sollte und ob es sich dabei um einen internationalen oder nicht internationalen bewaffneten Konflikt handelt.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ob die Debatte in dieser Woche noch stattgefunden hat?

Christine Buchholz (DIE LINKE): In der Zeit - sozusagen in dem alten Kabinett.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier:
Das war ja keine Debatte, die jetzt veranlasst worden ist durch das Ereignis am Kunduz-Fluss, sondern das war eine Debatte, die ja bis dahin mindestens schon zwei oder drei Jahre lief, und die hat sicherlich auch im Kabinett gelegentlich ihren Niederschlag gefunden.

Meine Haltung dazu habe ich in der Öffentlichkeit immer mitgeteilt.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Aber sie wurde nicht in Bezug auf das Ereignis am 04.09., unter dem Blickwinkel, noch mal forciert geführt?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier:
Das ist ja nur für denjenigen selbstverständlich, der den Charakter des Einsatzes durch das Ereignis am Kunduz-Fluss verändert sieht.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Okay. Vielen Dank. - Ich gebe weiter an die Kollegin Höger.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Frau Kollegin Höger.

Inge Höger (DIE LINKE): Da möchte ich doch noch mal nachhaken: In der 16. Legislaturperiode, also sozusagen während Ihrer Amtszeit, war es ja sozusagen fast verboten, die Vorgänge in Afghanistan Krieg zu nennen, und später hat Herr Guttenberg das ja geändert; das war dann nach Ihrer Amtszeit. Also das ist ja schon ganz extrem im Zusammenhang mit diesem Vorfall am Kunduz-Fluss auch geschehen, dass man gesagt hat - -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Frau Kollegin Höger, ich vermisste die Frage und zweitens den Bezug zum Untersuchungsgegenstand.

Inge Höger (DIE LINKE): Ja. - Wenn durch diesen Vorfall sich die Einschätzung geändert hat, ob man das Ganze „Krieg“ nennen darf oder nicht, dann hat das schon mit diesem Vorfall zu tun.

Ich würde noch mal von Ihnen wissen wollen: Wann sind die Überlegungen angefangen, und wann hat man gesagt, dass man das Ganze doch zumindest „kriegsähnlich“ nennen darf?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Es ist keine Frage, wann man das nennen darf, sondern das ist eine Entscheidung - -

(Abg. Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU) meldet sich zur Geschäftsordnung)

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Herr Kollege Kauder.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Wenn die Kollegin die Frage aufrechterhält, beantrage ich eine Beratungssitzung, damit wir klären können,

ob es zum Untersuchungsgegenstand gehört oder nicht.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Frau Kollegin Höger, vielleicht ziehen Sie die Frage zurück.

Inge Höger (DIE LINKE): Ich ziehe da die Frage zurück.

Ich würde gerne noch mal auf Ihr Eingangsstatement zurückkommen, in dem Sie gesagt haben, dass die Vorfälle doch sehr bedeutsam waren und ein neues Schlaglicht auf den Einsatz in Afghanistan gelenkt haben. Trotzdem haben Sie, obwohl eben die internationalen Medien sehr schnell von zivilen Opfern gesprochen haben, sich sehr vorsichtig geäußert. Also, das verstehe ich nach wie vor nicht, wieso Sie nur so sehr vorsichtig von zivilen Opfern gesprochen haben.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier:
Wenn man sich klug äußert, ist das nicht immer vorsichtig.

Inge Höger (DIE LINKE): Es ist eben schon darauf hingewiesen worden, dass Verteidigungsminister Jung auch nach der Regierungserklärung sowohl von der Kanzlerin als auch von Ihnen und das BMVg immer noch gegenüber der Presse und den Medien zivile Opfer ausgeschlossen haben und immer wieder behauptet haben, es habe sich ausschließlich um Aufständische, um Taliban gehandelt. Hat es da eine Kommunikation zwischen Ihnen und dem Verteidigungsminister gegeben?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier:
Nein, das alles bezieht sich auf einen relativ kurzen Zeitraum - ich habe das vorhin schon berichtet - zwischen dem, im Grunde genommen, 4. September und dem 8. September, dem Zeitpunkt der Debatte im Parlament über das Ereignis am Kunduz-Fluss. Seit diesem Zeitpunkt haben wir innerhalb der Bundesregierung meines Wissens damals keine öffentliche Sprache mehr gehabt, in der prinzipiell das Risiko auch ziviler Opfer ausgeschlossen worden ist.

Insofern: Ja, Sie haben recht, an diesem Wochenende lief das auseinander. Ab Mitte dieser Woche waren dann die öffentlichen Aussagen der Regierungsbeteiligten wieder näher beieinander.

Inge Höger (DIE LINKE): Wir haben vorhin schon gesprochen - - Sie haben gesagt, Sie hätten alles dann auf - - die internationale Untersuchung abgewartet und sich deshalb nach dem 08. im Grunde gar nicht mehr zu zivilen Opfern geäußert. Hat es eine Kommunikation gegeben zwischen Ihnen und dem Verteidigungsministerium, ob man auch eine nationale Untersuchung durchführen sollte?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ich kann Ihnen aus eigener Erinnerung nicht sagen, wie es zu dieser Veränderung einer zunächst national beginnenden Untersuchung im Verteidigungsministerium auf eine Integration der eigenen Untersuchungsergebnisse in einen internationalen Bericht gekommen ist. Ich kann Ihnen aus eigener Erinnerung nicht sagen, wann das entschieden worden ist und was die Hintergründe dafür waren.

Inge Höger (DIE LINKE): Haben Sie vonseiten Ihres Ministeriums versucht, Einfluss zu nehmen auf diese internationale Untersuchung?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ich rätsle etwas über den Inhalt der Frage, was es heißt, Einfluss zu nehmen. Dies war, wenn Sie die ISAF-Untersuchung meinen, eine Untersuchung der militärischen Einsatzleitung - - oder geleitet von der militärischen Einsatzleitung der ISAF in Afghanistan. Dazu sind sicherlich auch unterschiedliche Stellen befragt worden. Ich schließe nicht aus, dass auch die Botschaft dazu befragt worden ist, ohne es konkret zu wissen. Wenn das Einflussnahme ist, dann ja. Ansonsten müssten Sie mir jetzt verraten, was Sie mit „Einflussnahme“ meinen.

Inge Höger (DIE LINKE): Ich habe nur gefragt, ob Sie versucht haben, in eine bestimmten Richtung die Untersuchung zu lenken. Das hätte ja sein können.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier:
Das empfinde ich als befremdend.

Inge Höger (DIE LINKE): Von mir aus keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Dann gebe ich Bündnis 90/Die Grünen, der Frau Kollegin Keul das Wort.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Vielen Dank. - Ich habe mich jetzt hier mal bemüht, eine der wenigen Meldungen rauszusuchen, die offen sind, damit wir hier nicht immer so Versteck spielen müssen. Das ist immer so MAT 17-29 a. Das ist offen. Ich weiß nicht, ob es schon rausgesucht wird.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Also ich habe gerade das Signal gekriegt, dass das NfD ist.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Also bei mir steht „offen“. Können wir das vielleicht noch mal klären?

Ich versuche die Zeit, während das geklärt wird, trotzdem weiter zu nutzen. Die Frage zielt ja dahin, ob auch die Beschwerden der NATO über mangelnde Zusammenarbeit des BMVg bei Ihnen angekommen sind, ob Sie sich daran erinnern können. Das war meine Ausgangsfrage. Können Sie dazu noch mal Stellung nehmen?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier:
Das hatte ich verneint.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Das hatten Sie verneint. - Welche Schlussfolgerung haben Sie denn gezogen aus den Beschwerden in Ihrem eigenen Haus über die Zuarbeit des BMVg? Sie waren immerhin für den Auslandseinsatz ja das federführende Ressort. Gab es da Überlegungen, sozusagen selber - -

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Für einen Koalitionsbruch war es zu spät.

(Heiterkeit)

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Haben Sie mit der Kanzlerin darüber gesprochen, über die mangelnde Zusammenarbeit mit dem BMVg?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier:
Nein, ich habe mich in der Regel schon selbst gekümmert, wenn die Dinge nicht geradeaus liefen.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ja, inwiefern?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Insofern: Ich habe irgendwann Mitteilung im Verlaufe dieser Woche von meinen Mitarbeitern bekommen: Da gibt es was im Verteidigungsministerium, was uns nicht zur Verfügung steht, was wir aber brauchten zur Bewertung des Vorgangs in Afghanistan. Dann habe ich meinen Büroleiter gebeten, da nachzuhorchen. Ich kann Ihnen jetzt nicht konkret sagen, ob er selbst oder der Staatssekretär dort nachgehakt nach. Jedenfalls entscheidend ist: Zwei Tage später war das Dokument bei uns. Also, da jeweils über den Kabinettschef zu gehen, ist in der Regel nicht notwendig. In früheren Regierungen war das nicht notwendig.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Hat das auch dazu geführt - - Kamen Ihnen in einem gewissen Stadium auch die Zweifel an dem Aufklärungswillen des BMVg, oder hatten Sie keinen Anlass, daran zu zweifeln?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ich unterstelle, dass das BMVg auch in diesem Zeitpunkt ein höchst eigenes Interesse an einer objektiven Aufklärung des Vorgangs hatte, und hätte es persönlich besser gefunden, wenn das Dokument eher bei uns eingetroffen ist. Es kam dann mit einigen Tagen Verspätung; aber ich unterstelle nicht, dass das zur Verhinderung von Informationen anderer Ministerien geschehen ist.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Gut. - Dann würde ich jetzt doch gerne bitte dieses Dokument - inzwischen ist wohl geklärt, dass es nicht offen ist - still vorhalten.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Nein, das ist NfD, und das ist auch ersichtlich auf Ihrem Ordner.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ja, aber ich will ja gerade einen stillen Vorhalt dann machen, damit wenigstens der Zeuge sehen kann, über was wir reden, wenn ich es schon nicht vorlesen kann.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Sie sehen dort eine Mitteilung des Gesandten der deutschen Delegation bei der NATO, in der Mitte. Ich gebe Ihnen Gelegenheit, das zu lesen, insbesondere den vorletzten Satz, und wüsste gerne, ob Sie sich

daran jetzt, wo Sie das vorliegen haben, vielleicht erinnern können.

(Der Zeuge liest in den ihm vorgelegten Unterlagen)

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Ja, ich habe das Dokument gelesen. Ich darf jetzt auch nicht aus ihm zitieren, nehme ich an. Deshalb müssten Sie mir jetzt sagen, zu welchen Fragen Sie das Dokument veranlasst.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte einfach von Ihnen gerne wissen, ob Sie jetzt, wo Sie das lesen, sich an so etwas erinnern können, dass Ihnen das zugetragen worden ist, dass es da Schwierigkeiten gab.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Nein, das ist mir nicht zugetragen worden. Wenn ich das richtig sehe, bezieht sich das Dokument - ein Vermerk, der eingegangen ist am 7. September - auf einen NAC, -

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wenn Sie es nicht kennen - -

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: - vermutlich auf Botschaferebene, der zwei Tage später stattgefunden hat. Ich nehme an, dass sich der Vorgang auch durch die Plenumsdebatte schon erledigt hatte.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, wenn Sie es nicht kennen, können Sie dort nicht weiter was dazu sagen.

Ich habe dann noch einen letzten Komplex, zu dem ich gern noch fragen würde, und zwar geht es um die Frage, ob darüber gesprochen worden ist zwischen Ihnen, dem Verteidigungsminister und der Bundeskanzlerin, ob man in Anbetracht des Vorfalls auch auf höchster Ebene vor Ort in Afghanistan möglicherweise hätte Präsenz zeigen müssen, in Form, dass jemand als Vertreter der Bundesrepublik möglicherweise in dem Dorf, wo die Opfer sind, so wie das früher auch gehandhabt worden ist - - Ich denke da zum Beispiel an den Fall, wo versehentlich die Mutter mit den beiden Kindern erschossen worden ist und Verteidigungsminister Jung dann vor Ort mit einer Entschuldigung auch sozusagen dafür gesorgt hat, dass auch das Ansehen der Bundesrepublik dort nicht allzu sehr zu Schaden gekommen ist. Warum ist

das in diesem Fall nicht passiert? Ist darüber gesprochen worden?

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Meiner Erinnerung nach sind solche Überlegungen nicht angestellt worden, jedenfalls nicht auf der Ebene des Kabinetts. Ob es - -

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie persönlich denn da mal drüber nachgedacht, als Außenminister und Federführender in dem Fall dort Präsenz zu zeigen?

(Abg. Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU) meldet sich zur Geschäftsordnung)

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Kauder.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Es läuft jetzt ein bisschen aus dem Ruder. Es kommt nicht darauf an, wer über was nachgedacht hat, sondern was veranlasst worden ist oder was nicht veranlasst worden ist.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Im Übrigen bitte ich, nicht vorzuhalten aus vermeintlich offenen Unterlagen, bei denen sich im Nachhinein herausstellt, dass sie eingestuft waren. So dürfen wir nicht miteinander umgehen.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe nicht zitiert.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Moment! Moment! Herr Kollege Kauder, wir können einen stillen Vorhalt machen, und Sie können diesen stillen Vorhalt ebenfalls einsehen. Sie können sich das Papier von Ihrer Fraktionsreferentin durchaus geben lassen.

(Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Die Kollegin hat gesagt, es sei offen! Das war nicht so!)

- Nein, wir haben ja im Anschluss gesagt, das Papier ist NfD, und wir haben einen stillen Vorhalt gemacht, und wenn Sie dann nicht folgen können, weil Sie den stillen Vor-

halt nicht haben, dann klären Sie das bitte mit Ihrer Fraktion.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine abschließende Frage wäre, Herr Dr. Steinmeier: Warum hat in diesem Fall, nachdem ja relativ schnell im Laufe des Septembers noch bekannt war, dass es zivile Opfer gegeben hat, niemand - weder aus Ihrem Hause, also Sie persönlich als Außenminister, noch die Kanzlerin - Präsenz vor Ort zeigen wollen?

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Also, für die Kanzlerin kann der Herr Zeuge nicht reden.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Da haben Sie ja gleich Gelegenheit, zu fragen.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Er kann für sich reden.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Wir haben es jedenfalls nicht so entschieden. Ich habe es für mich auch so zu diesem Zeitpunkt nicht entschieden, auch deshalb, weil ich nun häufig in Afghanistan war und in Gesprächen mit den dortigen Repräsentanten der Regierung, glaube ich, ganz gut einschätzen kann, ob das eine Erwartung war in diesen Tagen oder nicht. Auch nach dem Gespräch mit dem Außenminister Spanta hatte ich nicht den Eindruck, dass die außenpolitische Situation oder die Gefährdung im Verhältnis von Deutschland und Afghanistan so war, dass ich meine Reiseplanungen verändern musste und eine Afghanistan-Reise nach vorne ziehen sollte.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Haben Sie keine weiteren Fragen mehr? - Dann sind wir am Ende dieser Befragung.

Herr Dr. Steinmeier, ich darf Sie noch mal darauf hinweisen, dass Ihnen nach Fertigung des Protokolls dieses für mögliche Korrekturen vom Sekretariat übersandt wird. Des Weiteren bin ich nach § 26 Abs. 3 PUAG gehalten, Sie zum Ende Ihrer Vernehmung darauf hinzuweisen, dass der Untersuchungsausschuss durch Beschluss feststellt, dass die Vernehmung des Zeugen abgeschlossen ist. Die Entscheidung darf erst

ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist.

Herr Dr. Steinmeier, ich bedanke mich für Ihr Kommen, wünsche Ihnen alles Gute.

Wir unterbrechen an dieser Stelle, wie angekündigt, die Sitzung für 20 Minuten. Sie haben dann auch genügend, ausreichend Zeit für Fotos und Presseerklärungen.

Zeuge Dr. Frank-Walter Steinmeier: Vielen Dank, Frau Vorsitzende.

(Unterbrechung von
16.16 bis 16.33 Uhr)

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Ich eröffne die unterbrochene Sitzung.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, ich begrüße Sie sehr herzlich im Namen des Untersuchungsausschusses. Wir kommen nun zur

**Vernehmung der Zeugin
Dr. Angela Merkel**

Frau Dr. Merkel, ich weise Sie darauf hin, dass die Sitzung mit einem Tonband aufgezeichnet wird. Dies dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird später gelöscht. Das Protokoll dieser Vernehmung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben anschließend die Möglichkeit, Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Frau Bundeskanzlerin, Sie sind mit Schreiben vom 17. Dezember 2010 geladen worden. Das Beweisthema ist Ihnen mit dem Untersuchungsauftrag und dem Beweisbeschluss zugegangen. Der Beweisbeschluss ist Ihnen und den Mitgliedern bekannt. Auf eine Verlesung kann daher verzichtet werden. Die erforderlichen Aussagegenehmigungen liegen vor.

Frau Bundeskanzlerin, nach den Vorschriften der Strafprozessordnung, die im Untersuchungsverfahren sinngemäß Anwendung finden, und den Vorschriften des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages - im Folgenden verwende ich die Abkürzung PUAG - muss ich Sie zuerst belehren. Sie sind als Zeugin verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Danach kann derjenige, der vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft werden. Nach § 22 PUAG können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Personen, die im Sinne des § 52 Abs. 1 StPO Ihre Angehörigen sind, in die Gefahr bringen würde, einer Untersuchung

nach gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- und Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit eine entsprechende Einstufung erfolgen kann.

Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass im Falle einer Einstufung der Vernehmung mit einem Geheimhaltungsgrad VS-Vertraulich oder höher ein Wechsel des Sitzungssaales erforderlich wird. Daher möchte ich Sie bitten, etwaige Vernehmungsteile, die einer entsprechenden Einstufung bedürfen, gesammelt am Ende der Vernehmung zur Sprache zu bringen.

Nachdem ich Ihnen den Gegenstand der Vernehmung erläutert, Sie zur Wahrheit ermahnt und belehrt habe, komme ich nun zur Vernehmung. Frau Bundeskanzlerin, auf eine Vernehmung zu Ihrer Person können wir verzichten, da dem Ausschuss Ihr Name, Ihr Familienstand sowie Ihre dienstliche Anschrift bekannt sind.

Ich komme nun zur Vernehmung zur Sache. Frau Bundeskanzlerin, zunächst gebe ich Ihnen Gelegenheit, dem Ausschuss das im Zusammenhang darzulegen, was Ihnen von dem Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Danke schön, Frau Vorsitzende. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Am Dienstag, den 8. September 2009, habe ich um 11 Uhr vor dem Deutschen Bundestag eine Regierungserklärung abgegeben. Dort habe ich unter anderem gesagt:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Letzte Woche Freitag hat eine der schwersten militärischen Auseinandersetzungen der Bundeswehr mit den Taliban im Rahmen des ISAF-Einsatzes in Afghanistan stattgefunden. Zahlreiche Menschen haben ihr Leben verloren. Über die Folgen, insbesondere über zivile Opfer, gibt es widersprüchliche Meldungen. Das genau zu klären, wird uns heute Morgen nicht möglich sein.

Umso mehr sage ich eines vorweg - und zwar ohne jede Umschweife -: Jeder in Afghanistan unschuldig zu

Tode gekommene Mensch ist einer zu viel.

...

Wir trauern um jeden Einzelnen. Jeder unschuldig Verletzte ist einer zu viel. Wir fühlen mit ihnen und ihren Angehörigen. Unschuldig verletzte und zu Tode gekommene Menschen, auch und gerade infolge deutschen Handelns, bedauere ich zutiefst. Es ist mir wichtig, dies heute als deutsche Bundeskanzlerin vor diesem Hohen Haus und genauso dem afghanischen Volk gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Ich denke, ich sage das in Ihrer aller Namen.

...

Afghanistan, dieses leidgeprüfte Land, hat eine bessere, eine friedlichere Zukunft verdient. Das ist unser aller Hoffnung. Wie in einem Brennglas werden in dem Vorfall vom Freitag alle grundsätzlichen Fragen sichtbar, die wir uns seit Beginn des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan immer wieder stellen müssen. Deshalb ist es richtig, und ich sage, es ist notwendig, dass wir darüber heute im Bundestag debattieren. Als deutsche Bundeskanzlerin möchte ich in diesem Hause festhalten:

Erstens. Die lückenlose Aufklärung des Vorfalls vom letzten Freitag und seiner Folgen ist für mich und die ganze Bundesregierung ein Gebot der Selbstverständlichkeit. Die Bundeswehr wird mit allen zur Verfügung stehenden Kräften genau dazu beitragen. Den Ergebnissen kann und will ich heute nicht vorgeifen. Ich stehe dafür ein, dass wir nichts beschönigen werden, aber ich stehe genauso dafür ein, dass wir Vorverurteilungen nicht akzeptieren werden.

...

Ich sage nach dem, was ich in den letzten Tagen erlebt habe, ganz deutlich: Ich verbitte mir das, und zwar von wem auch immer, im Inland genauso wie im Ausland.

...

Genau darüber habe ich auch mit dem NATO-Generalsekretär Rasmussen gesprochen, und zwar sehr unmissverständlich. Eine umfas-

sende Bewertung des Angriffs und seiner Folgen ist mir, ist dem Bundesminister der Verteidigung, ist der Bundesregierung insgesamt absolut wichtig. Auf der Grundlage aller Fakten wird sie erfolgen: offen und nachvollziehbar.

So weit, Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, ein Ausschnitt aus meiner Regierungserklärung vom 8. September 2009, zitiert gemäß der stenografischen Mitschrift des Deutschen Bundestages.

Die Entscheidung, diese Regierungserklärung abzugeben, habe ich am Wochenende zuvor, konkret am Sonntag, dem 6. September 2009, getroffen. Zum einen wollte ich damit der an dem Wochenende öffentlich geäußerten und für mich durchaus nachvollziehbaren Bitte aus dem parlamentarischen Raum, konkret der Fraktionsführung der Grünen, entsprechen. Zum anderen hielt ich es selbst für unverzichtbar, für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland im Deutschen Bundestag zu dem Vorfall am vorangegangenen Freitag, dem 4. September 2009, im Raum Kunduz so umfassend wie möglich und im Zusammenhang Stellung zu nehmen und diesen darüber hinaus politisch einzuordnen, wie es nach meinem Verständnis mein Amt als Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland gebietet.

Meine Damen und Herren, vorausgegangen waren vier Tage sich zum Teil überstürzender Meldungen, oft widersprüchlicher Berichte und meiner intensiven Befassung mit den Vorgängen um den NATO-Luftangriff im Raum Kunduz. Am Freitag, dem 4. September 2009, habe ich morgens über Presseberichte und Meldungen von Nachrichtengeneratoren von einem NATO-Luftangriff auf entführte Tanklaster im Raum Kunduz in Afghanistan erfahren, bei dem viele Menschen getötet worden seien. Da, wie wir wissen, im Rahmen des ISAF-Einsatzes im Raum Kunduz die Bundeswehr Verantwortung trug und bis heute trägt, ließen mich diese Meldungen sofort aufhorchen. Sie waren meiner Erinnerung nach deshalb auch Thema in der von mir geleiteten Morgenlage desselben Tages mit meinen engsten Mitarbeitern. Ich habe dort um nähere und fortlaufende Informationen durch die Mitarbeiter der Abteilung Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik des Bundeskanzleramtes gebeten.

Da es sich darüber hinaus um einen Freitag handelte, an dem turnusmäßig um

11.30 Uhr die Regierungspressekonferenz stattfinden sollte, habe ich den Regierungssprecher, Staatssekretär Ulrich Wilhelm, im Anschluss an die Morgenlage zusätzlich auch noch einmal telefonisch gebeten, sich über die Mitarbeiter der Abteilung Außenpolitik im Bundeskanzleramt wie auch über seinen Sprecherkollegen im Bundesministerium der Verteidigung nähere Informationen zu den Presseberichten und Agenturmeldungen zu beschaffen, um so eine bestmögliche Vorbereitung der Regierungspressekonferenz sicherzustellen.

Ich habe ihn darüber hinaus gebeten, darüber auch den stellvertretenden Regierungssprecher Klaus Vater zu unterrichten, der an jenem Tag für die Bundesregierung an der Regierungspressekonferenz teilnahm. Außerdem habe ich gebeten, dass der stellvertretende Regierungssprecher in der Regierungspressekonferenz sich zu allen unklaren Fragen dieses Vorfalles mit großer Zurückhaltung äußern und schnelle Klärung in Aussicht stellen möge, da ausweislich der Nachrichtenlage zu der Zeit nicht klar war, ob und gegebenenfalls wie viele zivile Opfer, Tote wie Verletzte, zu beklagen waren, und schon am Vormittag des 4. September absehbar war, dass genau diese Frage den Tag über im Vordergrund stehen würde. Das war und ist auch nachvollziehbar, handelte es sich doch, wie aufgrund der Nachrichtenlage schon zu dem frühen Zeitpunkt ersichtlich war, um eine der schwersten, wenn nicht die schwerste militärische Auseinandersetzung der Bundeswehr mit den Taliban im Rahmen des ISAF-Einsatzes in Afghanistan und damit um einen der schwerwiegendsten Vorfälle seit Bestehen der Bundeswehr.

Der Vorfall nahm dann auch einen breiten Raum in der Regierungspressekonferenz an jenem Freitag ein, wenngleich, wie der stenografischen Mitschrift zu entnehmen ist, nicht der stellvertretende Regierungssprecher, sondern ausschließlich der Sprecher des Verteidigungsministeriums dazu befragt wurde.

Im weiteren Verlauf des Tages telefonierte ich meiner Erinnerung nach auch mit Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung und bat ihn um eine zügige und umfassende Aufklärung des Vorfalles. Das sagte er mir zu.

Mit dem Leiter der Abteilung Außenpolitik im Bundeskanzleramt, Dr. Christoph Heusinger, habe ich am Morgen des nächsten Tages, also am Samstag, dem 5. September

2009, entschieden, dass er eine für das Wochenende geplante Dienstreise in den Nahen Osten absagt, um vor Ort in Berlin sein zu können. Es war uns klar, dass der Vorfall so schwerwiegend ist, dass er eine Dienstreise ins Ausland nicht zuließ.

Am Samstag, dem 5. September 2009, hielt ich mich zu Terminen unter anderem auf der Insel Rügen auf. Wegen eines dort zu führenden Interviews begleitete Regierungssprecher Wilhelm mich. An diesem Samstag mussten wir eine Vielzahl von Agenturmeldungen mit zum Teil äußerst kritischen europäischen und internationalen Kommentierungen des Vorfalles in Kunduz lesen, die wir über das sogenannte Newscenter des Bundespresseamtes per SMS erhielten. So hatten sich unter anderem Frankreichs Außenminister Bernard Kouchner, Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn, EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner, Italiens Außenminister Franco Frattini, alle am Rande eines EU-Außenministertreffens in Stockholm, aber auch Spaniens Ministerpräsident José Luis Zapatero, ein Sprecher des Weißen Hauses in Washington und ein afghanischer Stammesältester geäußert, der von bis zu 150 zivilen Opfern sprach.

Der Oberkommandierende der ISAF, US-General Stanley McChrystal, wandte sich an diesem Samstag, dem 5. September, in einer Fernsehansprache an die Afghanen. Außerdem war er an diesem Tag in Begleitung eines Journalisten der *Washington Post* an den Ort des Luftangriffs gereist, um sich ein Bild von der Lage zu machen. Darüber hinaus besuchte er ein Krankenhaus, in das Verletzte eingeliefert waren. Dort wurde unter anderem ein zehnjähriger Junge mit Brandwunden besucht. General McChrystal erklärte, dass für ihn klar sei, dass es zivile Opfer gegeben habe.

Aufgrund dieser Nachrichtenlage telefonierte am Samstag, dem 5. September, sowohl Herr Wilhelm mit dem Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums, Dr. Thomas Raabe, als auch ich mit Verteidigungsminister Jung während unserer gemeinsamen Autofahrt auf der Insel Rügen. Ich hatte ja vorhin erwähnt, dass ich an diesem Tage dort war. In diesen Telefonaten um die Mittagszeit bzw. am frühen Nachmittag rieten Herr Wilhelm, Herr Raabe und ich dem Verteidigungsminister, die Möglichkeit ziviler Opfer in öffentlichen Äußerungen des Bundesverteidigungsministeriums und des Verteidigungsministers selbst nicht weiter aus-

zuschließen. Die Nachrichten- und Informationslage gebot zurückhaltende Formulierungen.

Meiner Erinnerung nach verwies Bundesverteidigungsminister Jung in meinem Telefonat mit ihm auf seine Erkenntnisse, die sich auf eine afghanische Quelle bezögen, die er als zuverlässig bezeichnete. Außerdem verwies Franz Josef Jung meiner Erinnerung nach bereits in diesem Telefongespräch auf einen Bericht des Gouverneurs von Kunduz und anderer regionaler afghanischer Verantwortlicher, der dann am 6. September 2009 Afghanistans Präsident Karzai zugestellt wurde. In diesem Bericht werde festgestellt, dass in dem Luftangriff am 4. September ausschließlich regierungsfeindliche Kräfte getötet worden seien. Der Bericht nahm in der Folge auch in der Regierungspressekonferenz am folgenden Montag in der Befragung des Sprechers des Verteidigungsministers einen breiten Raum ein.

Zurück zum Samstag. Bundesminister Jung erläuterte mir in unserem Telefonat, dass er für Sonntag, den 6. September 2009, der *Bild am Sonntag* ein Interview gegeben habe, in dem er seinen Kenntnisstand schildere. Daraufhin bat ich Verteidigungsminister Jung noch einmal darum, alle Informationen, insbesondere auch die über den Besuch von General McChrystal, in seinem Interview zu berücksichtigen und sie dabei einzubeziehen.

Einige Stunden später nahm ich Vorabmeldungen seines Interviews mit der *Bild am Sonntag* zur Kenntnis, das am folgenden Tag erscheinen sollte und in dem Franz Josef Jung unter anderem ausführte:

Nach allen mir zurzeit vorliegenden Informationen sind bei dem durch ein US-Flugzeug durchgeführten Einsatz ausschließlich terroristische Taliban getötet worden.

Am nächsten Tag, Sonntag, dem 6. September 2009, hielt ich mich ab circa 14.30 Uhr zu einer Veranstaltung der CDU Deutschlands zum Auftakt der „heißen Phase“ des Bundestagswahlkampfes in Düsseldorf auf. Hier traf ich Franz Josef Jung, der als Mitglied des Vorstandes der CDU Deutschlands an der Veranstaltung teilnahm. Am Rande eines Treffens des Vorstands kurz vor der Veranstaltung sagte ich ihm in einem persönlichen Gespräch, dass die von ihm gewählte Formulierung im Interview mit der *Bild am Sonntag* meines Erachtens nicht

den gesamten Sachstand über mögliche zivile Opfer wiedergebe. Ich sagte ihm außerdem, dass ich deshalb bei meiner für den Abend desselben Tages geplanten Pressekonferenz anlässlich des Besuches von Großbritanniens Premierminister Gordon Brown zu zivilen Opfern Stellung nehmen würde. Wir vereinbarten, dass Franz Josef Jung sich auch seinerseits noch am selben Tage am Rande der Veranstaltung in Düsseldorf noch einmal zur Möglichkeit ziviler Opfer äußern werde. Das tat er dann auch und sagte öffentlich unter anderem, dass er jeden Zivilisten bedaure, der verletzt oder gegebenenfalls ums Leben gekommen sei, aber dass das aufgeklärt werden müsse.

Während der Düsseldorfer Veranstaltung telefonierte der Verteidigungsminister zudem mit General McChrystal. Franz Josef Jung berichtete mir hinterher, dass er und General McChrystal sich einig darin seien, dass die Umstände des Luftangriffes in Kunduz zügig aufgeklärt werden müssten.

Nachdem ich am Sonntag, dem 6. September 2009, aus Düsseldorf nach Berlin zurückgekehrt war, empfing ich um 20 Uhr den britischen Premierminister Gordon Brown im Bundeskanzleramt. Dort habe ich in der gemeinsamen Pressekonferenz in meinen Eingangsbemerkungen unter anderem gesagt:

Ich möchte zuerst zu dem Vorfall in Kundus deutlich machen, dass es der Bundesregierung und mir persönlich darum geht, dass jetzt schnell ein Nato-Untersuchungsteam bereitgestellt wird, das umfassend und zügig aufklärt, wie die Zusammenhänge dort sind, und auch aufklärt, ob es zivile Opfer gegeben hat. Wenn es zivile Opfer gegeben hat, dann werde ich das natürlich zutiefst bedauern. Sie wissen, dass unsere gesamte Strategie darauf ausgerichtet ist, Vertrauen bei der Bevölkerung zu erreichen und zu erarbeiten, und dass deshalb unser Ansatz der vernetzten Sicherheit die Basis unseres ... Einsatzes ist.

In dieser Pressekonferenz kündigten Premierminister Brown und ich auch im Namen des französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy eine Initiative an, mit der wir uns für eine internationale Afghanistan-Konferenz noch in diesem Jahr einsetzen wollten. Hierzu hatte ich vor meinem Treffen mit Gordon Brown auch NATO-Generalsekretär

Rasmussen angerufen, um ihn über diese Initiative zu informieren. In diesem Telefonat erläuterte ich ihm darüber hinaus mein Befremden über die zahlreichen öffentlichen Kommentierungen des NATO-Luftangriffs in Kunduz, die Vorverurteilungen gleichkämen, obwohl anschließende Untersuchungsergebnisse noch nicht vorlägen. Ich sicherte ihm zu, dass Deutschland alles tun werde, um den Luftangriff und seine Folgen gemeinsam mit der ISAF-Führung schnell aufzuklären.

Wie ich eingangs schon erwähnte, hatte die Fraktionsführung der Grünen mich im Verlauf des Wochenendes aufgefordert, eine Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag abzugeben. Ich entschied mich, dieser Bitte zum nächstmöglichen Termin zu entsprechen und über die dazu notwendigen Modalitäten am Morgen des kommenden Tages, also am Montag, dem 7. September, mit meiner Fraktion zu sprechen. Dies habe ich dann auch am Montagvormittag vor einer um 10.45 Uhr beginnenden Feierstunde zum 60. Jahrestag der Konstituierung des Deutschen Bundestages in Bonn getan. Ich teilte dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder, dem Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer Dr. Norbert Röttgen und dem Ersten Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Peter Ramsauer mit, dass ich die Absicht hätte, am Dienstag, dem 8. September, vormittags eine Regierungserklärung zum Luftangriff in Kunduz abzugeben. Ich bat sie, sich darüber mit den Spitzen unseres Koalitionspartners, der SPD-Bundestagsfraktion und den zuständigen Gremien des Deutschen Bundestages zu verständigen.

Dienstag, der 8. September 2009, war ausnahmsweise als Plenartag angesetzt, da es galt, an diesem Tag über die veränderten Begleitgesetze zum Lissabon-Vertrag abzustimmen. So wurde meine Regierungserklärung für den Beginn dieses Sitzungstages angesetzt, konkret für 11 Uhr. Ich bat wie üblich die Abteilung Außenpolitik des Bundeskanzleramtes darum, einen Entwurf für meine Regierungserklärung zu erarbeiten, der mir bis zum späten Nachmittag bzw. frühen Abend des 7. September vorgelegt werden möge, zusammen mit einer detaillierten Zusammenstellung aller bis zu diesem Zeitpunkt bekannten Fakten.

Wie gewünscht, erhielt ich am späten Nachmittag bzw. frühen Abend desselben Tages den Entwurf der Regierungserklärung. Außerdem erhielt ich eine Vorlage der Abteilung Außenpolitik zum Sachstand. Dieser

Vorlage waren zwei Anlagen beigefügt: eine Schilderung des Bundesverteidigungsministeriums zum Luftangriff in Kunduz und eine Kopie der Obleuteunterrichtung des Bundesverteidigungsministeriums vom 7. September 2009. Weitere schriftliche Unterlagen, etwa auch der Zwischenbericht des Initial Action Team vom 6. September 2009, lagen mir bis zum Zeitpunkt der Regierungserklärung nicht vor. Die mir bis dahin vorliegenden schriftlichen Unterlagen, also die Vorlage des Bundeskanzleramtes mit den genannten zwei Anlagen sowie die aus den zahlreichen Telefonaten und persönlichen Begegnungen des Wochenendes mit dem Verteidigungsminister, mit Dr. Heusgen, zahlreiche Telefonate, SMS, persönliche Begegnungen bei Gordon Brown sowie am Montag im Laufe des Tages - - All diese Erkenntnisse, all das formte sich zu einem aussagekräftigen Bild und diente mir als ausreichende Informationsgrundlage für meine Regierungserklärung.

Es war hinreichend klar: Zivile Opfer sind mit hoher Wahrscheinlichkeit zu beklagen, Verletzte wie Tote. Jedenfalls können und dürfen sie nicht ausgeschlossen werden. Eine abschließende Schilderung und Wertung aller Umstände und Abläufe des verhängnisvollen Vorfalles ist noch nicht möglich. Sie kann auch nicht in der Regierungserklärung erfolgen, sondern wird von den zuständigen Stellen, insbesondere der ISAF, erfolgen müssen. Deutschland wird diese Aufklärung nach besten Kräften unterstützen.

Mit dieser Einschätzung habe ich mich dann am späten Montagabend - ich war zuvor noch auf einer ARD-„Wahlarena“-Veranstaltung in Köln - und am Dienstagmorgen selbst mit der Regierungserklärung beschäftigt und an ihr gearbeitet. Die wesentlichen Ausschnitte habe ich zu Beginn hier zitiert; das wiederhole ich nicht.

Wohl aber möchte ich Sie auf zwei Punkte hinweisen, die mit Blick auf den Gegenstand dieses Untersuchungsausschusses bei meiner Arbeit an dieser Rede im Mittelpunkt meiner Gedanken standen. Zum einen war es mir wichtig, deutlich zu machen, dass ich Vorverurteilungen nicht akzeptierte und sie mir verbitte, von wem auch immer, im Inland wie im Ausland. Dieser Satz war mir sehr wichtig; er ist mir im Übrigen auch heute noch sehr wichtig. Denn trotz aller Erschütterungen, die der folgenreiche Luftangriff am 4. September ausgelöst hatte, und zwar verständlicherweise ausgelöst hatte, konnte und

kann ich Äußerungen, wie sie am 4., vor allem aber am 5. September zu hören und zu lesen waren, nicht akzeptieren. Einige internationale Stimmen habe ich ja schon erwähnt.

Ich konnte und kann sie nicht akzeptieren, weil ich überzeugt bin, dass Folgendes zu gelten hat: So wie von Deutschland erwartet werden kann, sich mit öffentlichen Urteilen zurückzuhalten, wenn unsere Bündnispartner Verantwortung für Vorfälle mit vergleichbar schlimmen Folgen zu übernehmen haben und noch wenig bis gar keine Klarheit über die Faktenlage besteht, so erwarte ich das umgekehrt auch für Deutschland. Dies ist nicht irgendeine gleichsam emotionale Erwartung, sondern eine eminent politische; denn sie hat nicht zuletzt auch mit meinem Verständnis eines Bündnisses zu tun, das von denen, die uns gerade auch in Afghanistan feindlich gesonnen sind, sehr wohl wahrgenommen wird.

Eine schonungslose und rückhaltlose Aufarbeitung von Versäumnissen und möglichen Fehlern, auch schweren Fehlern, bleibt davon völlig unbenommen. Ebenso bleiben öffentliche Bewertungen davon völlig unbenommen, wenn alle Untersuchungsergebnisse vorliegen. Beides bleibt unverzichtbar, beides muss erfolgen im Interesse aller Betroffenen, um auch für die Zukunft ähnliche Zwischenfälle nach bestem Wissen und Gewissen vermeiden zu können.

Das führt mich zu dem zweiten Punkt, der mich mit Blick auf den Gegenstand dieses Untersuchungsausschusses bei der Erarbeitung meiner Regierungserklärung intensiv beschäftigt hat. Er berührt konkret die Frage einer deutschen Verantwortung für den Luftangriff am 4. September. Nach dem mir vorliegenden Sachstand, wie ich ihn vorher geschildert habe, war mir klar, dass ich in der Regierungserklärung zivile Opfer nicht nur nicht ausschließen konnte; das hatten sowohl die Regierungssprecher in den vergangenen Tagen als auch ich zu keinem Zeitpunkt getan. Mir war vielmehr zudem klar, dass ich es auch nicht mehr bei der konditionierten „Wenn-dann“-Formulierung belassen konnte, die ich am Sonntagabend noch in meiner ersten öffentlichen Äußerung zum Vorfall in Kunduz im Rahmen der Pressekonzferenz mit Gordon Brown gewählt hatte.

Gleichzeitig hatte ich, wie bei allen Äußerungen, die ich in meinem Amt als Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland

vornehme, in einer Regierungserklärung zumal, auch hier zu berücksichtigen, dass jedes meiner Worte sowohl von politischem wie von rechtlichem Gewicht war und ich zu beachten hatte, dass ich zivile Opfer nun auch nicht ausdrücklich bestätigen konnte, da dies die Faktenlage nicht ermöglichte, und deshalb sorgsam abzuwägen war. In diesem Spannungsfeld entschied ich mich für die Worte „auch und gerade infolge deutschen Handelns“ und sagte - ich zitiere erneut -:

Unschuldige verletzte und zu Tode gekommene Menschen, auch und gerade infolge deutschen Handelns, bedauere ich zutiefst. Es ist mir wichtig, dies heute als deutsche Bundeskanzlerin vor diesem Hohen Haus und genauso dem afghanischen Volk gegenüber zum Ausdruck zu bringen.

Drei Tage nach meiner Regierungserklärung, also am Freitag, dem 11. September 2009, erhielt ich eine Vorlage der Abteilung Außenpolitik des Bundeskanzleramtes zum Zwischenbericht des Initial Action Team vom 6. September. Die Vorlage war am Vortag, also am 10. September, erstellt worden. Die Mitarbeiter der Abteilung Außenpolitik hatten sich in den Tagen zuvor intensiv und, wie ich von ihnen wusste, zunächst auch vergeblich bemüht, diesen Bericht vom Bundesverteidigungsministerium zu bekommen. Die Vorlage nun bestätigte alle Einschätzungen, die Grundlage meiner Regierungserklärung waren.

Ebenfalls am Freitag, dem 11. September 2009, erhielt ich eine Vorlage der Abteilung Außenpolitik des Bundeskanzleramtes, die am selben Tag erstellt worden war. Mit ihr wurde ich über die Einsetzung eines ISAF-Untersuchungsausschusses unterrichtet. Die Einsetzung dieses ISAF-Untersuchungsausschusses war ein Ergebnis des Initial-Action-Team-Zwischenberichts. Aus meiner Sicht war es zwingend, dass nach der Vorlage des IAT-Berichts der COMISAF auch die umfassende Untersuchung über die Vorgänge am 4. September durchführte. Ich war mit dem Bundesverteidigungsminister einig, dass so, wie angekündigt, eine umfassende Untersuchung und Aufklärung der Vorgänge am 4. September garantiert war. Diese Untersuchungen und die Erstellung des COMISAF-Berichts nahmen in der Folge einige Wochen in Anspruch.

Nachdem dann das Bundeskanzleramt den COMISAF-Bericht erhalten hatte, er-

stellte die Abteilung Außenpolitik am Donnerstag, dem 29. Oktober 2009, eine Vorlage für mich, in der sie den COMISAF-Bericht zum Abschluss der Untersuchungen erläuterte und die Ergebnisse des Berichts bewertete, darunter auch die Frage der militärischen Angemessenheit des Luftangriffs.

Eine eigenständige Bewertung der militärischen Angemessenheit des Luftangriffs am 4. September hat das Bundeskanzleramt nicht vorgenommen - aus guten Gründen nicht; denn weder obliegt eine solche Bewertung dem Bundeskanzleramt, noch hat es dazu die nötige Expertise. Dies obliegt dem zuständigen Fachministerium, dem Bundesverteidigungsministerium.

Zusammenfassend wurde deshalb richtigerweise lediglich deutlich gemacht, dass eine abschließende Bewertung des Vorfalls, insbesondere seiner militärischen Angemessenheit, in hohem Maße davon abhängig ist, ob und inwieweit man die Perspektive des in einer besonderen Situation stehenden Kommandeurs einnimmt oder den Vorfall vorrangig unter dem Blickwinkel möglicher Regelverstöße sieht. Diese Abwägung vorzunehmen war, wie gesagt, Aufgabe des Bundesverteidigungsministeriums.

Am 6. November 2009 teilte Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, der wenige Tage zuvor dieses Amt von Franz Josef Jung übernommen hatte, seine öffentliche Bewertung zur militärischen Angemessenheit des Luftangriffs am 4. September mit, nachdem zuvor Generalinspekteur Schneiderhan seine Bewertung vorgenommen und öffentlich vorgetragen hatte.

Meine Damen und Herren, ziehen wir ein erstes Fazit: Diese Chronologie der Ereignisse, wie ich sie wahrgenommen und erlebt habe, seit ich am Morgen des 4. September 2009 von einem NATO-Luftangriff auf entführte Tanklastwagen im Raum Kunduz über Agenturmeldungen erfahren habe, macht deutlich, dass alle Unterstellungen, die Bundesregierung sei nicht an einer umfassenden Aufklärung des Vorfalls interessiert gewesen, sie habe diese Aufklärung gar verhindert, Umstände des Luftangriffs möglicherweise im Vorfeld der nahenden Bundestagswahl vertuschen wollen oder sogar das Mandat des Deutschen Bundestages für den Einsatz verletzt, jeder Grundlage entbehren. Das Gegenteil war der Fall, und zwar von Beginn an.

Einige Wochen später, am Mittwoch, dem 25. November, sagte meine Sekretärin mir am Nachmittag, dass Verteidigungsminister zu Guttenberg dringend mit mir telefonieren müsse. In dem anschließenden Telefonat teilte Karl-Theodor zu Guttenberg mir mit, dass er im Zusammenhang mit dem Luftangriff vom 4. September 2009 habe erfahren müssen, dass ihm wichtige Unterlagen nicht vorgelegt worden seien, namentlich ein Bericht der Feldjäger der Bundeswehr, die seinerzeit den Vorfall untersucht hätten. Generalinspekteur Schneiderhan und Staatssekretär Wichert habe er zur Rede gestellt und zu dem Vorkommnis dazu befragt. Sein Vertrauen in beide zur Fortsetzung der Zusammenarbeit sei nicht mehr gegeben.

Ich habe dem Verteidigungsminister gesagt, dass er mir dies gemäß der Geschäftsordnung der Bundesregierung auch noch einmal schriftlich mitteilen müsse und dass er auch den Bundespräsidenten bzw. das Bundespräsidialamt unterrichten möge. Darüber hinaus bat ich den Verteidigungsminister, mir den von ihm angesprochenen Feldjägerbericht zukommen zu lassen. Sein Ministerbüro faxte den Bericht um 17.35 Uhr an mein Büro. Die Leiterin meines Büros ließ dem Chef des Bundeskanzleramts sowie Fachabteilungen des Bundeskanzleramtes umgehend eine Kopie dieses Berichts zukommen und legte mir das Originalfax vor.

Am Donnerstag, dem 26. November, nahm ich im Deutschen Bundestag an einer ohnehin für den Tag anberaumten Debatte zum Afghanistan-Einsatz vormittags teil, in der der Verteidigungsminister das Wort ergriff und sich auch zu seiner Entscheidung vom Vortag äußerte. In einer Pressekonferenz, die ich am selben Tag anlässlich des Besuches von NATO-Generalsekretär Rasmussen im Bundeskanzleramt abhielt, antwortete ich auf eine Frage zu den jüngsten Ereignissen - ich zitiere aus der stenografischen Mitschrift -:

Sie wissen, dass ich von Anfang an - auch in der Regierungserklärung Anfang September - gesagt habe, dass wir, wenn wir Vertrauen wollen, volle Transparenz haben müssen. Ich habe immer dafür Sorge getragen oder darauf gedrungen, dass es volle Aufklärung gibt. Insofern hat der jetzige Bundesverteidigungsminister natürlich meine volle Unterstützung, wenn er sozusagen das aufklärt, was viel-

leicht noch aufzuklären ist, und auch die notwendigen Konsequenzen trägt und vollzieht.

Der frühere Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung wird noch heute Abend eine Erklärung abgeben. Ich habe natürlich volles Vertrauen zu ihm, dass er dies genau in dem gleichen Geiste machen wird, also in dem Geiste, dass Verantwortung in Afghanistan auch bedeutet, dass wir auf volle Transparenz dringen.

So weit der Auszug aus meiner Pressekonferenz.

Noch am selben Tag erstellte die Abteilung Außenpolitik des Bundeskanzleramtes eine erste Chronologie der Ereignisse um den NATO-Luftangriff im Raum Kunduz bzw. der Aufklärung wie auch der Informationen, die seither innerhalb des Bundeskanzleramtes und an mich persönlich ergangen sind. Diese Chronologie sollte dazu dienen, den Informationsstand sowie die auf diesem Stand seither vorgenommenen Bewertungen im Bundeskanzleramt im Lichte der aktuellen Ereignisse zu überprüfen.

Ebenfalls am Donnerstag, dem 26. November 2009, erhielt ich zwei Schreiben von Verteidigungsminister zu Guttenberg. In einem Schreiben teilte er mir nunmehr auch schriftlich mit, dass er beabsichtige, dem Herrn Bundespräsidenten die Versetzung von Staatssekretär Dr. Wichert in den einstweiligen Ruhestand vorzuschlagen, und mich hierzu gemäß § 19 der Geschäftsordnung der Bundesregierung um Zustimmung bittet. In einem zweiten Schreiben teilte der Verteidigungsminister nunmehr ebenfalls schriftlich mit, dass der Generalinspekteur der Bundeswehr ihn gebeten habe, ihn von seinen Aufgaben zu entbinden und seine Zuruhesetzung zu veranlassen. Auch hierzu bat er mich gemäß § 19 der Geschäftsordnung der Bundesregierung um meine Zustimmung.

Ich habe wie üblich beide Schreiben an die zuständigen Fachabteilungen des Bundeskanzleramtes zur Bearbeitung weitergeleitet. Mit Vorlage vom 26. November erläutert die Zentralabteilung des Kanzleramtes, dass es keine Einwände gegen die Bitten des Verteidigungsministers gebe. Nach § 54 Abs. 1 Nr. 1 Bundesbeamtengesetz können Staatssekretäre vom Bundespräsidenten jederzeit in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden. Dieser Personalmaßnahme wie auch der vorzeitigen Veranlassung der

Zuruhesetzung von Generalinspekteur Schneiderhan, die bereits hinausgeschoben worden sei, stünde, so die Bewertung des Kanzleramtes, nichts entgegen. Ich habe demnach entschieden, keine Einwände gegen die Personalmaßnahmen zu erheben.

An diesem Donnerstag, dem 26. November, ging ich am frühen Abend, abweichend von meiner ursprünglichen Terminplanung, anlässlich der aufgrund der aktuellen Ereignisse anberaumten vereinbarten Debatte in den Deutschen Bundestag, um während der dort erwarteten Erklärung von Franz Josef Jung, in der er zu den jüngsten Ereignissen Stellung nehmen würde, anwesend sein zu können.

Am Freitag, dem 27. November 2009, teilte der Chef des Bundeskanzleramtes dem Verteidigungsminister schriftlich mit, dass ich keine Einwände gegen die mir von ihm am Vortage schriftlich vorgetragenen Personalmaßnahmen erhebe. Am selben Tag unterrichtete Bundesminister Jung gegen 13.30 Uhr die Öffentlichkeit davon, dass er mich am Morgen dieses Tages in einem Gespräch davon unterrichtet habe, sein Amt als Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung zur Verfügung zu stellen. Er übernehme die politische Verantwortung für die interne Informationspolitik des Bundesverteidigungsministeriums gegenüber dem Minister zu den Ereignissen vom 4. September 2009.

In dieser Erklärung machte er abschließend noch einmal deutlich, dass es ihm - ich darf aus der stenografischen Mitschrift seines Pressestatements zitieren - immer ein Herzensanliegen war,

die Soldatinnen und Soldaten in ihrem schweren Einsatz für Frieden und Freiheit unseres Vaterlandes zu unterstützen und sie vor unberechtigten Angriffen in Schutz zu nehmen.

Gegen 17 Uhr trat ich im Bundeskanzleramt vor die Presse, um öffentlich an diesem Tag meinen großen Respekt für die Entscheidung Franz Josef Jungs zu bekunden und vor allem um ihm für seinen Dienst für unser Land zu danken.

Am Montag, dem 30. November, habe ich eine Rücksprache mit dem Chef des Kanzleramtes, dem Regierungssprecher, dem stellvertretenden Regierungssprecher, Mitarbeitern der Abteilung Außenpolitik und meines Büros unter anderem zur Vorbereitung der um 11.30 Uhr stattfindenden Regierungs-

pressekonzferenz durchgeführt, in der es galt, die vielen zu erwartenden Fragen zu den jüngsten Entwicklungen so umfassend und präzise wie möglich zu beantworten. Hierbei war mir wichtig, auf der Grundlage der vorgelegten Chronologie vom 26. November wie auch aufgrund mündlicher Erläuterungen in dieser Rücksprache zu klären, ob meine Regierungserklärung vom 8. September 2009 unverändert ihre Gültigkeit besitzen könnte oder ob im Lichte der aktuellen Entwicklungen wesentliche Aussagen hätten verändert werden müssen.

Darüber hinaus war mir wichtig zu klären, ob die Haltung des Bundeskanzleramtes zur Frage der militärischen Angemessenheit weiter die sein konnte, die in der Vorlage vom 29. Oktober 2009 vorgenommen wurde. Da es sich bei beiden Punkten um nachvollziehbar wichtige Fragen handelte, habe ich zu einer vertieften Erörterung am Dienstagnachmittag, dem 1. Dezember 2009, eine weitere Besprechung angesetzt und durchgeführt.

Am Dienstag, dem 1. Dezember 2009, habe ich in einer Pressekonferenz am Vormittag anlässlich des Besuches des pakistanischen Premierministers Gilani auf die Frage eines Journalisten zum Luftangriff vom 4. September und zu den jüngsten Entwicklungen unter anderem darauf hingewiesen, dass der Bundesverteidigungsminister eine Neubewertung der Frage der militärischen Angemessenheit vornehmen werde. Darüber hinaus habe ich deutlich gemacht, dass Deutschland die Verantwortung für zivile Opfer infolge deutschen Handelns übernehme.

Am Mittwoch, dem 2. Dezember 2009, fand im Anschluss an die Kabinettsitzung in meinem Büro ein Gespräch mit Bundesaußenminister Dr. Guido Westerwelle, dem Bundesverteidigungsminister und dem Chef des Bundeskanzleramtes statt, in dem nach meiner Erinnerung zwar auch die Frage einer Neubewertung der militärischen Angemessenheit des Luftangriffs am 4. September zur Sprache kam, im Mittelpunkt aber die weitere Strategie für die internationale Afghanistan-Konferenz stand.

Am Nachmittag desselben Tages habe ich deshalb im Anschluss an die Vereidigung der neuen Bundesfamilienministerin Kristina Schröder - damals noch Köhler - in meinem Reichstagsbüro ein Gespräch mit dem Bundesverteidigungsminister geführt, in dem er mir erläuterte, dass er beabsichtige, seine

am 6. November vorgenommene Bewertung der militärischen Angemessenheit des Luftangriffs zu korrigieren. Ich konnte seine Erläuterungen gut nachvollziehen, wenngleich unverändert galt, dass ich selbst keine eigene Bewertung vornehmen konnte und würde, und zwar aus den vorhin schon genannten guten Gründen.

Am Donnerstag, dem 3. Dezember 2009, trug der Verteidigungsminister seine Neubewertung im Plenum des Deutschen Bundestages öffentlich vor. Ich habe an dieser Sitzung im Bundestag teilgenommen.

Am Freitag, dem 11. Dezember 2009, erhielt ich eine Vorlage der Abteilung Außenpolitik des Kanzleramtes, in der zu mehreren Fragen Stellung genommen wurde, die ich einige Tage zuvor, am 8. Dezember 2009, in der Morgenlage zur Frage der Entschädigung der Opfer in Kunduz gestellt hatte. Denn auch wenn trotz aller Untersuchungen, deren Ergebnisse in den verschiedensten Berichten aufgezeichnet wurden, umfassend natürlich im COMISAF-Bericht, auch wenn also trotz aller Untersuchungen wahrscheinlich niemals abschließend geklärt werden kann, wie viele Menschen durch den Luftangriff in Kunduz am 4. September 2009 tatsächlich ums Leben gekommen oder verletzt worden sind, auch wenn die Zahl ziviler Opfer wahrscheinlich niemals abschließend ermittelt werden kann und auch wenn sich beim Verlust menschlichen Lebens das Wort „Entschädigung“ an sich schon verbietet, so war es mir doch wichtig, auch diese Fragen klären zu lassen. Das Bundesverteidigungsministerium hat sich der Klärung dieser Fragen dann ja auch angenommen.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, damit kommen wir zu meinem zweiten und abschließenden Fazit. Ich halte fest: Unverändert gilt alles, was ich am 8. September 2009 in meiner Regierungserklärung gesagt habe. Unverändert gilt, wie ich damals gesagt habe, ich stünde dafür ein, dass wir nichts beschönigen würden, wie auch dafür, dass wir Vorverurteilungen nicht akzeptieren würden. So ist es gekommen.

Im Lichte aller Untersuchungsergebnisse ergänze ich: Mögen die Schlussfolgerungen, die die NATO, ISAF, die Bundeswehr, das Bundesverteidigungsministerium, alle Beteiligten aus den Ereignissen gezogen haben, helfen, dazu beizutragen, folgenreiche Ereignisse wie die am 4. September in Kunduz in Zukunft zu verhüten. Ich darf deshalb mit

einem letzten kurzen Auszug aus meiner Regierungserklärung vom 8. September 2009 schließen:

Deutschland ist dem Dienst für den Frieden in der Welt verpflichtet; so steht es in der Präambel unseres Grundgesetzes.

...

Deutschland ist eine wehrhafte Demokratie; wir schützen unsere Bürger, ihr Leben und ihre Unversehrtheit mit den zu Gebote stehenden rechtsstaatlichen Mitteln.

...

Deutschland steht in dieser Welt in festen Bündnissen und Partnerschaften; deutsche Sonderwege sind grundsätzlich keine Alternative deutscher Außenpolitik.

...

Es ist Aufgabe jeder politischen Führung, diese drei Prinzipien in der konkreten geschichtlichen Wirklichkeit immer wieder neu zur Geltung zu bringen. Das gehört mit zu den schwersten Aufgaben. Denn letztlich geht es um den Schutz von Leben

...

und bei den Aufträgen der Bundeswehr auch um den Einsatz von Leben.

Vielen Dank, Frau Vorsitzende.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:

Vielen Dank, Frau Bundeskanzlerin, für die umfassende Einführung.

Ich möchte nun den Ausschussmitgliedern das Wort erteilen. Das Wort hat die CDU/CSU-Fraktion, der Kollege Beck.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Vielen Dank, Frau Bundeskanzlerin, für die ausführliche und auch für die detaillierte Schilderung und den chronologischen Ablauf der Ereignisse. Ich glaube, dass viele Fragen, die vielleicht noch offen gewesen wären, damit also auch beantwortet sind.

Ich möchte zunächst mal in den Mittelpunkt stellen Ihre Regierungserklärung vom 8. September, in der Sie bereits die Möglichkeit ziviler Opfer eingeräumt haben, die Anteilnahme mit den Opfern zum Ausdruck

gebracht haben, eine lückenlose Aufklärung angekündigt haben und vor Vorverurteilungen gewarnt haben.

Ich möchte nur an einem Punkt jetzt einhaken. In der Frage der lückenlosen Aufklärung wird Ihnen ja zum Teil in der Öffentlichkeit vorgeworfen, nicht alles getan zu haben, was die lückenlose Aufklärung angeht. Sie haben im Verlauf Ihrer Darstellung verschiedene Anlässe auch besprochen, wo Sie im Grunde veranlasst haben, dass aufgeklärt wird, und zwar lückenlos aufgeklärt wird. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie noch mal zusammenfassen könnten, was Sie in der Frage der Aufklärung unternommen haben.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Danke schön. - Ich habe, so wie ich es ja eben auch dargestellt habe, erstens mich von Anfang an um die Informationen auch bemüht, die das Bundeskanzleramt zu bekommen hat, um eine Übersicht über das, was geschehen ist, zu bekommen. Wir haben dann in den entsprechenden Fällen, als es um den Initial-Action-Team-Bericht ging, ja auch gemahnt bei dem Bundesverteidigungsministerium. Und ich habe mich dann auch immer wieder damals, als es noch um die Frage des COMISAF-Berichtes ging, natürlich mit dem Verteidigungsminister Franz Josef Jung mündlich unterhalten: Wann wird dieser Bericht kommen? Und es war nach dem Initial-Action-Team-Bericht für mich eigentlich klar, dass die ISAF eine sehr umfangreiche und detaillierte Untersuchung durchführen wird. Dies war auch klar aus allem, was man von General McChrystal wusste.

Ich habe dann natürlich, nachdem im November dann noch einmal die Existenz neuer Berichte, die dem Kanzleramt ja auch nicht vorlagen, bekannt wurde, Wert darauf gelegt, wie ich es auch darstellte, dass ich noch einmal überprüfe: Kommt durch diese neuen Berichte jetzt sozusagen in dem, was ich gesagt habe, was ich geäußert habe, eine neue Faktenlage hinzu? Das konnte ich aber nach gründlicher Befassung verneinen.

Ich glaube, dass wir mit dem COMISAF-Bericht und den Zuarbeiten, die ja auch durch Deutschland, durch die Bundeswehr, durch die Angehörigen der Bundeswehr, geleistet wurden, einen sehr tragfähigen und umfassenden Bericht haben, der nicht nur sagt, was man noch herausfinden konnte, sondern der auch deutlich macht, an welchen Stellen - das hat ja die NATO inzwischen getan; das ist auch national geschehen -

Training verbessert werden muss, Einsatzregeln vielleicht präziser gefasst werden müssen und Ähnliches, sodass auch Vorkehrungen getroffen werden, dass Unklarheiten, die in diesem Einsatz waren, sich so nicht wiederholen werden.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Frau Bundeskanzlerin, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie damit im Grunde den Schwerpunkt der Aufklärung eigentlich bei der NATO sahen und keine Veranlassung für eine eigene nationale Untersuchung?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich glaube, da es sich um einen ISAF-Einsatz handelte, da auch sozusagen deutsche Truppen beteiligt waren, aber durch die Flugzeugbesatzungen auch amerikanische Kräfte beteiligt waren, hatte ich vollstes Vertrauen in die NATO und ihre Aufklärung. In dem Untersuchungsteam, das zusammengestellt wurde von dem General McChrystal, war ja auch ein deutscher Rechtsberater. Das heißt also, die Informationsflüsse waren garantiert. Und wenn wir in einer internationalen Operation sind, dann vertraue ich der umfassenden Aufklärung auch dieser dort Verantwortlichen.

Ich weiß, dass es im Nachhinein eine Diskussion gegeben hat: Sollte man parallel auch nationale Aufklärung machen? Ich habe es zu dem damaligen Zeitpunkt - deshalb habe ich es eben auch gesagt - für geradezu zwingend gehalten nach dem Initial-Action-Team-Bericht, dass das durch die NATO weitergemacht wird. Würde man sich heute in anderen Fällen für eine doppelte Variante entscheiden, also NATO-Aufklärung *und* nationale Aufklärung, ist das sicherlich auch eine denkbare Vorgehensweise. Ich glaube nicht, dass uns irgendeine Information - nach allem, was ich weiß; ich bin jetzt keine Militärexpertin; aber nach allem, was ich weiß -, eine relevante Information verloren gegangen ist dadurch, dass die ISAF dieses aufgeklärt hat.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Bundeskanzlerin. - Wir hatten eben den damaligen Vizekanzler und Außenminister gehört. Mich würde interessieren, wann es einen ersten Kontakt in der Frage des Luftangriffs zwischen Ihnen und Ihrem damaligen Stellvertreter, also Vizekanzler, gab.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich muss Ihnen sagen - das spricht vielleicht für die gute Zusammenarbeit -: Ich habe absolut keine Erinnerung, an welchem Tag ich mit ihm gesprochen habe. Ich muss mit Herrn Steinmeier telefoniert haben, weil ich sowohl ja mit der Afghanistan-Konferenz Planungen hatte, die noch in dem Jahr stattfinden sollte, als auch über die Tatsache der Regierungserklärung. Wir haben auch in Zeiten des Wahlkampfs gut zusammengearbeitet.

Ich müsste es mir frei erfinden. Es muss zwischen Freitag und Montag irgendwann gewesen sein. Ich weiß nicht, ob die Vernehmung von Herrn Steinmeier da Klarheit in die Sache gebracht hat. Aber ich habe ihn vorher nicht gefragt, damit - - Ich glaube, das wäre verboten gewesen. Ich kriege es nicht mehr zusammen. Es ist mir auch ein bisschen unangenehm, weil ich mich an viele Dinge erinnere, aber - -

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Vielen Dank. Es war ja damals nicht unbedingt eine einfache Situation mitten im Wahlkampf.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein. Aber in diesen Fragen - das muss ich Ihnen ganz klar sagen - gab es eine gute Zusammenarbeit. Wir haben einen Wahlkampf geschafft, in dem wir alle relevanten Aufgaben, die eine Regierung zu erledigen hatte, kollegial miteinander besprochen haben, obwohl wir dann an den Abenden unsere eigenständigen politischen Programme vorgetragen haben.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Es war ja nun festzustellen, dass gerade bei der Regierungserklärung am 08.09. doch auch eine große Übereinstimmung in der Regierungskoalition festzustellen war, auch bei der Erklärung des damaligen Außenministers. War es hier - - Das ist einfach meine Frage, weil wir das vorher auch diskutiert haben: Gab es also hier eine gemeinsame Fakten- und Bewertungsgrundlage vonseiten der Bundesregierung, jetzt nicht nur von der Kanzlerin, für diese Regierungserklärung am 8. September?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wir haben ja die Praxis gehabt, dass wir auch Regierungserklärungen natürlich vorher zur Verfügung gestellt haben, zum Beispiel dem Vizekanzler. Aber ich habe ja über das gesamte

Wochenende von Freitag an verfolgt, was auch der Bundesaußenminister zu diesem Sachverhalt gesagt hat. Und ich kann mich an die Agenturmeldung erinnern, dass er genauso - er war nicht bei dem EU-Außenministerrat, wenn ich mich recht erinnere - eingefordert hat, dass man keine Vorverurteilungen ausspricht.

Ich konnte also praktisch über die öffentlichen Äußerungen von Herrn Steinmeier sehen, dass all das, was ja auch sozusagen regierungsgerechtes Handeln ist - - dass man sich für eine Aufklärung einsetzt, dass man Vorverurteilungen vermeidet, dass hier niemand sofort in einer bestimmten Weise verdächtigt wird. All das hat stattgefunden. Insofern gab es keinerlei Anlass, weil es öffentliche Äußerungen des Vizekanzlers gab, die mich dazu bewogen hätten, zu sagen: Jetzt muss ich anrufen und in irgendeiner Weise einschreiten. - Das war der normale Gleichklang von Kollegen, die in einem Kabinett zusammenarbeiten. Und genau das hat sich dann auch in den Debattenbeiträgen zu der Regierungserklärung ja gezeigt. Wir haben da wirklich an einem Strang gezogen, und das auch noch in eine Richtung.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich habe jetzt noch eine letzte Frage, einfach zur Frage Kommunikation. Das Verteidigungsministerium hat ja mehrere Tage lang, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, in seiner Presselinie zivile Opfer ausgeschlossen - Sie haben vorher das entsprechende Zitat auch gebracht, dass ausschließlich Taliban diesem Luftschlag zum Opfer gefallen seien -, während Sie bereits in einer sehr frühen ersten Pressemitteilung eigentlich auch von der Möglichkeit der zivilen Opfer gesprochen haben. Das war ja auch Ihr Informationsstand, wenn ich das richtig sehe und richtig mitgeschrieben habe, bereits eigentlich am Freitag oder spätestens am Samstag.

Mir ist nicht ganz erklärlich - - Oder die Frage jetzt an Sie: Können Sie uns erklären, wieso bei dieser doch sehr sensiblen Frage der zivilen Opfer eine so unterschiedliche Einschätzung über längere Zeit zwischen dem Bundeskanzleramt und dem Verteidigungsministerium bestehen konnte?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Die Zeit endete im Grunde Sonntagmittag. Die Herangehensweise war so, dass der Verteidigungsminister Franz Josef Jung dann auch

noch mal bezogen auf diesen Bericht der Afghanen, also des Provinz-Gouverneurs und vieler Verantwortlicher, die auch noch mal an Karzai, an den Präsidenten Karzai gemeldet hatten, dass sie keinerlei zivile Opfer sehen, dass der Verteidigungsminister sich auf diese Quellen stärker bezogen hat, während für mich, sagen wir mal, eine offenerere Betrachtungsweise geboten war, wo ich gesagt habe: Wenn man einen solchen Angriff hat und ja auch einige Quellen, wie McChrystal dann zum Beispiel auch diesen verletzten Jungen am Samstag schon hatte, war für mich klar, dass wir aus der Ferne heraus uns nicht auf diese eine - - nur auf einige Quellen stützen können. Und insofern habe ich ja dann nach dem Telefonat am Samstag auch am Sonntag in dem Gespräch mit Franz Josef Jung noch mal dringend gebeten, auch, sagen wir mal, den traurigeren Sachverhalt, dass es eben doch unbeteiligte zivile Opfer gegeben hat, nicht aus dem Blickwinkel zu nehmen, weil uns das allen nicht hilft. Und das ist ja dann auch so erfolgt.

Es ist dann vom Verteidigungsministerium immer wieder, auch, glaube ich, am Montag noch in der Pressekonferenz, gesagt worden, es gibt keine Evidenz für zivile Opfer. Das ist natürlich auch richtig. Die Aufklärung ist ja hier an dieser Stelle auch hinreichend unbestimmt. Trotzdem konnten Sie nach allem, was wir gesehen haben, und auch nach den Äußerungen von General McChrystal, der nun vor Ort war und davon ausging, dass es zivile Opfer gegeben hat, was auch eine weitreichende sozusagen Behauptung war, wenn man die Gesamtuntersuchung sich dann anschaut, aus meiner Sicht verantwortbar nur offen formulieren.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Frau Bundeskanzlerin, wer eigentlich das federführende Amt für den Einsatz in Afghanistan ist, ist das Außenamt. Und in dieser Zeit hat man vom Außenminister in der Frage Einschätzung ziviler Opfer, wo ja auch die gleiche Erkenntnislage wie im Kanzleramt vorlag, eigentlich wenig gehört, auch in der Frage der Aufklärung. Hat also diese merkwürdige oder diese zumindest feststellbare Zurückhaltung zu irgendeinem Zeitpunkt im Kabinett eine Rolle gespielt?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ehrlich gesagt, ich war mit mir und meinen Aufgaben

ausreichend beschäftigt. Ich habe gesehen, dass der Außenminister sich geäußert hat, dass die Dinge aufgeklärt werden müssen, dass er auch sich Vorverurteilungen verbeten hat. Das war ja im Grunde noch der Punkt, der damals schon, wie ich fand, sehr ärgerlich war. Und dann ist nach meiner Erinnerung ja später auch vom Außenministerium noch mal demarchiert worden, auch in verschiedenen Hauptstädten, wo man darauf hingewiesen hat, dass wir doch einigermaßen verwundert waren, in welcher Schnelligkeit da Verurteilungen ausgesprochen wurden. Und es ist dann ja auch in gegebener Weise zum Teil geantwortet worden: Wenn wir gewusst hätten, dass Deutsche dabei sind usw. - Ich finde, das muss auch eine Lehre sein, dass man an dieser Stelle nicht so argumentiert.

Also, ich habe keine Veranlassung gesehen, in irgendeiner Weise Kritik am Bundesaußenminister in diesen Tagen zu üben, sondern hatte mit mir und auch den Beschäftigten des Vorgangs zu tun. Ich hatte auch den Eindruck, dass der Außenminister die Tragweite des Vorgangs in vollem Maße erfasst hat, und ich hatte weiterhin den Eindruck, dass er es nicht benutzt hat, um gegen CDU-Teile, sage ich jetzt mal, der Regierung das polemisch auszunutzen, und das ist innerhalb eines Wahlkampfes schon eine vernünftige Grundlage.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Bundeskanzlerin. - Ich habe keine weiteren Fragen, aber der Kollege Brand hat noch eine abschließende. Danke schön.

Michael Brand (CDU/CSU): Frau Bundeskanzlerin, es ist viel spekuliert worden, sowohl öffentlich als auch hier im Laufe der Vernehmungen der letzten Monate, über die Rolle des BND. Es gibt eine Erstinformation, die am 4. September um 8.06 Uhr bei Ihnen eingegangen ist - nicht bei Ihnen persönlich, aber im Bundeskanzleramt. Es hat im Übrigen bei der Vernehmung keinerlei Hinweise darauf gegeben, dass der BND beteiligt gewesen ist.

Ich will Sie dennoch fragen, ob Sie diese Erstinformation kennen, wo auch eine konkrete Zahl genannt worden ist, und - die zweite Frage - ob Sie eine Erkenntnis haben, dass der BND um die Ereignisse des 14. September [sic!] beteiligt gewesen ist.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Die zweite Frage kann ich mit einem klaren Nein beantworten. Es ist ja umfangreich dann im Nachhinein noch mal recherchiert worden, auch bei uns im Hause, im Kanzleramt, ob der BND in irgendeiner Weise an dem Einsatz beteiligt war. Das hat der BND immer wieder zeigen können nach allen vorliegenden Informationen, dass er das nicht war. Und das ist, glaube ich, hinreichend tief untersucht worden.

Was diese Erstmeldung anbelangt, so ist sie - - habe ich sie persönlich nicht zur Kenntnis bekommen. Auch das ist hinterher ja besprochen worden, warum nicht. Und ich glaube, das ist richtig. Der BND hat eine gewisse Zusammenarbeit auch mit der Bundeswehr dahin gehend, dass bestimmte Informationen immer wieder zugestellt werden. Und auch bei uns gibt es Morgenmeldungen, Tagesmeldungen und Wochenzusammenfassungen zu allen Einsatzgebieten; die gehen auch in die Abteilung Außenpolitik.

Diese Meldung war sehr unspezifisch; sie war eine Radiomeldung. Wenn ich mich recht erinnere, war es BBC. Und sie hatte im Übrigen, woran man auch den vorläufigen Charakter sieht, den falschen Verursacher des Vorfalls. Das heißt also, es ist richtig, dass - sage ich es jetzt mal andersherum - die Bundeskanzlerin solche vorläufigen Meldungen, ohne dass eine gewichtete Bewertung überhaupt durch die Mitarbeiter tun kann - - dass ich die nicht einfach vorgelegt bekomme. Und insofern war sie da, aber sie hat keinerlei Bezug zum Beispiel zu deutschem Handeln gehabt.

Michael Brand (CDU/CSU): Herzlichen Dank. - Wir haben keine weiteren Fragen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wie bitte? Was sagten Sie?

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Er hat keine weiteren Fragen mehr.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ach so. Danke.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Dann gebe ich jetzt das Wort der SPD-Fraktion, dem Kollegen Arnold.

Rainer Arnold (SPD): Frau Bundeskanzlerin, eigentlich haben wir gedacht, wir erfahren hier nichts Neues. Das hat sich jetzt geändert, weil Sie doch sehr deutlich gesagt haben, dass es wiederholt Kontakte mit dem damaligen Verteidigungsminister Jung gab und Sie darauf gedrängt haben, dass er seine Haltung in der öffentlichen Kommunikation, dass es keine zivilen Opfer gegeben hat, zu korrigieren hat.

Minister Jung hat in unserem Ausschuss auf Befragen gesagt, das erste Gespräch mit Ihnen wäre in Düsseldorf gewesen. Das wäre also falsch. Sie hatten vorher schon telefonischen Kontakt mit ihm.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, das erste Gespräch in dem Sinne war auch in Düsseldorf, aber wir hatten am Samstag Kontakt, ja, in dieser befragten Frage.

Nun will ich nur noch mal sagen: Ich habe das jetzt hier so detailliert aufgeschrieben oder aufgeführt, aber es ist an einem Tag - wenn ich das noch mal rausarbeiten darf, weil das jetzt ja manchmal dargestellt wird, als wäre es ein Quartal gewesen -, an einem Tag, an dem Samstag, der Verteidigungsminister von seinen sehr nahen Informationsquellen ausgegangen, und ich habe im Lichte der Gesamtaussagen des Tages darum gebeten, dass man das offener fasst.

Das Interview für die *BamS* war gegeben zu dem Zeitpunkt, als wir telefonierten, und am Sonntag haben wir dann gemeinsam eine Presselinie gefunden, die dann auch Gegenstand und getragen war, wie man das ja auch in der von allen getragenen Regierungserklärung gesehen hat.

Rainer Arnold (SPD): Können Sie mir den Unterschied zwischen Gespräch und Kontakt erklären?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich kann Ihnen nur sagen, was ich in Erinnerung habe, und ich glaube nicht, dass es in irgendeiner Weise eine böse Absicht war, wenn die Erinnerung eines Gespräches am Sonntag, die uns ja beiden eigen ist, und ein Telefonat, was noch zusätzlich am Samstag stattgefunden hat, jetzt sozusagen die größtmögliche Divergenz zwischen dem ist, was hier im Untersuchungsausschuss aufgetreten ist.

Rainer Arnold (SPD): Aber richtig ist schon: Sie haben darauf gedrungen, dass er seine Haltung korrigiert?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe darum gebeten, dass alle Aspekte der veröffentlichten Meinung in die Aussagen einfließen, wie das ab Sonntag dann auch stattgefunden hat.

Rainer Arnold (SPD): Und richtig ist auch: Sie haben den IAT-Bericht nicht automatisch erhalten, sondern Sie haben ihn angemahnt, wie Sie vorhin gesagt haben?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nicht ich persönlich, sondern das Bundeskanzleramt. Ja.

Rainer Arnold (SPD): Dann stelle ich schon die Frage: Warum haben Sie einen Minister, der zumindest sperrig war, der Ihnen nicht die Informationen, die Sie dringend gebraucht hätten in dieser angespannten Lage, dann nicht sofort entlassen, sogar weiterhin zum Arbeitsminister gemacht?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wie bitte? Was sagten Sie?

Rainer Arnold (SPD): Warum haben Sie einen Minister, den Sie drängen mussten, der nicht so gehandelt hat ursprünglich, wie es Ihrer Intention und Ihrem Informationsstand entsprach, den Sie anmahnen lassen mussten, wichtige Informationen in Ihr Haus zu geben in dieser Woche, wieder zum Minister gemacht und nicht gleich entlassen? Später hat er ja dann die - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich will noch mal sagen: Es ging um Kontakte auf der Arbeitsebene. Ich habe nicht den Minister in irgendeiner Weise gemahnt, sondern meine Mitarbeiter haben sich um Informationen dieses - - aus dem Bundesverteidigungsministerium bemüht. Und die Unterlagen kamen so, dann nämlich am 10.09., dass ich den Minister in gar keiner Weise damit behelligen musste, sondern es reichte aus, dass dann - das haben Sie ja sicherlich auch nachgelesen - gesagt wurde, die Bundeskanzlerin wünscht, und das hat dann auf der Arbeitsebene ausgereicht, um die Dinge herauszugeben. Ich glaube, der Minister musste damit nicht befasst werden.

Rainer Arnold (SPD): Aber wir hatten ja doch auch mehrere Tage lang unterschiedliche Kommunikationslagen. Ihr Regierungs-

sprecher hat in Ihrem Namen sehr frühzeitig auch das Gefühl gegeben: Wahrscheinlich hat es zivile Opfer gegeben. Und bei Minister Jung hat dies länger gedauert. Selbst in seiner Rede im Deutschen Bundestag war er da nicht so klar. Wie sind Sie mit ihm da umgegangen? Haben Sie ihn mal gefragt, warum er hier zu einer anderen Einschätzung kommt und wie er das begründet?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich glaube, dass der Minister Jung einfach die Quellen noch anders gewertet hat. Für ihn war zum Beispiel die Quelle der afghanischen Verantwortlichen dort - Provinzgouverneur plus ANA-Vertreter und Ähnliches; Sie kennen das - eine sehr stark zu wichtende Quelle.

Und ich sage da noch mal: Der Vorfall hat stattgefunden in der Nacht von Donnerstag zu Freitag. Am Freitag waren wir alle noch in einem sehr rudimentären Zustand, und ab Sonntag gab es im Wesentlichen eine gleiche Presselinie. Und Sie wissen, bis zu der Auswertung des COMISAF-Berichtes - - Jedenfalls so lese ich es in der Zeitung, sollte man jetzt vielleicht sagen, weil er ja vertraulich ist.

Aber jedenfalls: Es sind ja bis heute keine evidenten Fakten gefunden worden. Dennoch müssen wir davon ausgehen, dass es auch zivile Opfer gab; so gehe ich jedenfalls davon aus. Nur, es war zu dem Zeitpunkt immer eine Gratwanderung, wie ich mich äußere. Diejenigen, die nun hundertprozent sicher waren, dass es zivile Opfer gab, von der ersten Minute an, waren vielleicht auch nicht auf der hundertprozent sicheren Seite.

Ich sage noch mal: Ab Sonntag gab es für mich eine gemeinsame Linie. Und am Samstag gab es unterschiedliche Bewertungen von zur Verfügung stehenden Informationen.

Rainer Arnold (SPD): Warum hat Minister Jung wohl die einen Informationen stark gewichtet und die anderen nicht? Hat er Gründe dafür?

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Das ist eine Fragestellung, Herr Kollege, bei der die Bundeskanzlerin nur spekulieren kann. Das müssten Sie schon den Herrn Dr. Jung fragen.

Rainer Arnold (SPD): Ja, ja, ist schon klar. - Ich kann die Frage auch konkretisieren: Hat Minister Jung mit Ihnen darüber

gesprachen? Haben Sie ihn in ein Gespräch, eine Diskussion verwickelt, warum er die einen Informationen wahrnimmt und die anderen eher nicht wahrnimmt?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe Ihnen alles, was ich dazu zu sagen hatte, gesagt. Er hat mir seine Informationsquellen genannt: Die eine afghanische Quelle, die ja im Zusammenhang mit der Auslösung der Bombardierung zusammenhing, plus die Bewertungen der relevanten und wirklich ja auch in Funktion befindlichen afghanischen Autoritäten waren für ihn wichtig. Und wir haben uns dann am Sonntag ja auch darauf geeinigt, und zwar gut geeinigt, dass die offenere Formulierung doch alle Quellen miteinbezieht.

Rainer Arnold (SPD): Nachdem der Kollege Brand diese erste Meldung des BNDs ans Kanzleramt angesprochen hat, möchte ich es auch noch mal tun.

Der BND sprach davon - ich zitiere jetzt nicht wörtlich - bereits morgens um 8 Uhr - -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Arnold, Sie müssen ans Mikrofon - ich kann es nicht ändern -, sonst hört keiner etwas von Ihnen.

Rainer Arnold (SPD): Entschuldigung, ich kann ja lauter, kein Thema. Vielen Dank für den Hinweis.

Der BND hat ja morgens um acht bereits sinngemäß gemeldet, dass zahlreiche Zivilisten ums Leben gekommen sind. Er hat auch Zahlen, die variieren, genannt, und er hat auch darüber gesprochen, dass die Zivilgesellschaft gekommen ist - -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Arnold, aus welcher Quelle zitieren Sie?

Rainer Arnold (SPD): Ich zitiere aus MAT 17-29 a, Büro AL 2, S. 1, Anlage 2.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ist die eingestuft?

Rainer Arnold (SPD): Dieselbe Quelle, über die Kollege Brand vorher gesprochen hat.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Die ist NfD eingestuft.

Rainer Arnold (SPD): Deshalb zitiere ich auch nicht. Ich rede nur über die Dinge, die bereits öffentlich sind, dass es auch um das - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich glaube, wir verstehen uns.

Rainer Arnold (SPD): Ich denke auch. - Und Sie sagten vorhin, Frau Bundeskanzlerin, diese Quelle wäre ja wohl auf einer BBC-Meldung basierend. Ist Ihnen bekannt, dass die BBC-Meldung keinerlei Angaben über mögliche Opferzahlen hat? Ist Ihnen bekannt, dass diese BBC-Meldung keinerlei Angaben über den Fakt, dass das Benzin entleert und in Kanister abgefüllt werden sollte, hat, sodass man davon ausgehen muss, dass der BND das durchaus aus eigenen Erkenntnissen, nicht aus dem BBC hatte?

(Abg. Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU) meldet sich zur Geschäftsordnung)

Zeugin Dr. Angela Merkel: Mir ist nur bekannt, dass diese Erstmeldung jedenfalls noch falsche Verursacher hatte. Ich kenne jetzt die Facetten der zusätzlichen Dinge nicht. Der BND, wie gesagt, gibt eine Vielzahl von Meldungen jeden Tag über alle Einsatzgebiete ab. Und diese Meldung war jedenfalls nicht zu dezidierten Äußerungen über das, was man wusste, angetan. Sie war aber sicher eine Facette, warum das Bundeskanzleramt von Anfang an offen formuliert hat, was gewesen ist oder was nicht gewesen ist.

Also, wir haben zu keinem Zeitpunkt - - Sie kennen auch die Zuarbeit zu dem Sprechzettel des Regierungssprechers für die Pressekonferenz am Freitag, in dem schon mal ausdrücklich gesagt wird, dass man zu keinem Zeitpunkt sagen konnte: Wir wissen sicher, dass es keine zivilen Opfer gab.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Arnold, es gibt ein bisschen Unruhe hier wegen der Quelle der BBC, weil hier eine Quelle ist, wo von 90 die Rede ist. Deswegen würden wir gerne wissen, aus welchen - -

Rainer Arnold (SPD): Ich habe Ihnen die MAT-Nummer genannt. Und diese BBC-Meldung liegt uns ja - das war eine Radiomeldung, auf die sich die Aussage bezieht - nicht im Wortlaut vor.

(Michael Brand (CDU/CSU): Doch!)

- Ist als Anlage beigefügt. Entschuldigung, ja.

(Michael Brand (CDU/CSU): Es gibt eine konkrete Zahl!)

- Also Tanklastzüge. Benzin auch? Nein? Nein, also es ist nichts mit Tanklastzügen.

(Michael Brand (CDU/CSU): Also, ich kann die MAT-Nummer noch mal sagen! Das ist MAT 17-29 a, Bundeskanzleramt! Ich wollte einfach korrigieren! Der Vorhalt war falsch! Die Zahl steht konkret drin in der BBC-Meldung!)

- Mein Rat wäre, dass wir nicht die Zeit jetzt damit vergeben. Die Kanzlerin hat eine Antwort gegeben.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Die Zeit haben wir.

(Michael Brand (CDU/CSU): Ja, aber es war ein falscher Vorhalt!)

Rainer Arnold (SPD): Nein, die Kanzlerin hat eine Antwort gegeben. Ich habe auch keine ergänzenden Fragen dazu.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Gut.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Vielleicht noch mal zur Arbeitsweise: An mich werden doch - - Für mich werden Informationen aufbereitet durch die Mitarbeiter. Und da ist doch die wesentliche Information zum Beispiel für den Regierungssprecher - die war noch nicht mal für mich -: Wir können zivile Opfer nicht ausschließen. - Da ist alles eingeflossen, was zu diesem Zeitpunkt vorlag. Und ich glaube, das gibt keinen Widerspruch zwischen dem, was da eingeflossen ist, und dem, was dann aufgeschrieben wurde, was relevant war für diesen Tag.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Frau Bundeskanzlerin, warum ist denn eigentlich der Bundesminister Jung zurückgetreten?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich habe ja Ihnen die Äußerungen noch einmal

vorgelesen, und die decken sich mit dem, was er zu mir gesagt hat. Er hat die politische Verantwortung übernommen für das, was an Informationsfluss im Bundesverteidigungsministerium geschehen ist. Das ist eine politische Entscheidung von ihm gewesen, und für die habe ich ihm auch meinen Respekt gezollt.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Sie fanden es richtig?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe dieser Bitte von ihm, ihn von seinem Amt sozusagen zu entbinden, entsprochen.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Und es ging um die Kommunikationsspannen, über die wir hier reden, also in den Tagen nach Kunduz. Dafür hat er die Verantwortung übernommen. Was hat er Ihnen mitgeteilt?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Soll ich es - - Also, ich könnte noch mal zurückgehen in meine Darstellung, weil - -

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Sie hatten gesagt, er hätte Ihnen schriftlich mitgeteilt, dass er zurücktreten wolle.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja. Also, wir wissen ja beide jetzt, dass die Verantwortung übernommen wurde für die Tatsache, dass am 25. November - glaube ich, war es - Berichte aufgetaucht sind gegenüber dem Verteidigungsminister zu Guttenberg, die diesem nicht bekannt waren. Ein Teil dieser Berichte war auch dem Kanzleramt nicht bekannt. Und das hat in der Öffentlichkeit eine bestimmte politische Bewertung erfahren. Und für diese politische Bewertung hat der Bundesarbeitsminister damals die Verantwortung übernommen, weil sie in die Zeit seiner Tätigkeit als Bundesverteidigungsminister fiel. Und das hat mir Respekt abgenötigt.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Hat die Öffentlichkeit das denn richtig bewertet? Ist er zu Recht zurückgetreten? Waren da neue Erkenntnisse, die er hätte haben müssen, oder?

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Bartels, das ist eine Bewertungsfrage.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Ja, aber sie ist die - -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Sie haben nach der Öffentlichkeit gefragt.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Ja. Und die Bundeskanzlerin hat natürlich eine Bewertung, ob Argumente, die in der Öffentlichkeit vorgetragen werden, tragende Argumente sind für ihren Verteidigungsminister oder ehemaligen Verteidigungsminister.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich glaube, wir sind uns alle einig: Es gibt im Rahmen der politischen Bewertung ein breites Spektrum von Möglichkeiten, und im Rahmen dieser Möglichkeiten hat das stattgefunden.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Und Sie fanden das notwendig?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das genau habe ich nicht gesagt. Also, ich habe das gesagt, was ich gesagt habe, und das hatte ich mir auch vorher ganz gut überlegt.

(Heiterkeit)

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Sie hatten zu Anfang Ihrer Aussage Ihre ja wirklich sehr gute Regierungserklärung zitiert in wesentlichen Passagen und - - Also, ich kann nur noch hinzufügen: Es hat ja wirklich auch Applaus gegeben des gesamten Hauses, von SPD, CDU/CSU, Linken - doch, Linke nach Protokoll -, FDP, Bündnis 90, nicht für jede Passage, aber auch die Linken haben Ihnen zugestimmt in manchen Teilen Ihrer Regierungserklärung. Das ist schon sehr ungewöhnlich gewesen, war eine gute Erklärung.

Wir haben ja auch richtig gefunden, dass Sie gesagt haben, Sie wollten, dass jetzt nichts beschönigt wird, offen und nachvollziehbar lückenlos aufgeklärt wird. Wo kann man das nachlesen, das offene, nachvollziehbare, lückenlose Aufgeklärtsein dieses Falls?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich glaube, das können Sie im COMISAF-Bericht zum Beispiel nachlesen.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Der liegt in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja. Der ist von der NATO als Geheim eingestuft, und deshalb ist das auch so.

Sie konnten es jedenfalls nachlesen. Und alles, was an Bewertung darüber zu erfolgen hatte, ist dann ja auch in der Öffentlichkeit diskutiert worden. Hinzu kommt, dass der Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg, wenn ich recht informiert bin, dann einige der ihm vorliegenden Berichte, die er selber aus der Geheimhaltung herausnehmen konnte, auch aus der Geheimhaltung herausgenommen hat. Also, der Feldjägerbericht zum Beispiel konnte dann von einer breiteren Öffentlichkeit nachvollzogen werden.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Aber es gibt für die Öffentlichkeit kein nicht eingestuftes Dokument der Regierung. Das haben Sie ja angekündigt. Der Feldjägerbericht war ja sozusagen ein Nichtdokument, wie uns alle hier, die wir einvernommen haben, bestätigt haben, also kein Dokument der Regierung. Es gibt kein Dokument der Regierung.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich sage noch mal: Die Regierung hat alles dazu beigetragen, um zu ermöglichen, dass eine solche Aufklärung stattgefunden hat. Dass im Zusammenhang mit militärischen Operationen auch sozusagen Rechte des Schutzes der Soldaten und militärische Praxen und Vorgehensweisen nicht in der Öffentlichkeit voll ausgebreitet werden, das, glaube ich, versteht sich doch auch, wenn man sich einmal mit den Details vertraut macht.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Die Fragezeit der SPD ist vorbei. Jetzt kommt die FDP. Herr Kollege Schatz - Spatz.

(Heiterkeit)

Herr Kollege Spatz, das war bestimmt ein Freud'scher Versprecher.

Zeugin Dr. Angela Merkel: So kann man hier Karriere machen im Laufe des Untersuchungsausschusses.

Joachim Spatz (FDP): Besten Dank, Frau Vorsitzende. Aber man soll ja in dem Ausschuss keine Bewertungen abgeben.

(Heiterkeit)

Frau Bundeskanzlerin, aufgrund Ihrer umfassenden Erklärungen habe ich nur noch

zwei Detailpunkte, die ich Sie gern befragen möchte.

Das eine ist: Sie hatten ja eben gesagt, dass in der Tat der COMISAF-Bericht von der NATO Geheim eingestuft ist und dass deshalb natürlich darüber nachgedacht werden konnte, parallel deutsche Untersuchungen laufen zu lassen. War Ihnen bekannt, dass der Bundesminister Jung eine bereits begonnene deutsche Untersuchung abgebrochen hat?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Joachim Spatz (FDP): Die zweite Frage - da geht es in der Tat auch noch mal um die, ich sage mal, Kommunikation im Vorfeld der eben schon zitierten Regierungserklärung zwischen Verteidigungsministerium und Bundeskanzleramt, wo ja auf Mitarbeiterebene, sage ich mal, verzögerter Informationsfluss veranlasst worden ist -: Hat das im Nachgang - das, denke ich mal, muss ja - - Nein, ich frage andersherum: Ist Ihnen das bekannt geworden, dass auf der Mitarbeiterebene ein gewisses Hemmnis, was den Informationsfluss anbetraf, veranlasst worden ist?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, ich hatte davon gehört. Und das hatte ja dann auch dazu geführt, dass ich die Mitarbeiter autorisiert habe, zu sagen: „Die Bundeskanzlerin wünscht“.

Joachim Spatz (FDP): Hat es dann für die zukünftigen Verfahren aufgrund dieses gemachten Beispiels - Stichwort: „Lessons learned“ - Änderungen gegeben, dass diese Dinge, die ja von besonderer Brisanz gewesen sind, dann so nicht mehr vorkommen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Gut, wir haben den COMISAF-Bericht zum Beispiel. Der ist nach meiner Erkenntnis am 28. Oktober, glaube ich, im Bundesverteidigungsministerium eingetroffen. Der ist nahezu zeitgleich zu uns gelangt. Und in den späteren Phasen war das dann sehr gut.

Joachim Spatz (FDP): Okay, danke. Keine weiteren Fragen von uns aus.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Dann gebe ich das Wort der Fraktion Die Linke. Herr Kollege Schäfer, bitte.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Frau Bundeskanzlerin, ich habe mir drei Telefonate notiert zwischen Ihnen und Franz Josef Jung: am 04.09., am 05.09., am 06.09. Am 04. wurde nur zugesichert - so habe ich es mir notiert -, dass der Verteidigungsminister alles tun werde, um aufzuklären. Am 05.09. - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, bei dem 04., muss ich hinzufügen, habe ich auch mit Bedacht „meiner Erinnerung nach“ gesagt. Da ist meine Erinnerung nicht so klar wie am 05., aber ich - - Ja.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Sie hatten das am 05. ja auch erwähnt in Verbindung mit dem angekündigten Interview in der *Bild*-Zeitung, das am Sonntag, dem 06.09., erscheinen sollte. Jetzt weiß ich die Uhrzeit nicht. War dieses Interview noch zu verändern, zurückzuholen, oder war das praktisch schon in der Welt?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich glaube, dass es in der Welt war.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Also, in der Welt, ja - -

(Heiterkeit)

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, es war nicht in der *Welt*, es war in der *BamS*, aber es war nicht mehr zurückzuholen.

Ich habe auch erst in dem Telefonat oder in einem Telefonat des Regierungssprechers mit dem Sprecher des Verteidigungsministeriums - Herr Wilhelm war bei mir im Auto - gehört, dass es dieses Interview gab. Das war gegeben, und ich glaube, das war nicht mehr veränderbar.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Nun gab es ja schon entsprechende Aussagen sozusagen der ersten Meldung des Ministeriums - das war aber Presseabteilung -, aber dann auch eine Abendsendung des 04.09. von Herrn Jung - ARD, ZDF - und ein Interview von Herrn Kossendey, dem Parlamentarischen Staatssekretär, in der *Ostsee-Zeitung*, die alle gesagt haben: Nur terroristische Taliban betroffen. Das war am 04.09. Haben Sie das am 05. dann also entsprechend klar angesprochen und gesagt, dass das eigentlich eine ungute Festlegung ist oder eine irreführende Festlegung?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich sage noch mal: Am 05.09. habe ich mit dem Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung darüber gesprochen, dass - - oder ihn erst einmal - - auch mit ihm gesprochen, welche Informationsgrundlagen er hat - die waren valide, um das ganz ausdrücklich zu sagen -, und habe dann darüber gesprochen, dass es weitere Informationsgrundlagen gibt. Dabei war ja der Besuch des Generals McChrystal eine ganz wesentliche Facette.

In der Frage: „Wie bewertet man das?“, habe ich dann empfohlen, eine Bewertung auf Grundlage aller dieser Äußerungen zu machen. Das Interview - ich sage es noch mal - in der *Bild am Sonntag* war gegeben und nach meiner Auffassung auch nicht mehr veränderbar. Insofern ist dann, als die erste Veränderung eintreten konnte nach unserem Gespräch, nämlich am Sonntag, vom Bundesverteidigungsminister Jung auch in Düsseldorf - das ist auch in den Agenturen nachzulesen - eine offenere Stellungnahme abgegeben worden.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Nun gab es ja in dem Interview Jung in der *Bild* wie aber auch Kossendey in der *Ostsee-Zeitung* auch eine Passage, die - jetzt sehr wörtlich - hieß, durch detaillierte Aufklärung über Stunden hätte man konkrete Hinweise auf eine unmittelbare konkrete Gefahr für das PRT Kunduz gehabt. Haben Sie da mal nachgefasst in diesen Telefonaten, worauf man sich da gestützt hat, oder hatten Sie keinen Anlass dazu?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich weiß jetzt erstens nicht, ob Sie jetzt den Herrn Jung zitieren oder den Herrn Kossendey zitieren oder beide.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Beide. Sie haben beide die gleiche Wendung: durch detaillierte Aufklärung konkrete Hinweise auf eine unmittelbare Gefahr. Das war ja sozusagen auch eine Aussage.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, gut. Das ist ja auch dann alles im COMISAF-Bericht und auch schon im Initial-Action-Team-Bericht begonnen worden aufzuarbeiten, wer nun was konkret hatte. Das war die Lage des Bundesverteidigungsministeriums, und die habe ich nicht angezweifelt, weil ich die militärischen Erkenntnisse ja gar nicht zur Verfügung habe.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Sie haben gesagt, man hat das unterschiedlich gewertet. Also, Sie haben McChrystal und die Aussagen auch des IAT-Teams höher bewertet, während Jung und seine Abteilung - das muss man ja auch sagen - diesen Brief der afghanischen Autoritäten sehr hoch bewertet haben. Hatten Sie denn da Anlass, diese Sache selber noch mal bewerten zu lassen, also wie dieser Brief einzuschätzen ist? Oder hatten Sie Anlass oder haben Sie da einen Anlass gesehen, vielleicht nicht am 5., aber danach, den BND noch mal zu fragen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, ich habe keinen BND gefragt. Der Bericht ist ja dann bei uns auch sehr früh eingegangen. Also, das ist gar nicht der Punkt.

Schauen Sie, an dem Tag waren verschiedene Stellungnahmen, und ich habe jetzt nicht das eine besonders hoch und das andere besonders wenig bewertet. Ich habe einfach nur gesagt: Es gibt sich widersprechende Aussagen. Und in einem solche Falle ist meine Auffassung, dass man dann offen formuliert, weil man - ich jedenfalls mit meinen Möglichkeiten - nicht entscheiden konnte, welche Informationsquelle nun die validere ist.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Nun war es natürlich sehr merkwürdig, dass man die NATO-Quellen sozusagen seitens des Verteidigungsministers eher infrage gestellt, relativiert hat, während man beim afghanischen Geheimdienst gesagt hat, das ist sozusagen das Richtige. Deshalb kam ich darauf.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das ist Ihre Wertung.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Ich wollte jetzt keinen großen Kommentar abgeben. Es war auch schon merkwürdig, dass in diesem Bericht, diesem afghanischen Bericht - -

(Unruhe)

- Bitte?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich wollte nur feststellen: Es ist Ihre Wertung, die Sie jetzt sagen. Ich habe lediglich den Sachverhalt gesagt, dass ich verschiedene Informationen hatte, dass ich aus diesen verschiedenen

Informationen für mich die Schlussfolgerung gezogen habe, dass ich offen formuliere, und habe sozusagen mit dem Bundesverteidigungsminister besprochen, dass auch er Ähnliches tut.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Hat in Ihrem Telefonat mit dem NATO-Generalsekretär Rasmussen Generalsekretär Rasmussen etwas gesagt zur Begründung, warum also die NATO offensichtlich eine andere Presselinie hatte? Es gibt ja auch Statements der verschiedenen NATO-Pressesprecher, die also doch anders gelaftet haben als sozusagen BMVg. Hat Generalsekretär Rasmussen dazu etwas gesagt?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, nach meiner Erinnerung nicht. Ich glaube auch, dass wir jetzt uns einem Bereich nähern, wo ich aus den Telefonaten mit dem NATO-Generalsekretär nicht berichten muss. Aber was ich Ihnen sagen kann, ist, dass der NATO-Generalsekretär verstanden hat, dass erst aufgeklärt werden muss und dann gewertet werden kann, und dass das auch seine persönliche Meinung war, und zweitens, dass wir beide der Meinung waren, dass es umfassend aufgeklärt werden muss, weil es ein natürlich im negativen Sinne herausragendes Ereignis war und ein wichtiges Ereignis und nicht eines, was jeden Tag vorkommt.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Sie sagen, es ist keine Vorverurteilung. Sie haben sich also dagegen gewehrt. Worin bestand denn Ihrer Meinung nach die Vorverurteilung in diesen NATO-Statements, die - wir haben uns das ja hier auch vortragen lassen - zunächst mal gesagt haben, wir können es nicht ausschließen, weil man auch sehr intuitiv gesagt hat, es gibt da Erfahrungswerte, dann aber gesagt haben nach dem IAT-Bericht, es ist sehr wahrscheinlich, oder es gibt eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass es zivile Opfer - - Worin besteht denn in dieser Formulierung, in dieser Kommunikation eine Vorverurteilung?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich kann mich nicht erinnern, dass ich die NATO bezichtigt habe, Vorverurteilungen auszusprechen. Ich habe von Außenministern gesprochen, die Vorverurteilungen ausgesprochen haben, und nicht von NATO-Angehörigen.

Ich habe auch die Äußerungen des Generals McChrystal in keiner Weise in Zweifel gezogen. Das war seine Erkenntnis, die er da hatte vor Ort, und, wie gesagt, die ist ja in meine Meinungsbildung, wie ich mich zu äußern habe, auch eingeflossen.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Was war die Vorverurteilung, die also Herr Zapatero oder so gemacht hat? Können Sie sich daran erinnern?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich kann mich an einige der Außenminister - ich habe ja hier nur einige namentlich genannt - sehr wohl erinnern. Ich kann jetzt das nicht zitieren. Ich fand es - - Ehrlich gesagt, fand ich es verwegen. Es begann schon am 04. und setzte sich am 05. dann ungemindert fort. Und ich glaube, dass es - - Ich fand es nicht angemessen.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Schäfer, Ihre Fragezeit ist zu Ende. - Jetzt kommen Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Nouripour.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Frau Vorsitzende. - Frau Bundeskanzlerin, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie vertreten haben, dass die von Ihnen versprochene lückenlose Aufklärung erfolgt ist?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie damit in erster Linie auch den Bericht vom Kommandierenden der - - von ISAF gemeint haben?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Den rechne ich ganz wesentlich dazu, ja.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Bericht war ja Ende Oktober spätestens in Berlin. Am 16.12. hat der Deutsche Bundestag im Verteidigungsausschuss einstimmig beschlossen, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, unter anderem mit dem Auftrag der Fragestellung:

Wurde der Einsatz in Übereinstimmung mit den politischen Mandaten, der operativen Planung sowie den Befehlen und Einsatzrichtlinien

des COM ISAF und der Bundeswehr durchgeführt?

War der Deutsche Bundestag schlecht informiert über die Aufklärung?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich glaube nicht, dass der Untersuchungsausschuss etwas mit der Aufklärung des Sachverhaltes an sich vor Ort zu tun hatte, also dass man gesagt hat, hier sind bestimmte - -

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe Ihnen gerade vorgelesen aus dem - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wie bitte?

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Frau Bundeskanzlerin, Moment! - Herr Kollege Nouripour, das ist eine Frage, die Sie eigentlich dem Bundestag stellen müssen, ob er schlecht informiert war.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein. Nein, nein, nein, nein.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Stellen Sie mal Ihre Frage an die Bundeskanzlerin.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Frage lautet: Wenn der Deutsche Bundestag mit dem gerade von mir vorgetragenen Untersuchungsauftrag einen Untersuchungsausschuss einsetzt, um dieser Frage - ich rede nur über diese eine Frage - nachzugehen, und Sie sagen aber, dass es - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Könnten Sie mir die Frage bitte noch einmal vorlegen?

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Frage lautet:

Wurde der Einsatz in Übereinstimmung mit den politischen Mandaten, der operativen Planung sowie den Befehlen und Einsatzrichtlinien des COM ISAF und der Bundeswehr durchgeführt?

Das ist eine Frage, die sich explizit auf die Situation am 4. September selbst bezieht.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Dann hoffe ich, dass der Untersuchungsausschuss, so

wie ich, zu der Überzeugung kommt, dass diese Frage mit Ja beantwortet werden kann.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber meine Frage war eine andere. Meine Frage war: Wenn Sie lückenlos aufgeklärt haben, ist dann der Bundestag so schlecht informiert gewesen, dass er einen Untersuchungsauftrag beschließen musste, der dieser Frage nachgeht?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich glaube - -

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder haben Sie den Bundestag so schlecht informiert?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Herr Kollege Nouripour, wenn ich das jetzt mal so sagen darf: Der Bericht ist am 28.10. eingetroffen von COMISAF, er ist bewertet worden. Der Generalinspekteur Schneiderhan damals und auch der Bundesverteidigungsminister hatten sich ja dazu geäußert. Es sind dann - - Wären keine neuen - - Wir wollen hier ja nicht spekulieren und dürfen hier auch nicht spekulieren. Aber der Untersuchungsausschuss ist nicht am 7. November eingesetzt worden, sondern der Untersuchungsausschuss ist am 16.12. eingesetzt worden. Und das hatte etwas damit zu tun, dass zusätzliche Dokumente aufgetaucht sind, die eine gewisse Diskussion hervorgerufen haben, aus der man gefragt hat: Warum ist das so gewesen? Warum haben wir diese Dokumente nicht gekannt?

Dann hat der Deutsche Bundestag sich zusammengesetzt - vermute ich; ich war nicht dabei - und hat ein umfassendes Spektrum von zu stellenden Fragen aufgenommen. Aber der Auslöser war nach meiner Meinung - sonst hätte man den Untersuchungsausschuss vielleicht schon früher einberufen - nicht der COMISAF-Bericht. Und deshalb sage ich aus meiner Sicht und auch aus der Kenntnis - Sie haben mich ja gefragt: Würde jetzt die Frage der Aufklärung mit Ja zu beantworten sein? -: Wenn Sie mir daraus jetzt eine Schlussfolgerung in den Raum legen wollen, ich würde den Deutschen Bundestag sozusagen irgendwie - na, ich möchte jetzt kein - - es fällt mir gerade kein passendes Wort ein - für ein Parlament halten, das Fragen stellt, die nicht geboten sind, dann sage ich genauso: Nein, das halte ich nicht.

Natürlich kann man diese Frage noch mal stellen.

Aber wenn Sie mich fragen, ob der Auftrag der umfassenden Aufklärung erfüllt wurde, sage ich: Ja.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben gerade auch beschrieben - völlig zu Recht -, dass der Untersuchungsauftrag hier erteilt wurde, weil es ja neue Fakten gegeben hat.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Erst mal hat es neue Dokumente gegeben.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es hat neue Dokumente gegeben, und deshalb ist meine Frage neuen nachgegangen. Waren die neuen Dokumente für Sie und für Ihr Versprechen einer lückenlosen Aufklärung nicht Grund genug, dass man der Sache von neuem nachgeht?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Durch die neuen Dokumente waren ja jetzt wieder Dokumente da, die man durchlesen konnte. Aber für mich - und ich habe Ihnen ja von meinen Befassungen um den 1. Dezember herum berichtet - - Ich habe das ja zu diesem Zeitpunkt dann sehr wohl überprüft, ob aus der Tatsache, dass neue Dokumente aufgetaucht sind, für meine Beurteilung sowohl des COMISAF-Berichtes als auch für das, was ich vorher gesagt hatte, eine neue Faktenlage entstanden ist. Und diese Frage habe ich, was die wesentlichen Erkenntnisse anbelangt, die ja für mich jetzt auch relevant sind, wiederum mit Nein beantwortet. Es ist keine neue Faktenlage aufgetaucht. Ich brauchte keine meiner Äußerungen, die ich bis dahin gemacht hatte, zurückzunehmen.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Seit wann haben Sie die Gewissheit, dass es zivile Opfer gegeben hat?

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Nouripour, etwas lauter.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Seit wann haben Sie die Gewissheit, Frau Bundeskanzlerin, dass es zivile Opfer gegeben hat?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe zu keinem Zeitpunkt etwas gelesen, was eine

vollständige Gewissheit ausdrückt. Ich habe die Worte „high degree of certainty“ gelesen. Ich habe gelesen, dass bestimmte Zahlen sich nicht mehr widerspiegeln können. Ich habe die Äußerungen des Generals McChrystal gelesen. Ich glaube, dass der Abschlussbericht von COMISAF sogar offener gefasst ist als der IAT. Insofern kann man nicht von Gewissheit ausgehen. Man muss aber von einer so hohen Wahrscheinlichkeit ausgehen, dass es sich nicht gebieten würde, von der Restwahrscheinlichkeit, wenn man eine politische Bewertung vornimmt, zu sprechen. Aber von Gewissheit kann ich nicht sprechen.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie vertreten haben, dass die Kommunikationslinie der Bundesregierung in toto am 8. September bereits vereinheitlicht war, also am Tag der Regierungserklärung?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Aus meiner Sicht ja.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn ich Ihnen das vorlesen darf aus der Rede des damaligen Außenministers, Frank-Walter Steinmeier - er sagt im dritten Satz -:

„Noch wissen wir nicht, wie viele Zivilisten unter den Opfern waren.“

Er spricht nicht davon, dass das Ob eine Frage ist. Das ist eine Feststellung.

(Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Wo ist jetzt die Frage?)

Zeugin Dr. Angela Merkel: Gut, ich finde, jedenfalls in meiner damaligen Wahrnehmung unserer Reden war es ein für die intensive Phase eines Wahlkampfes ungewöhnlich harmonischer Auftritt der Regierung.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben vorhin mehrfach von Vorverurteilung gesprochen. Worin genau bestanden die Vorverurteilungen? Nicht von wem, sondern worin?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Dass - wenn ich mich recht erinnere; ich habe die Zitate jetzt nicht alle vor mir - man von Fehlern

gesprochen hat, dass man von Zivilisten in hohem Maße gesprochen hat. Aber ich müsste mir jetzt die Statements noch mal angucken, ehe ich jetzt hier im Einzelnen eine Exegese mache, welcher Minister was gesagt hat. Es waren Äußerungen, die jedenfalls nach meiner Faktenkenntnis damals durch keine Fakten gedeckt waren. Es sind auch hinterher relativ viele Bemerkungen gefallen, die deutlich gemacht haben, dass man vielleicht etwas über das Ziel hinausgeschossen ist.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ich frage die Fraktionen: Ist eine weitere Fragerunde gewünscht? - Von der CDU/CSU nicht. SPD? - Ja. Dann bekommt der Kollege Bartels das Wort.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Frau Bundeskanzlerin, noch mal zur lückenlosen Aufklärung: Haben Sie selbst einen der Berichte gelesen, die bei Ihnen ja zum Teil per Fax, zum Teil per Zusammenfassung angekommen sind? Haben Sie den COMISAF-Bericht oder die Zusammenfassung des COMISAF-Berichts gelesen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe den COMISAF-Bericht - - Also die Bewertung des COMISAF-Berichtes habe ich ja sehr frühzeitig, also unmittelbar nach Eintreffen, bekommen und habe den gesamten COMISAF-Bericht dann erst gelesen, als die neuen Dokumente aufgetaucht sind und ich mir ein detailliertes Urteil zwischen Feldjägerbericht und COMISAF-Bericht machen wollte, also jedenfalls in den wesentlichen Stellen. Ich habe die Anlagen nicht linienweise durchstudiert.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Das ist manchmal auch sehr spannend, aber es reicht eigentlich schon die Zusammenfassung, die ersten sieben Seiten des COMISAF-Berichts. Und Sie haben den Feldjägerbericht dann auch gelesen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Haben Sie den Eindruck, dass da was drinsteht, was sozusagen unterschlagen wird, wenn man nur den COMISAF-Bericht kennt?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich glaube nicht - das hat ja auch dann dazu geführt, dass ich zu der Überzeugung gekommen bin, dass ich meine wesentlichen Aussagen in keiner Weise revidieren musste -, dass erheblich neue Erkenntnisse - ich will jetzt die Facetten nicht gewichten - durch den Feldjägerbericht hinzugetreten sind.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Also es war mehr eine mediale Aufregung?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das habe ich nicht gesagt. Es gab - -

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Ja, okay.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das ist wieder eine Unterstellung. Wenn es so war, könnte man ja auch sagen, könnte man den Feldjägerbericht ja längst gekannt haben. Es gab also gar keinen Grund, ihn irgendwie nicht zu kennen. Und wie es oft so ist, wenn etwas später erst zutage tritt, was man glaubte, dass es das gar nicht gibt, dann ist das Erstaunen groß und man fragt: Warum ist das so?

Ich finde, das ist ein durchaus üblicher Mechanismus. Also ich habe hier keine negative Bewertung vorgenommen. Ich habe nur auf Ihre Frage geantwortet.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Die NATO-Kommission kannte ja den Feldjägerbericht. Insofern ist das dann da sozusagen mitverarbeitet gewesen. Sie kannten den NATO-Bericht, jedenfalls in der Zusammenfassung, die Ihnen vorgelegt wurde. Übrigens, nur für das Protokoll: Der Vermerk darüber ist VS-NfD, der Bericht ist Geheim. Also im Kanzleramt muss man noch ein bisschen genauer darauf achten, was die Einstufung von Papieren angeht. Aber ich will gar nicht daraus zitieren; Sie haben es ja gelesen.

Waren Sie dann erstaunt, als der Verteidigungsminister - also der neue Verteidigungsminister - am 6. November dann schon wieder eine falsche Bewertung abgibt? Weil Sie hatten ja Probleme mit der falschen Bewertung Ihres früheren Verteidigungsministers. Jetzt der neue.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, der frühere Verteidigungsminister hat keine Bewertung abgegeben, sondern da haben wir

darüber gesprochen, welche Informationen er wie gewichtet hat in den Erststellungen zu möglichen zivilen Opfern. Und das andere war, dass der Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg auf der Grundlage der Bewertung des Generalinspektors in seinen ersten Amtstagen eine Bewertung abgegeben hat. Ja.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Er ist ja weit darüber hinausgegangen. Er hat gesagt, dieser Luftschlag hätte bei allem, -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Er ist in einem Satz darüber hinausgegangen.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): - was sonst war, stattfinden müssen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Dazu hat er sich ja nun auch geäußert. Und da es ja immer gewünscht wird, dass, auch wenn etwas mal falsch gelaufen ist oder im Nachhinein nicht als richtig betrachtet wird, es gekennzeichnet wird, finde ich, hat sich Karl-Theodor zu Guttenberg vorbildlich verhalten.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Man kann Ihnen auch wirklich nicht vorwerfen, dass Sie sich falsch geäußert haben, aber Sie müssen sozusagen damit umgehen, dass andere sich falsch äußern in Ihrem Kabinett.

(Markus Grübel (CDU/CSU): Das ist ja ein guter Abschluss!)

- Das ist nur eine Einführung für eine weitere Frage.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Bartels, bitte ans Mikrofon. Ich kann es nicht ändern; die Mikrofonanlage ist nicht sonderlich glücklich.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Als Sie die Stellungnahme von Karl-Theodor zu Guttenberg zur Kenntnis genommen haben, entsprach das damals auch Ihrer Bewertung, nachdem Sie ja selbst sozusagen auch eine Bewertung dieses Berichts von Ihrem Haus vorgelegt bekommen haben? War das identisch?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe mich ja zu der Frage der Bewertung durch das Bundeskanzleramt sehr ausführlich geäußert.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Aber vage.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das Bundeskanzleramt hat in seiner Einschätzung des Berichtes davon gesprochen, dass die Frage der Angemessenheit je nachdem zu beurteilen ist, auf welchen Standpunkt man sich stellt, ob man den Standpunkt des Kommandeurs einnimmt oder aber ob man den Standpunkt der Regelverstöße einnimmt. Ich habe das hier auch vorgetragen. Und die Bewertung des Generalinspektors Schneiderhan und auch des Bundesministers der Verteidigung war im Rahmen dieser Maßstäbe.

Das heißt, durch das, was vom Kanzleramt als Möglichkeit der Bewertung genannt wurde, ohne eine eigene vorzulegen, weil das wirklich dem Fachressort obliegt, ist das abgedeckt gewesen, was der Generalinspekteur gesagt hat und der Bundesverteidigungsminister. Und im Übrigen ist dann auch die spätere Revidierung der Bewertung genauso abgedeckt.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Das verstehe ich jetzt nicht. Warum musste dann Karl-Theodor zu Guttenberg seine Bewertung vom 6. November revidieren - der Feldjägerbericht war es ja nun sicher nicht; das war vielleicht der Anlass, aber da steht nichts drin, was zu einer Revision führen muss - aufgrund des gleichen NATO-Berichts?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich glaube oder ich meine, mich zu erinnern - weil ich dort sehr aufgepasst habe -, dass der Bundesverteidigungsminister in seiner Rede, als er die Neubewertung vorgenommen hat, genau auch darauf hingewiesen hat, dass es auf den Bezugspunkt ankommt, aus dem heraus man die Angemessenheit bewertet, nämlich ob man es aus dem Blickwinkel des Kommandeurs macht - der hat dann ja sogar noch gesagt, subjektiv kann er sich in die Rolle des Oberst Klein sehr gut hinein versetzen - oder aber ob man es aus einer anderen Perspektive tut. Und der Bundesverteidigungsminister hat sich nach Kenntnis aller umfassenden Berichte und, ich glaube, auch noch nach einer - so, wie er es mir dargestellt hat in dem mündlichen Gespräch, von dem ich gesprochen hatte - umfänglicheren Beratung entschieden, dass er als Verteidigungsminister nicht nur die Perspektive des agierenden Kommandeurs eingenom-

men hat, sondern eine, wenn ich das vielleicht so sagen darf, gesamtheitlichere Bewertung nimmt. Und deshalb hat er sich zu einer Neubewertung entschieden.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Aber war schon ärgerlich, oder?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe dem Bundesverteidigungsminister gesagt, dass ich die von ihm vorgenommene Neubewertung sehr gut nachvollziehen kann.

Rainer Arnold (SPD): Frau Bundeskanzlerin, Sie haben vorher darüber gesprochen, was wir wohl für Beweggründe hatten, den Untersuchungsausschuss einzurichten.

(Zuruf von der CDU/CSU: Nein!)

- Doch, mit Kollege Nouripour.

Wenn es um die Beweggründe bezüglich COMISAF-Bericht geht, waren wir gerade an dem Punkt: die diffuse Informations- und Einschätzungslage der Bundesregierung. Wir wussten nicht: Wie hat die Politik diesen Einsatz bewertet?

(Michael Brand (CDU/CSU): Das ist die Frage!)

Und deshalb: Es gibt nicht unterschiedliche Standpunkte für eine politische Bewertung. Und diese politische Bewertung müssen Sie ja sicherlich auch vornehmen. Da gehören ethische, rechtliche, strategische Fragen alles - dazu.

Haben wir Sie jetzt richtig verstanden: Die erste Bewertung war falsch aus dieser Sicht? Die zweite Bewertung von Herrn zu Guttenberg war dann die richtige?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, Sie haben mich nicht richtig verstanden. Ich habe gesagt, dass ich zu einer Bewertung dieses Einsatzes - - oder das Kanzleramt eine Bewertung dieses Einsatzes selber nicht vornimmt, sondern wir uns auf die Bewertungen des Bundesverteidigungsministeriums stützen. Deshalb ist auch bewusst offen in der Vorlage an mich formuliert worden durch die Mitarbeiter des Kanzleramtes, dass eine Bewertung über die Angemessenheit des Vorgehens von der Perspektive abhängt, aus der man das betrachtet.

Und dann habe ich nicht ohne Bedacht - ich habe mich zu der ersten Bewertung am 6. November durch den Generalinspekteur und den Bundesverteidigungsminister zu

Guttenberg nie geäußert und bin danach auch gar nicht gefragt worden im Übrigen - - Aber als dann die Neubewertung kam - das ist auch in einer Regierungspressekonferenz durch den Regierungssprecher Wilhelm nachzulesen -, habe ich ausdrücklich gesagt, dass ich diese Neubewertung sehr gut nachvollziehen kann.

Rainer Arnold (SPD): Jetzt bin ich noch mehr verwirrt. Sie können jetzt beide Bewertungen - je nachdem, welchen Standpunkt man einnimmt - im Prinzip nachvollziehen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, habe ich nicht gesagt.

Rainer Arnold (SPD): Also die erste können Sie doch nicht nachvollziehen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe gesagt: Zu der ersten Bewertung habe ich mich nicht geäußert, und ich bin auch nicht dazu gefragt worden, und ich halte die Bewertungsbandbreite auch für richtig dargestellt in der an mich gerichteten Vorlage. Ich habe dann lediglich gesagt, dass der Bundesverteidigungsminister mir seine Neubewertung vorgetragen hat, und ich habe dazu öffentlich gesagt und sage es hier wieder, dass ich diese Bewertung nachvollziehen kann.

Rainer Arnold (SPD): Gut, jetzt hat ein neuer Verteidigungsminister seine - machen wir da nicht weiter - Bewertung korrigiert und ruft Sie dann an und eröffnet Ihnen, dass er einen langjährigen Generalinspekteur und Staatssekretär entlassen will. Können Sie noch ein bisschen genauer schildern, wie dieses Gespräch verlaufen ist?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das, was ich dazu schildern kann, habe ich gesagt. Er hat mich angerufen, am Nachmittag. Er hat darauf hingewiesen - und das ist auch die Grundlage der Personalmaßnahmen -, dass das Vertrauensverhältnis nicht gegeben ist. Und in der Frage, was das Vertrauensverhältnis zwischen einem Minister und seinem Staatssekretär zum Beispiel ausmacht, ist - - Das war ja das Relevante. Der Generalinspekteur hat ja um seine Zuruhestellung, wie ich jetzt das richtige Wort gelernt habe, gebeten. Das Vertrauensverhältnis ist ein Verhältnis, das einer objektiven Betrachtung

nicht zugänglich ist, und deshalb ist es in der Entscheidungsmöglichkeit des Ministers, zu sagen, dass dieses Vertrauensverhältnis nicht mehr vorhanden ist.

Rainer Arnold (SPD): Der Generalinspekteur ist ja auch Ihr erster militärischer Berater, und dazu gehörte auch ein Vertrauensverhältnis. Haben Sie darüber mit ihm gesprochen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein. Er hat um die Zuruhestellung gebeten, und ich habe mit ihm darüber nicht gesprochen, sondern ich habe das zur Kenntnis genommen.

Rainer Arnold (SPD): Haben Sie den Minister beraten müssen, dass er Ihnen das schriftlich gibt und dass er den Bundespräsidenten schriftlich informieren muss?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Rainer Arnold (SPD): Hat er das gewusst, oder haben Sie - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe das gemacht, was ich in solchen Fragen immer mache - das ist ja nicht die erste Entlassung eines Staatssekretärs gewesen, die mir mitgeteilt wird -, und habe gesagt, dass das Ganze noch mal schriftlich zu machen ist und mit dem Präsidialamt abzustimmen ist. Und das habe ich nicht im Sinne einer Beratung gemacht; ich glaube, die ist nicht notwendig im Zusammenhang mit dem Bundesverteidigungsministerium.

Rainer Arnold (SPD): Hat dieses Telefonat stattgefunden, nachdem der Verteidigungsminister mit den beiden Entlassenen noch mal gesprochen hat, oder vorher?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich kann Ihnen die Uhrzeit sagen. Vielleicht wissen Sie dann, ob es vorher oder nachher war. Es hat um etwa - - Ich kann es sagen: Um 16.30 Uhr kamen die Weihnachtsbäume, deshalb hat es um 16.20 Uhr etwa stattgefunden an dem Tag.

Rainer Arnold (SPD): Hat der Minister also überhaupt keinen Rat bei Ihnen gesucht, sondern gesagt: Ich möchte das so haben.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Er hat mir eine Mitteilung gemacht. Das erwarte ich auch von einem Minister, dass er, wenn - -

Rainer Arnold (SPD): Nun hat er sie ja nicht nur wegen gestörten Vertrauensverhältnisses entlassen. Da haben Sie ja völlig Recht: Ein Minister, der sein Haus neu ordnet, könnte das in Würde und in Anstand jederzeit machen und sein Haus neu organisieren - dann würden wir hier auch nicht darüber reden -, sondern er hat sie ja mit einer Begründung entlassen, dass sie Versäumnisse haben, weil sie ihm Akten vorenthalten haben. Das hat ja schon eine andere Dimension.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, die Begründung, die mir zugegangen ist, war diese Begründung. Nicht die, die Sie nennen.

Rainer Arnold (SPD): Welche Begründung war es dann?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Die entlassungsrelevante Begründung war das, was man immer schreibt. Ich habe die Dokumente jetzt nicht vor mir. Aber da ging es um das Vertrauensverhältnis, nicht mehr und nicht weniger.

Rainer Arnold (SPD): Also er hat einfach angerufen: Er hat kein Vertrauensverhältnis mehr, er möchte sie entlassen und bittet um die Zustimmung. - Und da haben Sie nicht darüber gesprochen. Warum?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Er hat mir natürlich mitgeteilt - ich habe ja auch gesagt, dass um 17.35 Uhr dann das Fax kam mit dem Feldjägerbericht -, dass im Zusammenhang mit neu eingehenden Berichten eine Erschütterung dieses Vertrauensverhältnisses eingetreten ist.

Rainer Arnold (SPD): Und haben Sie diesen Feldjägerbericht selbst gelesen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, ich sagte es schon: Ja.

Rainer Arnold (SPD): Sind Sie der Auffassung, dass dies ein vorenthaltener Bericht ist mit Informationen, die ein Minister haben muss zu seiner Meinungsbildung?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich sage noch mal: Ich habe jetzt die Bewertung nicht durchzuführen. Der Bericht war dem Minister bis zu dem Zeitpunkt nicht gezeigt worden. Der ist ganz offensichtlich durch Presseveröffentlichungen zu seiner Kenntnis gelangt.

Rainer Arnold (SPD): Haben Sie die Erwartung, dass Ihnen immer alle Berichte gezeigt werden in Ihrem Haus, auch wenn sie nicht relevant sind?

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Zeugin Dr. Angela Merkel: Schauen Sie, ich habe - -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Halt, Frau Bundeskanzlerin! - Herr Kollege Arnold, „Haben Sie die Erwartung“ ist keine gezielte - -

Rainer Arnold (SPD): Ich möchte diesen Konflikt rechtlich hier nicht führen und ziehe die Frage zurück.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Gut.

Rainer Arnold (SPD): Ich bin zwar durchaus anderer Meinung - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich kann Ihnen eine freiwillige Antwort geben. Ich habe zu den Mitarbeitern Vertrauen, die mir dann das geben, was ich mir wünsche, also die mir immer das geben, worum ich bitte und was ich mir wünsche.

Rainer Arnold (SPD): Haben Sie zum Generalinspekteur Vertrauen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Sooft ich ihm begegnet bin, hatte ich zu ihm Vertrauen, und ich hatte kein Erlebnis, das mein Vertrauen zerstört. Ich muss allerdings auch noch mal darauf hinweisen: Der Generalinspekteur ist etwas anderes. Der hat um seine Zuruhestellung gebeten.

Rainer Arnold (SPD): Der Generalinspekteur hat nach dem Gespräch mit dem Minister um seine Zuruhestellung gebeten, nicht von sich aus.

Das beschäftigt mich trotzdem noch ein Stück weit, und zwar deshalb, Frau Bundes-

kanzlerin, weil wir hier in dem Ausschuss im Prinzip niemanden gefunden haben, der gesagt hat, dieser Feldjägerbericht hat für eine neue Entscheidungsfindung Relevanz. Er hat deshalb keine Relevanz, weil die Informationen alle im ISAF-Bericht enthalten waren. Haben Sie darüber in Ihrem Haus oder mit dem Verteidigungsminister gesprochen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe nicht den Eindruck, dass die pure Frage, ob die Information des COMISAF-Berichts und die Information, die im Feldjägerbericht enthalten ist, die eindimensionale Ursache für das gestörte Vertrauensverhältnis zwischen dem Bundesverteidigungsminister und seinem Staatssekretär zum Beispiel war oder dem Generalinspekteur.

Rainer Arnold (SPD): Erschien Ihnen das nicht ein Stück übereilt, wenn jemand neu ins Amt kommt, der eigentlich auf die Expertise angewiesen ist?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Es erschien mir so, dass es im Rahmen dessen liegt, was die Möglichkeiten eines Ministers sind.

Rainer Arnold (SPD): Okay.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Die Zeit ist um, Herr Kollege Arnold. Jetzt gebe ich der FDP-Fraktion das Wort. - Die hat keine weiteren Fragen. Dann die Fraktion Die Linke. Herr Kollege Schäfer.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Danke. - Ich habe noch eine Nachfrage zu diesem Thema „Zivile Opfer und öffentliches Auftreten der Bundesregierung in dem Zeitraum 04.09. bis 11.09.“. Haben Ihnen Ihre außen- und sicherheitspolitischen Berater in diesem Zeitraum vorgetragen, dass es also auch führende Militärs gegeben hat - bei der Bundeswehr oder auch in NATO-Verwendungen -, die eine durchaus andere Sicht auf die Dinge hatten als die Berater des Ministers Jung, also die die Sache kritisch gesehen haben und sehr schnell gesagt haben: „Jawohl, die Frage ziviler Opfer, das ist sehr, sehr wahrscheinlich“? Wurde Ihnen das zur Kenntnis gebracht, oder gab es eine Vorlage dazu?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich habe ja immerhin davon berichtet, dass mir bereits am Samstag, dem 05.09., bekannt war, dass der Kommandeur der ISAF von zivilen Opfern ausgegangen ist.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Mir ging es jetzt darum: Bundeswehr, Bundeswehrführung, Generalität - ob Ihnen da zur Kenntnis gebracht wurde, dass es da durchaus kritische Stimmen gegeben hat?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, ich habe mich mit einzelnen Stimmen nicht befasst.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Also, Sie sind nicht explizit darauf hingewiesen worden durch Ihre außenpolitischen Berater? Ich rede von den Herren Vad und Heusgen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Gut, Herr Vad ist jetzt nicht der außenpolitische Berater, aber er ist der Gruppenleiter für den Bereich Verteidigungspolitik, und Herr Heusgen ist der außenpolitische Berater.

Noch mal: Das, was mir von denen im Wesentlichen gesagt wurde, ist in den auch Ihnen zugänglichen Vorlagen enthalten. Über einzelne Stimmen haben wir dort nicht gesprochen. Es war ja dann auch sehr schnell: ab dem Vorliegen des Initial-Action-Team-Berichts, wo gesagt wurde, dass mit einem hohen Grad an Wahrscheinlichkeit zivile Opfer sind. Und von da an war der COMISAF-Bericht in Auftrag gegeben, und dann war die Frage: Was kommt bei dieser Untersuchung heraus? Wer da einzeln was meinte, war nicht von Interesse für die Gesamtbewertung.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Entschuldigung, es geht ja nicht um einzelne Stimmen, sondern es geht ja zum Beispiel, sagen wir einmal, um jemanden, der also ranghöchster deutscher Offizier in NATO-Verwendung ist, der also eine bestimmte Meinung dazu hat. Dann hat das ja Gewicht. Und wenn der eine Position hat, die er im -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Können Sie mir noch mal - -

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): - Austausch mit Herrn Vad vorträgt, dann, denke

ich, ist das nicht nur eine beliebige einzelne Stimme.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Sie haben mich ja gefragt, ob mir das bekannt war.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Und da habe ich gesagt: Nein.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Okay. War ja nur eine Nachfrage. - Ich komme zum COMISAF-Bericht. Sie haben ja in der Regierungserklärung am 08.09. auch sehr stark darauf fokussiert. Sie haben gesagt: „lückenlose Aufklärung“, die offen erfolgen muss; und das bezogen darauf: Die NATO macht das - das ist von der Sache her richtig -, COMISAF-Bericht.

Also diese lückenlose Darlegung gegenüber der Öffentlichkeit bezog sich sozusagen auf den COMISAF-Bericht. Nun war dann schnell klar: Der ist NATO-Confidential. Da ist doch guter Rat teuer. Wie geht man mit einer solchen Situation um? Was haben Sie in dieser Situation überlegt? Also wenn der Bericht, auf den Sie sich stützen, wenn Sie sagen: „Wir wollen eine lückenlose Aufklärung“, NATO-Vertraulich ist, dann muss man doch einen neuen Schritt machen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das mag Ihre Auffassung sein, dass man dann einen neuen Schritt machen muss. Für mich ist relativ evident, dass, wenn es sich um Interna militärischer Operationen handelt, dann alles auf den Tisch muss, aber nicht alles an die Öffentlichkeit.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Haben Sie sich denn bemüht oder Ihre Regierung, diesen NATO-Bericht herabzustufen bzw. Teile des Berichts öffentlich zu machen, weil das wäre ja eine Möglichkeit, Ihre jetzige Bemerkung in Rechnung stellend, dass nicht alles sozusagen in die Öffentlichkeit gehört?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe mit dem Verteidigungsminister genau über diesen Punkt gesprochen und ihn ermuntert, bei der NATO um eine Rückstufung zu ersuchen. Soweit mir in Erinnerung ist, hat mir der Bundesverteidigungsminister dann berichtet, dass die NATO aus der grundsätzlichen Erwägung: „Wir sind ja nicht der ein-

zige Bündnispartner“, damals gesagt hat, dass sie das nicht tun wird.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Wenn das so ist, dann war natürlich die Einlassung des Generalinspektors der Bundeswehr ein ganz entscheidender Bezugspunkt für die Öffentlichkeit. Das war ja ein öffentliches Pressestatement, das sozusagen eine Bewertung vorgenommen hat. Das war also, wenn Sie so wollen, die Aussage der Bundesregierung zur Einschätzung des COMISAF-Berichts.

Waren Sie denn oder das Kanzleramt bei der Abfassung dieses Berichts in irgendeiner Weise beteiligt? Ich glaube, Sie haben gesagt: Nein.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Beim COMISAF-Bericht?

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Nein, bei dem Pressestatement des Generalinspektors.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Bei der Bewertung meinen Sie jetzt?

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, die Bundesregierung arbeitet doch nach dem Prinzip der Ressortzuständigkeit. Das heißt also, das Fachressort - das ist in diesem Fall das Bundesverteidigungsministerium - nimmt die Bewertung dieses Berichtes vor.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Nun war natürlich die Situation: Es gibt eine neue Bundesregierung, einen neuen Verteidigungsminister, der an diesem Tag in sein Amt eingeführt wurde. Und sozusagen er wird mit diesem Statement konfrontiert, was weitreichende Festlegungen des Generalinspektors enthält. Wurde über diese Situation beraten oder nicht beraten?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Mit mir wurde darüber nicht beraten.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Und Sie haben darin auch kein Problem gesehen, in dieser Situation?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Für mich ist ein Minister mit seiner Berufung ein Minister,

der in eigener Verantwortung das entscheidet, was man in der Ressortzuständigkeit entscheidet.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Gut, aber das ist sicherlich bei dem neuen Minister dann schwierig, wenn so etwas sozusagen als Statement in der Welt ist. Aber okay.

Er hat ja dann gesagt, er hat eine eigene Bewertung vornehmen lassen, hat sein eigenes Statement abgegeben. Waren Sie denn bei der Erstellung dieses Statements, das ja doch ein - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, ich sage noch mal: Wir haben Ressortzuständigkeiten.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Statement zu Guttenberg. Ich rede jetzt von dem Statement zu Guttenberg.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja. Wir haben eine Ressortzuständigkeit, und es liegt in der Aufgabe des Bundesverteidigungsministeriums und damit auch des Ministers, aus seiner Warte als Bundesverteidigungsminister und in seiner Verantwortung eine Bewertung über die Angemessenheit des Vorgehens zu geben.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Aber dann wundere ich mich dann doch - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Darüber gibt es ja keine Ressortabstimmung.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Karl A. Lamers: Herr Kollege Schäfer, ich glaube, dass die Bundeskanzlerin jetzt mehrfach auf diese Frage geantwortet hat, auch im Hinblick auf die Ressortzuständigkeit. Und ich glaube - wenn ich das von mir aus sagen darf -, dass diese Frage, von Ihnen mehrfach dargelegt, aber jetzt wirklich ausführlich beantwortet ist.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Nein. Ich meine, ich kann ja ohnehin fragen, was ich will. - Aber meine Verwunderung ist doch an der Stelle: Sie haben selber in Ihrer Einführung, Frau Bundeskanzlerin, ausführlich über diese Neubewertung durch Herrn zu Guttenberg geredet und darüber, was es dort im Vorfeld - ich hätte das sonst vorgetragen, wenn Sie das nicht gemacht hätten -, also

was es ausweislich Ihres offenen Terminkalenders an Beratungen gegeben hat. Also für diese Neubewertung gilt offensichtlich dann das Ressortprinzip nicht. Also das ist der Widerspruch, aus dem ich nicht rauskomme, wenn Sie sagen: „Zu Guttenberg ist also völlig autonom bei seiner ersten Festlegung: militärisch angemessen und hätte stattfinden müssen, auch wenn alle Regeln beachtet werden“, aber die Neubewertung wird also im breiteren Kreis diskutiert. Wie bringen Sie das zusammen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das werde ich gerne erläutern. Es ging nicht darum, dass ich mich stundenlang mit der Neubewertung des Bundesverteidigungsministers befasst habe, sondern ich habe mich angesichts des Auftauchens neuer Berichte damit befasst, ob ich in den zurückliegenden Tagen und Wochen etwas gesagt habe, was durch diese neuen Berichte nicht mehr vollständig ist. Das ist die einzige Befassung. Ich habe mich mit keiner Neubewertung befasst. Ich habe mich damit befasst, dass ich plötzlich einen Feldjägerbericht hatte -

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Das ist ja eigentlich die Grundlage der Neubewertung gewesen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - einen von der - - ich weiß nicht - - noch irgendwas - -

(Die Zeugin blättert in ihren Unterlagen)

jedenfalls - - vielleicht noch - - ich weiß nicht - - aber der Feldjägerbericht war ja das Wesentliche -, und dass aus dieser Tatsache heraus ich mich gefragt habe: Hast Du, Bundeskanzlerin, in Deiner Verantwortung etwas gesagt - von der Regierungserklärung angefangen bis zu allen anderen Dingen -, was ich neu bewerten müsste für mich?

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Schäfer, Ihre Fragezeit ist zu Ende. - Jetzt kommen Bündnis 90/Die Grünen. Frau Kollegin Keul.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Frau Dr. Merkel, Sie hatten uns ja in Ihrem Eingangsstatement sehr ausführlich und anschaulich geschildert, wie Sie diesen Vorfall eingeschätzt haben. Sie haben gesagt: Das war der schwerwiegendste Vorfall, Aufklärung hatte vorderste

Priorität. - Und ich habe es immer so verstanden, dass im Nachhinein im November letztlich Minister Jung doch deswegen zurücktreten musste, weil er im Rahmen seines Hauses nicht alles getan hatte, um die bestmögliche Aufklärung zu gewährleisten.

(Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Das ist eine Unterstellung! - Robert Hochbaum (CDU/CSU): Nein!)

Sind wir uns da sozusagen einvernehmlich, dass das eigentlich der - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind wir nicht?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Sind wir nicht.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil vorhin ist schon mal die Frage aufgeworfen worden: Warum ist Minister Jung eigentlich zurückgetreten?

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Frau Kollegin Keul, Sie sollen fragen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Vorhin hatte ich dazu auch schon geantwortet, dass nämlich der Bundesminister Jung zu mir gekommen ist und gesagt hat, dass er eine politische Verantwortung übernimmt für eine entstandene Situation, die zusammenhängt mit dem Auftauchen neuer Berichte. Insofern hat das nichts damit zu tun, dass irgendeine Aufklärung nicht da war, sondern es waren Berichte da, und er hat dafür eine politische Verantwortung übernommen, die ein weites Spektrum hat, was man persönlich unter seiner politischen Verantwortung empfindet. Und ich habe das mit Respekt zur Kenntnis genommen.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Aber wir sind uns doch einig, dass letztlich die Entscheidung, die Aufklärung durch die NATO durchführen zu lassen, ohne eine eigene nationale Untersuchung zu machen, dazu führt, dass die Zusammenarbeit des Bundesverteidigungsministeriums mit der NATO bestmöglich funktionieren muss, damit die NATO auch einen möglichst korrekten Bericht abliefern kann. Da sind wir uns doch einig, oder?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja. Also, soweit ja.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also sind Sie davon ausgegangen, dass der Verteidigungsminister auch alle Dokumente, die ihm zugänglich sind und die die NATO haben will, ihm auch weiterleitet? Richtig?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich glaube, das war auch nicht das Problem. Der Feldjägerbericht war ja bei der NATO. Er war nur irgendwie nicht sonst - - zum Beispiel war er nicht im Kanzleramt.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er ist McChrystal letztlich nicht vorgelegt worden, sondern von dem deutschen Mitglied vernichtet worden.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Gut. - Also, ich glaube, man kann doch jetzt vieles - - Darüber habe ich doch auch mit dem damaligen Verteidigungsminister gesprochen. Der Bericht ist doch - - Man kann ja sagen, es war nicht richtig, dass er nicht sofort zugänglich gemacht wurde. Aber man kann doch nicht sagen - - Er ist umgehend der NATO zur Verfügung gestellt worden. Das war doch erst mal das, was für die Aufklärung wichtig war. Was die NATO dann damit gemacht hat oder die Untersuchungskommission, das entzieht sich jedenfalls meiner Kenntnis und Bewertung.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, dann haben wir da abweichende Kenntnisse, was die Vorlage des Feldjägerberichtes bei der NATO betrifft. Aber ich glaube, dass wir das hier offen fragen können.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Was heißt hier „abweichende Kenntnis“?

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das sind Ergebnisse aus dem Untersuchungsausschuss, die aber nicht offen - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Gut. - Nach meiner Kenntnis ist der Feldjägerbericht der NATO zugänglich gemacht worden. An welcher Stelle und in welchem Dienstgrad und an wen, weiß ich nicht. Er ist jedenfalls diesem - ob es der NATO ist - Untersuchungs-

ausschuss, der durch COMISAF eingesetzt wurde, zur Kenntnis gegeben worden.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Herr Birkenheier, bitte.

MDg Ulrich Birkenheier (BMVg): Die Frau Abgeordnete Keul zitiert hier aus Vernehmungen, die nichtöffentlich waren, sondern mindestens VS-NfD waren.

(Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Zum zweiten Mal heute!)

Insofern ist das in dieser öffentlichen Sitzung unzulässig.

Und im Übrigen darf ich bemerken, dass die Auswertungen dieser Aussage des Zeugen hier falsch wiedergegeben wurden. Es wurde nicht vernichtet, sondern der Bericht - ich will es jetzt nicht näher ausführen - wurde durchaus von der COMISAF-Untersuchung ausgewertet. Mehr möchte ich dazu nicht sagen. Es war eine falsche Wertung, die hier dargestellt wurde.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Dann ist das auch klargestellt. Ich bitte Sie wirklich, Frau Kollegin Keul, darauf zu achten -

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ich wollte auch an der Stelle genau aus dem Grunde nicht weiter fragen.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
- jetzt lassen Sie mich doch mal ausreden -, dass Sie nicht aus Unterlagen zitieren, die VS-NfD sind.

(Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Zum zweiten Mal passiert das heute!)

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
War nicht meine Absicht. Nur, es stellte sich heraus, dass wir hier einen unterschiedlichen Sachstand haben. Aber ich werde auch hier an der Stelle nicht weiter fragen.
Was ich versuche - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich muss aber ganz ehrlich sagen, dass ich auch in meiner Funktion bei Sachständen mit Ihnen gar nicht in einen Wettstreit treten möchte.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Nein, das war auch gar nicht meine Absicht.

Was ich versuche, nachzuvollziehen, Frau Dr. Merkel, ist, wie es dazu kam, dass Sie auch nach diesen ersten Tagen und diesen verschiedenen Missverständnissen mit dem Verteidigungsminister Jung - - Fassen wir es mal zusammen: am ersten Tag, am 05.09., diese unterschiedlichen Meldungen seitens der Bundeswehr und seitens der internationalen Partner, dann dieses Interview in der *Bild am Sonntag*, und dann der Bericht, der Ihnen nicht rechtzeitig vorgelegt worden war, obwohl er aus Ihrem Haus angefordert worden war. Also, trotz dieser Anhaltspunkte, worauf Sie dann auch Ihr uneingeschränktes Vertrauen stützten, dass es dann bei der Zusammenarbeit mit der NATO besser laufen wird als bei der Zusammenarbeit mit dem Kanzleramt: Das versuche ich nachzuvollziehen. Das ist mir noch nicht ganz klar. Vielleicht können Sie das noch einmal näher ausführen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Tue ich gerne noch mal. Ich habe darüber berichtet, dass es in der Einschätzung, wie man sich zu der Aussage über zivile Opfer verhält, an dem Samstag eine unterschiedliche Einschätzung gab. Die hat ihren Niederschlag noch in dem am Samstag gegebenen Interview, das erst am Sonntag erschienen ist, gefunden. Von da an gab es eine gemeinsame Presselinie. Und dann habe ich in einer früheren Beantwortung im Rahmen dieser Befragung schon gesagt, dass die Frage, ob der IAT-Bericht dem Kanzleramt etwas später zugestellt wurde oder nicht, aus meiner Sicht mit dem Minister nichts, aber auch gar nichts zu tun hatte und ich noch nicht an dem Zustand des Ärgernisses war, dass ich den Minister darauf persönlich angesprochen habe, sondern es konnte auf der Arbeitsebene geklärt werden.

Damit fällt das nicht in irgendeine Form, wo ich dem Minister in irgendeiner Weise nicht vertrauen konnte. Und deshalb hat Franz Josef Jung auch mein Vertrauen gehabt, ein sehr guter Arbeitsminister zu sein.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Gut. Vielen Dank. - Dann will ich noch mal an eine Frage anknüpfen, die hier ganz am Anfang der Vernehmung durch die CDU aufgeworfen worden ist. Da war ich etwas stutzig. Sie hatten gesagt, dass es in Ihrem Hause noch mal eine Untersuchung gegeben hätte

über die Beteiligung des BND. Wenn es nun überhaupt gar keine Anhaltspunkte gab für eine Beteiligung des BND: Warum ist dann dazu noch mal eine Untersuchung in Ihrem Hause durchgeführt worden?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe auch nicht von einer -- Gut, wenn ich von einer Untersuchung gesprochen habe: Es sind immer wieder Fragen gestellt worden, ob der BND in irgendeiner Weise an dem Anschlag beteiligt war. Und da das Bundeskanzleramt sozusagen die Behörde ist, die für den BND verantwortlich ist, hat das Bundeskanzleramt pflichtgemäß die Frage an den BND gestellt und die entsprechenden Antworten auch herbeigeliefert.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ab welchem Zeitpunkt war Ihnen bekannt, dass am 04.09. Spezialkräfte der Task Force 47 beteiligt waren?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wenn ich mich recht erinnere, ist die TF 47 zum ersten Mal im COMISAF-Bericht für mich aufgetaucht. Aber das will ich jetzt nicht beschwören, ob das im IAT schon --

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Frau Kollegin Keul, es ist auch ein bisschen schwierig, wenn Sie in Ihrer Frage eine Unterstellung einfließen lassen.

(Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein!)

- Doch.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Unterstellung?

(Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Sie unterstellen!)

Zeugin Dr. Angela Merkel: Gut. Also, ich habe da ja nichts zu verbergen.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Die Zeit ist um. Jetzt schaue ich in die Runde. Wird eine weitere Fragerunde gewünscht? - CDU/CSU? - Nein. SPD? - Ja. Bitte schön.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Frau Bundeskanzlerin, noch mal, damit wir es jetzt

klar haben: War der Luftschlag angemessen?

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich wiederhole gerne, dass der Bundesverteidigungsminister in seiner Neubewertung, über die er mich informiert hat, die er auch öffentlich getan hat, davon gesprochen hat, dass es nicht angemessen war. Und ich habe Ihnen mitgeteilt - wie auch der Regierungssprecher es der Öffentlichkeit mitgeteilt hat und ich es persönlich dem Bundesverteidigungsminister mitgeteilt habe -, dass das für mich nachvollziehbar ist. Ich habe außerdem deutlich gemacht, dass ich als Bundeskanzlerin auf die Expertise des Verteidigungsministeriums angewiesen bin und deshalb eine Eigenbewertung bei uns im Kanzleramt nicht vorgenommen wurde. Aber ich sage noch mal - wir sind ja politisch -: Es ist für mich absolut nachvollziehbar, wie Karl-Theodor zu Guttenberg die Bewertung vorgenommen hat.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Aber ich habe ja jetzt nicht nach der Sekundärbewertung gefragt, sondern Ihrer Bewertung, also heute.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): War der Luftschlag angemessen? Sagen Sie: War nicht angemessen.

(Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Die Frage kommt hier nicht an! Wir hören Sie nicht!)

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich möchte meinen Äußerungen jetzt nichts hinzufügen.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Frau Bundeskanzlerin, Moment! - Herr Kollege Bartels, die Fragen kommen hier drüben schwer an. Sie müssen das Mikrofon direkt an den Mund und nach oben halten. Ich kann es nicht ändern.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Ist der Vorgang „Kunduz“ jetzt für Sie abgeschlossen?

(Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Das ist nicht Untersuchungsgegenstand!)

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich sitze jetzt ja gerade im Untersuchungsausschuss.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Das ist insofern Teil des Untersuchungsgegenstandes, als wir über die Aufklärung des Luftschlags Kunduz reden. In ihrer Regierungserklärung hat die Bundeskanzlerin sehr zu Recht an den Anfang ihrer Ausführungen gestellt: Es ist abgeschlossen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich wollte doch jetzt nur sagen, Herr Kollege: Wenn ich jetzt in dieser Sekunde erkläre: „Es ist für mich abgeschlossen“, dann würden Sie das als unfreundlichen Akt gegenüber Ihrer Aufklärungsarbeit bezeichnen. Deshalb kann ich doch hier nicht mitten im Untersuchungsausschuss sagen, dass es abgeschlossen ist. Die Aufklärung gegenüber dem Parlament läuft. Und ein solcher Vorgang ist in sich vielleicht so schnell überhaupt nicht abgeschlossen, weil daraus auch Lehren zu ziehen sind.

Also, der Hergang ist abgeschlossen. Die Auflistung des Hergangs ist aus meiner Sicht, sozusagen nach dem, was mir möglich erscheint, getätigt worden. Jetzt ist noch mal die parlamentarische Befassung. Wenn Sie Ihre Berichte über den Untersuchungsausschuss vorgelegt haben, haben wir ein weiteres Stück abgeschlossen. Und ansonsten wird die Frage „Wie können wir Lektionen und Schlussfolgerungen aus diesem Ereignis ziehen?“ uns noch eine Weile beschäftigen, und das ist ja auch in verschiedenste Maßnahmen eingeflossen, über die dann sicherlich auch immer wieder berichtet wird.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Okay, also nicht abgeschlossen. - Darf ich aus der *Stuttgarter Zeitung*, die nicht Geheim ist - ist auch keine Materialnummer - vom 2. Dezember zitieren? - Da werden Sie, Frau Bundeskanzlerin, aus der Pressekonferenz nach dem Besuch des pakistanischen Premierministers mit den Worten zitiert:

Sie dürfen davon ausgehen, dass der Bundesverteidigungsminister, die Bundeskanzlerin, aber auch genauso der Bundesaußenminister

- also zu dem Zeitpunkt Westerwelle -

die Bewertung in der Bundesregierung einvernehmlich vornehmen werden ...

Das widerspricht ja ein bisschen dem, was Sie eben gesagt haben: dass Sie sich auf den Verteidigungsminister verlassen wollen, je nachdem, wie er sich äußert. Wie ist dieses Einvernehmen hergestellt worden?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich müsste jetzt den Kontext noch mal sehen. Geht das genau auf Kunduz? - Dann ist es eine Unschärfe. Wenn es nicht genau auf Kunduz geht: Ich weiß nicht, welche Bewertungen dort gemacht worden sind. Zeigen Sie mir bitte vielleicht erst noch mal das Interview.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt)

Es handelt sich hier - um das noch mal klar zu sagen - um ein Zitat; das ist richtig. Aber es ist ansonsten ein Fließtext.

(Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist manchmal so in Zeitungen!)

Also - „... die richtigen Schlüsse ... ziehen ...“ -, ich denke, dass sich die Bewertung im Blick auf das, was zu schlussfolgern ist, hier bezieht.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Ja. - Also, es ging Ihnen schon darum, eine einvernehmliche Bewertung herzustellen? Oder ist das ein Verständnisfehler, was ja in der Öffentlichkeit, in der Presse gelegentlich vorkommen kann?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich sage noch mal: Ich vermute, dass es sich nicht um die militärische Aktion, sondern um die Bewertung dessen, was man daraus lernt, handelt.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Okay. - Noch mal zu der Entlassung des Generalinspektors, der ja im Falle - das, was wir alle nicht wollen -, dass sozusagen Sie die Inhaberin der Befehls- und Kommandogewalt wären - - Dann ist das Ihr nicht nur militärisch oberster Berater, sondern dann auch sozusagen derjenige, der durchführt. Wenn der Verteidigungsminister sagt, er möchte den entlassen - und das hat er Ihnen ja offenbar vorgetragen -, ist dann nicht auch Ihr Vertrauensverhältnis zu ihm gefragt, also zum Generalinspekteur?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Der Generalinspekteur hat den Bundesverteidigungsminister um seine - -

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Später. Als Sie angerufen wurden, hatte der GI noch gar nicht gewusst, dass er entlassen werden soll.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, der Bundesverteidigungsminister hat mir gesagt - und das spricht dann ja auch für mein weiteres Verfahren -, dass er eine Erschütterung des Vertrauensverhältnisses hat. Und daraus sind dann zwei Schlussfolgerungen erwachsen. Die eine war die - - Wie nennt man das? Entlassung ist, glaube ich, nicht das - -

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Bei Wichert war es eine Entlassung.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, Entlassung ist auch falsch.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Ja, Zurruesetzung.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Versetzung in den Ruhestand. Beim Generalinspekteur hat sich das dann ganz anders ausgedrückt, dass nämlich offensichtlich der Generalinspekteur zu der Schlussfolgerung gekommen ist, dass er angesichts der Situation um seine Zurruesetzung bittet.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Aber erst nach dem Telefonat.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, gut, ich kann doch nur das bewerten, was - - Ich habe doch dann dem Bundesverteidigungsminister gesagt, dass er mir die entsprechenden Dokumente zuschicken soll. Die waren dann so ausgeprägt, wie ich es jetzt darstelle. Und Ihre Frage war doch, warum ich jetzt - - oder ob ich nicht hätte mit dem Generalinspekteur sprechen sollen. Und da muss ich sagen: Wenn ein Generalinspekteur zu der Überzeugung kommt, dass er um seine Zurruesetzung bittet, dann widersetze ich, auch wenn ich in bestimmten Situationen mit ihm zu tun haben könnte, mich dem nicht, weil die Hauptschiene der Zusammenarbeit natürlich erst einmal der Bundesverteidigungsminister ist. Der Generalinspekteur ist ja selber zu dem Schluss gekommen. Und

ich habe keine Veranlassung gesehen, den Generalinspekteur sozusagen an dieser Aussage jetzt zu hindern oder ihn in seiner Meinungsbildung umzudrehen.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Aber das ist ja interessant. Also, da muss ja der Verteidigungsminister Ihnen gesagt haben: Der Generalinspekteur bittet um Zurruesetzung. - Das hat er aber zu dem Zeitpunkt noch nicht getan, jedenfalls nicht nach dem, was er uns hier gesagt hat.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Schauen Sie, ich habe das ja sehr allgemein formuliert: dass er gesagt hat, dass es durch die Situation, wie sie jetzt entstanden ist, eine Störung der Vertrauensverhältnisse gibt, und er hat zwei Personen genannt. Und dann habe ich - und das war ja, wie sich jetzt herausgestellt hat, sehr klug - gesagt, er möchte mir das bitte in der notwendigen Form schriftlich geben, und das hat er dann auch getan, und dann waren es eben zwei - wenn Sie so wollen - verschiedene Vorgänge.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Als es schriftlich kam - das war dann natürlich schon später -, da stand in der schriftlichen Vorlage: „Er bittet um Zurruesetzung“? Selbst?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, natürlich.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Aber als Sie darüber telefoniert haben, hat der Verteidigungsminister gesagt - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: War von Vertrauen die Rede. Da war von dem Vertrauen die Rede, das der Bundesverteidigungsminister gegenüber beiden hat. Da habe ich aber nicht nach dem Vertrauen gefragt, das die beiden gegenüber dem Bundesverteidigungsminister haben, oder die Einstellung. Jedenfalls hat der Generalinspekteur offensichtlich seine Schlussfolgerungen so gezogen, wie er sie gezogen hat, und deshalb ist mir anschließend die Zurruesetzung zur Kenntnis gebracht worden.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Hatten Sie denn eingewilligt bei dem Telefonat, dass er sie entlassen kann? Oder haben Sie es

offen gelassen und gesagt: „Schicken Sie es mir erst mal“?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe - weil ich glaube, dass das auch immer ganz wesentlich ist; wir haben da schon vielfältige Erfahrungen, die jetzt aber den Untersuchungsgegenstand weit übersteigen - - dass diese Dinge schriftlich gemacht werden, damit sie dann von den entsprechenden Abteilungen - in diesem Fall der Zentralabteilung - so beurteilt werden können, ob sie in Übereinstimmung mit dem Bundesbeamtengesetz sind.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Also, Sie hatten noch kein Okay in dem Telefonat gegeben?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Mein Okay habe ich gegeben; das habe ich ja auch ganz umfänglich dargestellt. Mir sind zwei Briefe zugesandt worden - das ist jetzt sehr gut; ich hatte mich im Vorhinein schon gefragt, ob es richtig war, dass ich das so ausführlich darstelle; aber jetzt erweist sich das auch als richtig -, ich habe zwei Briefe bekommen. Die habe ich in die Fachabteilung gegeben. Die Fachabteilung hat die beamtenrechtlich bewertet, hat mir eine Vorlage dazu gemacht. Die Vorlage habe ich wiederum zur Kenntnis bekommen. Mit der Abzeichnung ist das an den Chef des Bundeskanzleramtes gegangen, und der Chef des Bundeskanzleramtes hat das dann mit meiner Abzeichnung dem Bundespräsidialamt zugeleitet, wo dann die eigentlichen Dinge vollzogen werden.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Aber in dem Moment der Entscheidung haben Sie sich dann eigentlich rausgehalten, weil am nächsten Tag wurde es ja schon verkündet.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, in dem Moment - -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Bartels, ich empfinde die Frage als Unterstellung, und deswegen denke ich, Sie sollten sie entweder anders formulieren oder zurückziehen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe meiner Pflicht entsprochen, dass ich das zur Kenntnis nehme und die Vorhaben des Bun-

desverteidigungsministers so abarbeite, wie sie in der Geschäftsordnung der Bundesregierung vorgesehen sind.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Hat Sie denn überrascht, dass er am nächsten Morgen um 9 Uhr in der Sitzung des Bundestages - ich glaube, er war der erste Redner - verkündet hat, dass er diese beiden zur Ruhe gesetzt hat? Da kann ja dann also sozusagen noch gar nicht Ihre Stellungnahme bei ihm wieder eingegangen sein.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Überrascht hat es mich nicht nach dem Telefonat.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Also, Sie hatten Ihr Okay gegeben?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Kann ich jetzt nicht mehr - - Ich glaube, die formelle Bearbeitung war vielleicht um 9 Uhr noch nicht abgeschlossen - das kann ich nicht sagen -, aber die politische Absicht war mir bekannt.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Bekannt und gebilligt?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Sie war mir bekannt.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Und nicht gebilligt?

(Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Darum geht es doch gar nicht!)

Zeugin Dr. Angela Merkel: Über die Minute der Abzeichnung kann ich jetzt hier keine präzise Auskunft geben. Deshalb sage ich: Sie war mir bekannt.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Also, Sie haben sich mit Fakten dann arrangiert?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein - -

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Aber okay, das ist eine Unterstellung.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das ist nun wirklich eine Unterstellung. Da sind wir uns aber einig.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Entschuldigung. - Kollege Arnold macht weiter.

Rainer Arnold (SPD): Kann ein Minister schon jemanden entlassen, bevor er Ihre Unterschrift hat - rein formell?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich glaube, dass ein Minister doch erst einmal, bevor er einen solchen Vorgang einleitet, seine Absicht der entsprechenden Person als Erstes bekunden sollte.

Rainer Arnold (SPD): Das war nicht meine Frage. Ich meine, es geht um einen formellen Akt. Kann er die Entlassung schon - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, die rechtskräftige Entlassung ist natürlich erst mit der Billigung durch den Bundespräsidenten gegeben. Aber der Minister kann doch die - - Es gibt doch eine, würde ich jetzt mal sagen - ich bin keine Juristin -, gewisse Praxis. Und die Praxis ist so, dass der Minister demjenigen mitteilt, dass das Vertrauensverhältnis gestört ist, und anschließend die entsprechenden Vorgänge einleitet. Dass man sozusagen mit der Urkunde des Bundespräsidenten zum Betroffenen geht und anschließend erklärt: „Passen Sie mal auf, ich habe hinter Ihrem Rücken jetzt mal schon alles bereitgestellt, damit ich Ihnen jetzt mitteilen kann: Sie sind entlassen“, das ist nicht die reale Lebenspraxis, jedenfalls aus meiner Erfahrung nicht.

Rainer Arnold (SPD): Es hat mich auch nicht so sehr die Urkunde des Bundespräsidenten, sondern die Stellungnahme des Kanzleramtes interessiert. Wie war die Begründung von Verteidigungsminister zu Guttenberg dann in der schriftlichen Form, warum er die beiden entlässt?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Müssten Sie sich die Vorgänge noch mal kommen lassen. Das geht immer nur unter Bezugnahme auf das Vertrauensverhältnis. Alle anderen Begründungen werden fachlich zurückgewiesen.

Rainer Arnold (SPD): Frau Bundeskanzlerin, Sie haben am 01.12. darüber gesprochen - und das haben wir sehr unterstützt und für gut befunden; das haben Sie in

anderen Reden auch ähnlich gemacht -, dass Deutschland auch Verantwortung für den Bombenabwurf übernimmt. Was meinen Sie damit - und was schließt dies alles ein -, mit dieser Verantwortungsübernahme?

(Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Ich habe die Frage nicht verstanden!)

- Akustisch nicht verstanden?

(Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Ja!)

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, Sie befassen sich gerade mit den Entschädigungen? Oder wie meinen Sie das?

Rainer Arnold (SPD): Wenn Sie der Meinung sind, dass dies Entschädigungszahlungen einschließt, können wir darüber reden. Sicher.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, sagen Sie mal, worüber Sie mit mir reden wollen.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Rainer Arnold (SPD): Ich bin ja nicht da, um befragt zu werden, Frau Bundeskanzlerin, sondern ich bin in der bequemen Rolle, Fragen stellen zu dürfen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Bloß, Sie sagen doch, wenn ich sage - - Wenn Sie wollen, dass wir darüber reden, dann können wir darüber reden. Ich will nicht, dass wir darüber reden. Sie haben das Wort „Verantwortung“ gebraucht, und ich möchte jetzt wissen, was Sie unter Verantwortung im Einzelnen verstehen, damit ich Ihre Frage beantworten kann.

Rainer Arnold (SPD): Schließt das Entschädigungszahlungen ein, die Verantwortungsübernahme?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das ist eine Facette sicherlich dessen, dass man gesagt hat - - Aber das ist natürlich nicht die gesamte Verantwortung.

Rainer Arnold (SPD): Sie haben am 1. Dezember, nach dieser Pressemeldung, auch einen Auftrag ins Haus gegeben, um Sie zu informieren, was in vergleichbaren Fällen an Entschädigungszahlungen geleistet wurde. Wie waren die Ergebnisse dazu?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das kann ich jetzt - -

(Abg. Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU) meldet sich zur Geschäftsordnung)

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Kauder.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Ich bin der Meinung, dass das nicht Gegenstand des Untersuchungsauftrages ist. Wenn Sie anderer Meinung sind, sollten Sie mir das belegen. Wir können es auch gerne in einer Beratungssitzung vertiefen. Die Frage von Entschädigungszahlungen ist nicht Gegenstand des Untersuchungsausschusses.

Rainer Arnold (SPD): Also, unabhängig davon, dass die Bundeskanzlerin zunächst mal die Möglichkeit hat, zu sagen, ob sie auf solche Fragen antworten will oder nicht, aber wenn die Bundeskanzlerin selbst in ihrer Einleitung hier auch von der Verantwortung - -

(Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Wir sind jetzt in einer Beratungssitzung! Das lasse ich nicht zu! Dann müssen wir unterbrechen! - Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hier können Sie auch nichts zulassen! Das ist nicht der Rechtsausschuss!)

- Herr Kauder, Sie haben im Augenblick nicht das Wort. Die Vorsitzende hat es mir erteilt. Da bitte ich wirklich darum, die Spielregeln einzuhalten. Mir wurde eine Frage gestellt, und die würde ich gerne beantworten. Wenn Sie meinen, wir müssen unterbrechen, würden wir das sehr bedauern, weil wir glauben, man kann das so regeln.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ich glaube auch, dass wir das so regeln können, Herr Kollege Kauder. Ich denke, dass die Frage mit dem - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Die Sache ist doch - vielleicht kann ich eine vermittelnde Bemerkung machen -:

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Ich habe darüber gesprochen, weil ich versucht habe, auf all die Dokumente einzu-

gehen, die Ihnen zugegangen sind. Und dennoch ist es doch wahrscheinlich mit dem Untersuchungsgegenstand trotzdem relativ klar, was der Kollege Kauder sagt. Und deshalb sage ich noch mal: Wir können ja vielleicht noch auf andere Facetten der Verantwortung kommen, wenn Sie noch andere meinten.

Rainer Arnold (SPD): Nein, ich würde schon gerne bei dieser Facette bleiben. Die gehört im Übrigen auch zu „lesson learned“. Wie arbeitet man denn solche Ereignisse auf? Das ist exakt unser Untersuchungsauftrag. Und Sie haben ja dann nach Ihrer Anfrage auch die Information erhalten, dass in vergleichbaren Fällen zwischen 20 000 und 33 000 Dollar Entschädigung bezahlt wurde. Nun ist man zu einer Zahlung gekommen, bezeichnet dies aber nicht als Entschädigungszahlung, sondern letztlich nur als ohne Ansprüche begründete humanitäre Leistung, und sie beträgt pro Familie 3 800 Euro in diesem Fall. Und die Kluft ist schon so groß, dass ich Sie fragen möchte, ob das die Verantwortung ist, von der Sie ja öffentlich gesprochen haben, die wir übernehmen wollen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe in meiner Einführung gesagt, dass, egal wie wir es jetzt nennen, der Umgang des menschlichen Lebens mit Geldleistungen immer in einem erheblichen Missverhältnis steht. Das ist nicht nur in diesem Falle so. Ich glaube trotzdem, dass, soweit ich informiert bin, jedenfalls dieses auch von - - Sagen wir es mal so: Unser Ansinnen mit unserem Einsatz dort, auch eine hohe Akzeptanz bei der afghanischen Bevölkerung zu bekommen - - In diesem Zusammenhang ist auch über solche Fragen gesprochen worden und, wenn ich recht informiert bin, da auch von afghanischer Seite immerhin gesprochen worden. Und insoweit, glaube ich, ist das ein Versuch in einer gewissen Weise, auch diesem Auftrag und dem Ansinnen, in gutem Einvernehmen mit der afghanischen Bevölkerung den Auftrag auszuführen - - das auch durchzuführen.

Rainer Arnold (SPD): Nachdem Sie diese Verantwortungsübernahme angesagt haben, haben Sie sich dann in das Prozedere, das zu dieser Zahlung von 3 800 Euro geführt hat, selbst mit einbezogen und nachgehakt?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Rainer Arnold (SPD): Lief an Ihnen vorbei?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das lief nicht an mir vorbei, sondern das lief in der Verantwortung des Bundesverteidigungsministers, und ich glaube, der hat das gut gemacht und richtig gemacht.

Rainer Arnold (SPD): Sie sind der Meinung, das entspricht dieser Verantwortung, wenn er es gut gemeint gemacht hat?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich glaube, dass der Bundesverteidigungsminister in seiner Ressortverantwortung das Notwendige getan hat. Ja.

Rainer Arnold (SPD): Okay. Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Keine weiteren Fragen mehr? - Doch. Kollege Körper.

Fritz Rudolf Körper (SPD): Frau Dr. Merkel, ich habe noch an einer Stelle eine Frage, was den Entlassungsvorgang von Herrn Dr. Wichert und Herrn Generalinspekteur Schneiderhan anbelangt. Sie sind ja da verpflichtet, vonseiten des Bundeskanzleramtes die Geschäftsordnung der Bundesregierung einzuhalten, den § 19, der Sie ja zur Stellungnahme verpflichtet. Haben Sie das in diesem Falle so gemacht, wie es die Geschäftsordnung vorgesehen hat?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, da ich ja keine Juristin bin, bin ich auf die bewährte gute Zuarbeit meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen, und ich habe keinen Anlass, daran zu zweifeln, dass die gut war.

Fritz Rudolf Körper (SPD): Waren Sie der Auffassung, dass dieser § 19 der Geschäftsordnung der Bundesregierung mit dem Telefonat erfüllt war, das Sie mit dem Bundesverteidigungsminister führten?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich war der Meinung, dass in der Kombination aus dem Schriftwechsel, den ich mit dem Bundesverteidigungsminister hatte, und dem Telefonat die Voraussetzungen erfüllt waren. Ja. Und

mein Haus war auch der Meinung, was für mich noch wichtiger in diesem Zusammenhang ist.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Körper

Fritz Rudolf Körper (SPD): Ich habe nachher noch eine Frage. Aber okay.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Dann frage ich die FDP. - Keine weiteren Fragen mehr. Die Linken? - Bitte schön, Herr Kollege Schäfer.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Frau Bundeskanzlerin, ich muss an der einen Stelle doch noch mal hartnäckig bleiben - Sie werden es mir nachsehen -, weil Ihr Anspruch in der Regierungserklärung vom 08.09. ja allseits Anerkennung gefunden hat, dass man lückenlose Aufklärung wolle und die Dinge offen auf den Tisch legen wolle. Und das muss sich ja in irgendwelchen Dokumenten konkretisieren. Das kann ja nicht nur ein Anspruch bleiben, sondern das muss sich ja in irgendwelchen Dokumenten konkretisieren. Nun haben wir die Situation gehabt: COMISAF-Bericht bleibt unter Verschluss. Wir haben nur zwei Dokumente: das Statement des Generalinspektors Schneiderhan und das Statement des Bundesministers der Verteidigung zu Guttenberg. Ist das richtig, dass also sozusagen der von Ihnen formulierte Anspruch der lückenlosen Aufklärung sich verdichtet und konkretisiert in diesen beiden Bewertungen des COMISAF-Berichts?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wir sind schon in der Ausgangsanalyse unterschiedlicher Meinung, nämlich dass die Aufklärung nur das ist, was der Öffentlichkeit zugänglich ist. Mein Ausgangspunkt ist: Wenn es sich um die Aufklärung in einem militärischen, also in einem sensiblen Bereich, wo es auch um den Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten geht, um den Schutz von anderen Soldaten geht - - dass dann für mich jedenfalls evident ist, dass dies nicht in der vollen Öffentlichkeit sein kann, da wir ja auch wissen, dass diejenigen, die es nicht ganz so gut mit uns meinen - und das sind ja die Taliban in Afghanistan -, sehr genau verfolgen, was wir sozusagen hier veröffentlichen und

nicht veröffentlichen. Und an deren Erkenntnisgewinn bin ich nicht interessiert.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Aber trotzdem - noch mal gefragt -: Diese beiden Dokumente, die also zugänglich waren, weil Pressestatements: Darin sehen Sie also Ihren Anspruch verwirklicht, die Öffentlichkeit zu informieren über die Vorgänge, und zwar abschließend?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wenn außer diesen beiden Dokumenten nirgends eine schriftliche Zeile zu finden wäre, dann würde ich den Anspruch natürlich nicht für erfüllt sehen.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Welche anderen Zeilen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Sie haben verschiedentlich eingestufte umfassende Dokumente, die den Hergang aus meiner Sicht jedenfalls für die, die den nachlesen können, ausreichend und umfassend und nachvollziehbar bewerten.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Ja, es gab in der Zwischenzeit, also zwischen Ihrer Regierungserklärung und dem Statement Herrn zu Guttenbergs, eine Reihe von Dokumenten, die veröffentlicht worden sind, die also der Öffentlichkeit zugänglich waren: die UNAMA-Opferliste und den Untersuchungsbericht der afghanischen Regierung. Da gab es aber seitens Ihrer Regierung immer die klare Ansage: Wir kommentieren das nicht, weil wir alles auf den COMISAF-Bericht setzen und darauf warten, bis der kommt.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, so war es.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): So war es. Gut.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wir haben ja deshalb die anderen Berichte nicht einfach nicht zur Kenntnis genommen. Ich glaube im Übrigen, dass die Untersuchungskommission der ISAF die anderen Berichte auch nicht zusagen ignoriert hat.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Sie haben erwähnt von der - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich will aber vielleicht an einem Beispiel Ihnen auch noch einmal sagen: Der Bericht des Gouverneurs von Kunduz samt sechs anderen Autoritäten der Region konnte ja nun auch nicht einfach eins zu null oder zu hundert genommen werden und gesagt werden: Das stimmt alles. - Also, man musste hier schon eine umfassende - - eine Stelle haben, an der die verschiedenen Eindrücke eingingen. Wenn ich mir den Bericht des Kommandeurs von Kunduz zu eigen gemacht hätte, wäre ich zu einer ganz anderen Schlussfolgerung gekommen. Das habe ich aber auch nicht getan. Also, mein Vertrauen liegt in der Aufklärungskommission dieses COMISAF. Ja.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Die Fachleute in Ihrem Hause haben ja - Sie haben davon gesprochen - eine Bewertung gemacht, eine interne Bewertung. Ist denn diese Bewertung zu einem abschließenden Urteil gekommen, was die Frage „militärisch angemessen oder nicht angemessen“ betrifft?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Die Fachleute haben eben gerade keine Bewertung gemacht, sondern die Fachleute haben gesagt - wenn ich es jetzt mal aus meiner Erinnerung zitiere -: Ob der Einsatz militärisch angemessen ist oder nicht, hängt von der Betrachtung ab, in welche Lage man sich versetzt, entweder aus der Perspektive des Oberst Klein oder aber aus der Perspektive der Regelverstöße. - Das ist die Bewertung, die gemacht wurde.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Sie haben gesagt, Sie haben den COMISAF-Bericht gelesen. Welche Perspektive nimmt der ein? Es geht jetzt nicht um Details. Nur, wenn Sie sagen: Es gibt diese zwei grundsätzlichen Perspektiven. - Ich nehme das mal auf.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wenn ich recht informiert bin, ist der COMISAF-Bericht nicht bezüglich einer Bewertung gemacht worden, sondern ist der COMISAF-Bericht bezüglich der Aufklärung der Fakten gemacht worden. Deshalb musste ja auch der Generalinspekteur und anschließend der Bundesverteidigungsminister die Bewertung vornehmen, weil der COMISAF-Bericht ausdrücklich keine Bewertung hat.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Und die Aussagen, die da gemacht wurden von Herrn Schneiderhan und Herrn zu Guttenberg, sind Ihrer Meinung nach deckungsgleich mit den Feststellungen des COMISAF-Berichts?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Da im COMISAF-Bericht die Bewertung nicht gemacht wurde und wiederum Herr Schneiderhan und Herr zu Guttenberg in der Erstbewertung nicht von den Details des COMISAF-Berichts gesprochen haben, können die beiden nicht deckungsgleich sein.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Also, der COMISAF-Bericht enthält Ihrer Meinung nach keine Aussagen, ob der Luftschlag hätte stattfinden sollen oder nicht?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nach meiner Erinnerung enthält der COMISAF-Bericht Faktenanalysen und Darstellungen dessen, was stattgefunden hat, und Einzelbewertungen über Regeleinhaltung oder nicht, aber keine Gesamtbewertung. Sonst hätte auch keine weitere gemacht werden müssen, oder wir würden uns hier dauernd über den Unterschied der Bewertung der NATO und des Generalinspektors unterhalten.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Am 05.11. hat ja das Internationale Rote Kreuz seinen Bericht vorgelegt. Der ist natürlich vertraulich; das ist ganz klar. So arbeitet das Internationale Rote Kreuz und hat aber gerade deshalb ein hohes Ansehen; das ist auch korrekt so. Es hat auch deshalb ein hohes Ansehen, weil sie ja sehr gewissenhaft Dinge ermitteln und prüfen. Haben Sie diesen Bericht zur Kenntnis gekriegt? Haben Sie ihn gelesen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe ihn nicht gelesen. Ich habe von ihm gehört. Also, mir ist bekannt, dass es diesen Bericht gibt. Aber im Einzelnen habe ich ihn nicht gelesen.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Wissen Sie, ob Ihre maßgeblichen Berater diesen Bericht zur Kenntnis hatten und studiert haben?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Selbstverständlich haben sie ihn gelesen. Also der IKRK-Bericht kam - kann ich Ihnen sagen - -

(Die Zeugin blättert in ihren Unterlagen)

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): 05.11.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Bei mir steht 06.11., BMVg. Wir haben ihn bekommen am 16.12.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): 12.?

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Schäfer, Ihre Fragezeit ist zu Ende.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Das ist aber schade.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ich gebe jetzt Bündnis 90/Die Grünen das Wort. Frau Kollegin Malczak.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön, Frau Vorsitzende. - Frau Bundeskanzlerin, habe ich das richtig verstanden, dass zwischen dem Eingang des Berichts des Internationalen Roten Kreuzes im Bundesverteidigungsministerium und im Bundeskanzleramt ein Monat gelegen hat?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Der Bericht ist später erst eingegangen im Bundeskanzleramt. Ja. Aber daraus - -

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurde der angefordert, oder ist der sozusagen aus - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Kann ich jetzt nicht sagen, ob er angefordert wurde.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hätten Sie den Bericht nicht eigentlich früher auch für die weitere Bewertung gebraucht?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich glaube, dass die Gesamtbewertung, die uns aus dem Verteidigungsministerium - wir arbeiten ja nun auch zusammen - gegeben wurde, und das, was bei COMISAF war, ausgereicht hat für das, was das Kanzleramt brauchte. Also,

ich sehe da keine böse Attacke oder Ähnliches.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde gerne noch mal beim BND nachfragen, weil Herr Kollege Brand vorhin für uns festgestellt hat, dass wir sozusagen die Frage der Rolle des BND hier geklärt hätten, was ich doch etwas anders sehe. Es würde mich erst mal interessieren: Wer hat denn in Ihrem Haus sozusagen da nachgehakt, ob der BND beteiligt war?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Der Chef des Bundeskanzleramtes ist verantwortlich für den BND, und der wiederum hat einen Abteilungsleiter der Abteilung 6, und der wiederum hat seine Mitarbeiter. Und welcher der Mitarbeiter jetzt den BND gefragt hat -- Ich vermute, dass der Abteilungsleiter 6 sich an den Chef des BND oder eine Stelle des BND gewandt hat.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und ich habe Sie vorhin richtig verstanden, dass Ihrer Kenntnis nach der BND nicht beteiligt war an dem Luftschiß?

(Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Die Frage ist doch schon beantwortet!)

Zeugin Dr. Angela Merkel: Haben Sie.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie das vielleicht noch mal konkretisieren, was Sie jetzt mit „beteiligt“ meinen?

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Zeugin Dr. Angela Merkel: Die Frage war, wenn ich das richtig sehe, ob der BND an dem Luftschiß beteiligt war, und diese Frage ist mit Nein beantwortet worden.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde das gerne konkretisieren, weil „beteiligt“ kann ja durchaus viele Formen umfassen. Es gibt ja auch diese Erstinformation. Deshalb würde mich schon diese konkrete Auslegung von „beteiligt“ interessieren.

(Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Nicht beteiligt!)

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Frau Kollegin Malczak, die Frau Bundeskanzlerin soll jetzt eine Nichtbeteiligung konkretisieren, wenn ich Sie recht verstanden habe? Eine Nichtbeteiligung? Denn die Frau Bundeskanzlerin hat ja davon gesprochen, dass der BND nicht beteiligt war.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich habe gesagt: Die Frage, die an den BND gestellt wurde und die doch hier offensichtlich von Interesse war, war die Frage, ob der BND an dem Luftschiß und seiner Ausübung beteiligt war. Diese Frage ist nach Auskunft des BND, weitergeleitet durch das Kanzleramt, mit Nein beantwortet. Jetzt haben Sie von Erstmeldungen und sonstigem gesprochen. Da sage ich: Der BND gibt zu allen Einsatzgebieten, die die Bundeswehr hat, Tagesmeldungen, Morgenmeldungen - ich weiß nicht, ob er noch Mittagsmeldungen macht; das kann ich nicht sagen -, Wochenzusammenfassungen und Ähnliches. Das ist die Routinezusammenarbeit des BND für die Sicherheit unserer Soldatinnen und Soldaten in allen Einsatzgebieten. Das ist ein ganz normaler Vorgang.

Das, was doch von Interesse gewesen wäre - wenn es gewesen wäre -, wäre, ob es eine Beteiligung an dem eigentlichen Luftschiß gibt, und die Frage habe ich jetzt mehrfach und in sich konsistent immer wieder mit Nein beantwortet.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hätte noch eine Nachfrage zur Frage der zivilen Opfer, weil ich bin mir jetzt nicht sicher, ob ich Ihre Ausführungen richtig verstanden habe. Gibt es denn jetzt eine Gewissheit, dass es zivile Opfer gab?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nach allen mir vorliegenden Dokumenten gibt es diese Gewissheit nicht. Aber ich gehe trotzdem, wenn ich eine politische Bewertung vorzunehmen habe, davon aus, dass wir davon ausgehen müssen, dass es zivile Opfer gab. Aber ich kenne kein Dokument, das von einer Gewissheit spricht.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn eine Gewissheit, ob es minderjährige Opfer des Luftschißes gab?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wenn ich keine Gesamtgewissheit habe, kann ich auch über bestimmte Altersgruppen keine Gewissheit haben.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Frau Kollegin Keul.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Ich habe jetzt noch mal ein paar Fragen zu dem Komplex der Aufklärung im Nachhinein. Es ist ja bekannt aus dem Vorfall, den es schon mal in Afghanistan gegeben hat, wo zivile Opfer - eine Frau und ihre zwei Kinder - ums Leben gekommen sind: Da ist Verteidigungsminister Jung hingefahren, hat Präsenz gezeigt, hat sich entschuldigt, und das ist auch sehr gut angekommen bei der afghanischen Bevölkerung. Hat es im September, als es sich verdichtete, dass auch in Kunduz zivile Opfer waren, Überlegungen gegeben, einen Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland vor Ort zu schicken und mit den Opfern Kontakt aufzunehmen oder mit den Dorfältesten zu sprechen, um sozusagen das Ziel, Sympathien auch für die Deutschen dort nicht zu verschwenden - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich kann das jetzt nicht im Einzelnen beantworten, aber es war nicht der Bundesverteidigungsminister jetzt genau da. Aber es war zum Beispiel der Generalinspekteur dann zu einer Reise in der Region, und es gab vielerlei Gespräche mit afghanischen Verantwortlichen und auch immer wieder Kontakte. Ich kann jetzt aber nicht sagen, wer genau dort vor Ort war.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann war denn der Generalinspekteur vor Ort? Können Sie sich da noch erinnern?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber meinen Sie denn nicht, wenn das der schwerste Vorfall war, den es je gegeben hat, dass es dann angemessen gewesen wäre, jemand Höherrangigen vor Ort zu schicken, möglicherweise in diesem Falle sogar Sie selbst persönlich? Haben Sie darüber mal nachgedacht?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich war jedenfalls - - Nein, darüber habe ich, ehrlich gesagt, nicht nachgedacht, sondern ich habe darüber nachgedacht, wie wir die Sache vernünftig aufklären. Und ich glaube, dass, bevor der COMISAF-Bericht vorlag, es auch sehr schwer war, jetzt einfach irgendwohin zu gehen, hatte aber auch den Eindruck, dass viele deutsche Vertreter das auf ihre Art getan haben.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Welche deutschen Vertreter haben das getan?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe Ihnen eben schon gesagt, dass ich die Namen nicht nennen kann. Es waren immer wieder Kontakte zum Provinzgouverneur und anderen.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja dann am 11. Dezember, sagen Sie, auch das erste Mal die Entschädigungsfrage angesprochen. Warum hat es denn dann noch mal bis Mai 2010 gedauert, bis erstmals Vertreter der Bundesregierung vor Ort sich auch mit der Frage der Individualisierung der Opfer auseinandergesetzt haben?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Die Frage kann ich Ihnen nicht beantworten, warum es wie lange gedauert hat. Ich habe, wie gesagt, meine Fragen an diese eine Vorlage geschrieben. Die sind mir dann auch beantwortet worden.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War Ihnen denn bewusst, dass für die afghanische Bevölkerung mehr als jede Entschädigungszahlung eine Entschuldigung der Bundesrepublik eine hohe Bedeutung gehabt hätte?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, ich glaube, dass ich in meiner Regierungserklärung auch nicht ohne Bedacht nicht nur gegenüber dem Hohen Hause, wie ich es gesagt habe, geantwortet habe, sondern auch gegenüber dem afghanischen Volk. Und das habe ich mir sehr gut überlegt.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es ist bis Mai 2010 - das ist richtig -

keiner Vor Ort gewesen, um dort mit den betroffenen Opfern zu sprechen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das ist Ihre Behauptung jetzt.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das frage ich Sie. War jemand da? Vielleicht können Sie mir das ja beantworten.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wir drehen uns jetzt ein kleines bisschen im Kreis.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Frau Kollegin Keul, das haben Sie jetzt schon wiederholt gefragt.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, es war keiner da. Gut.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, das habe ich nicht gesagt. Entschuldigung, Ihre Schlussfolgerung ist absolut falsch. Ich kann Ihnen die Namen und Personen nicht sagen. Ich bin sogar sehr fest davon überzeugt, dass sowohl mit dem Gouverneur als auch mit anderen in der Region gesprochen wurde. Ich kann Ihnen nur die detaillierte Aufstellung jetzt nicht sagen, wer wann genau bei wem war. Es ist ja schon nach dem afghanischen Bericht von dem Gouverneur in Kunduz darüber gesprochen worden.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ich frage: Wird eine weitere Fragerunde gewünscht? - CDU? - Nein. - Dann Herr Kollege Körper von der SPD.

Fritz Rudolf Körper (SPD): Frau Dr. Merkel, ich will Sie noch mal, bezogen auf die Personalentscheidungen und deren Begründung, etwas fragen. Der Verteidigungsminister hat am 26.11. - - Den Hinweis will ich auch noch geben: Am 25.11. haben Sie mit ihm telefoniert über diese beiden Personalentscheidungen, nämlich im Hinblick auf Herrn Generalinspekteur Schneiderhan und Herrn Staatssekretär Dr. Wichert. Ihnen wurde die Begründung mitgegeben, dass das vorhandene Vertrauen nicht mehr gegeben sei.

Jetzt führt aber der Verteidigungsminister in besagter Sitzung des Deutschen Bundestages am 26.11.2009 aus - ich zitiere aus dem Protokoll -:

... ich will gerne Stellung nehmen zu dem geheimen Untersuchungsbericht, über den die *Bild*-Zeitung heute berichtet. Dieser Bericht war mir zum Zeitpunkt meiner Erklärung zu dem Bericht des ISAF-Kommandeurs nicht bekannt. Ich habe ihn jetzt zum ersten Mal vorgelegt bekommen.

Dieser Bericht wurde - wie andere Berichte und Meldungen aus der letzten Legislaturperiode - nicht vorgelegt. Hierfür wurde an maßgeblicher Stelle Verantwortung übernommen, und die personellen Konsequenzen sind erfolgt.

Also, die Personalentscheidungen werden als entschieden dargestellt. Meine Frage: Hat Sie diese Begründung überrascht? War die Ihnen bekannt? Befand die sich im Widerspruch zu den Inhalten Ihres Telefonates am Tag zuvor mit dem Bundesverteidigungsminister zu diesen Personalentscheidungen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wann war die Äußerung? An welchem Tag? Am 26. November?

Fritz Rudolf Körper (SPD): Am 26. Ich glaube sogar, morgens um 9 Uhr, zu Beginn - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Deshalb haben wir uns ja schon darüber unterhalten, ob wir eine Differenz von einigen Stunden haben. Ich kann nicht bezeugen, dass die Vorlage vom 26. November um 9 Uhr bereits bei mir im Büro lag.

Fritz Rudolf Körper (SPD): Ja, Frau Dr. Merkel, das hatte ich nicht gefragt, ob Ihnen die Vorlage schon vorgelegen hat, sondern ob Sie beispielsweise diese Begründung für die personellen Konsequenzen überrascht hat. Denn wenn ich Sie richtig verstanden habe, hat das in Ihrem Telefonat mit dem Bundesverteidigungsminister am Tag zuvor keine Rolle gespielt.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Was war jetzt genau die Begründung in dem Satz?

Fritz Rudolf Körper (SPD):

Dieser Bericht wurde - wie andere Berichte

- so sagt es der Verteidigungsminister in der Plenarsitzung -

und Meldungen aus der letzten Legislaturperiode - nicht vorgelegt. Hierfür wurde an maßgeblicher Stelle Verantwortung übernommen, und die personellen Konsequenzen sind erfolgt.

Das heißt also, die Nichtvorlage ist die Begründung für die personellen Konsequenzen, die am Tag zuvor mit Ihnen besprochen worden sind?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Diese personellen Konsequenzen sind mit mir in einer allgemeineren, diese spezielle Form nicht ausschließenden Form besprochen worden, nämlich mit der Frage des Vertrauens.

Fritz Rudolf Körper (SPD): Darf ich Sie mal fragen - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich habe mich - Sie haben sich mit Ihrer Frage ja nach meiner emotionalen Befindlichkeit erkundigt, ob ich mich gewundert habe - nicht gewundert, weil sich sozusagen die Äußerungen in dem Telefonat nicht im Widerspruch zu der Spezifizierung in der öffentlichen Äußerung bewegt haben.

Fritz Rudolf Körper (SPD): Darf ich Sie mal fragen: Wann wurde Ihnen dann die Stellungnahme im Hinblick auf den § 19 Geschäftsordnung der Bundesregierung an diesem besagten Tag, 26.11., vorgelegt, und welchen Inhaltes war diese Vorlage, nämlich in Bezug auf die Stellungnahme dieser Personalentscheidungen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Es geht doch nur darum - -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Frau Bundeskanzlerin, Moment! - Herr Birkenheier, bitte.

MDg Ulrich Birkenheier (BMVg): Hier wird ja nach Inhalten einer Personalsache gefragt. Das können wir in einer öffentlichen Sitzung mit Sicherheit nicht erörtern. Und im Übrigen frage ich mich - und das wäre die Anfrage an die Abgeordneten -, ob diese Details der Entlassung wirklich zum Untersuchungsgegenstand gehören.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, wenn ich das vielleicht noch mal auf meine Art machen kann: Die Zentralabteilung des Bundeskanzleramtes bewertet doch den eingehenden Schriftverkehr dahin gehend, ob das entsprechend des Bundesbeamtengesetzes richtig ist. Und die Vorlage enthält weiter nichts, als dass gesagt wird: Die Argumentation entspricht der des Bundesbeamtengesetzes. - Und wenn ich diese Bewertung sehe, dann zeichne ich das ab.

Fritz Rudolf Körper (SPD): Da ich das Bundesbeamtengesetz auch ein bisschen kenne und weiß, wie das begründet werden muss, um das durchzuführen, weiß ich es. Nur, es gibt dann einen Widerspruch zu der Begründung des Verteidigungsministers, der an diesem Tag gesagt hat, ihm ist etwas vorenthalten worden, und damit die personellen Konsequenzen begründet. Das entspricht nicht dem formalen Vorgang und der rechtlichen Situation.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, schauen Sie, aber das eine war doch eine Rede im Deutschen Bundestag, und die ist ja auch nicht von der Zentralabteilung des Kanzleramtes bewertet worden, sondern das, was mir der Bundesminister schriftlich zugesandt hat, ist von der Zentralabteilung des Bundeskanzleramtes bewertet worden und hat von deren sachkundiger Bewertung und Kenntnis des Bundesbeamtengesetzes die Wertung bekommen: Auf dieser Grundlage kann die Entlassung erfolgen.

Fritz Rudolf Körper (SPD): Frau Dr. Merkel, wann wurde von Ihnen, vom Bundeskanzleramt, der Feldjägerbericht angefordert?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Er wurde angefordert an dem Tag, als mich der Bundesverteidigungsminister - es war wohl der 25.11. - angerufen hat; das habe ich mit 16.20 Uhr etwa datiert.

Fritz Rudolf Körper (SPD): Weil die Weihnachtsbäume um 16.30 Uhr kamen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Genauso. Und um 17.35 Uhr - Faxkennzeichnung -: Eingang im Ministerbüro. Feldjägerbericht.

Fritz Rudolf Körper (SPD): Ich will ja nicht nach Ihrer Befindlichkeit fragen oder zu Ihrer emotionalen Haltung. Aber was war der Grund, was waren die Fakten, dass Sie diesen Feldjägerbericht noch mal angefordert haben?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe ihn nicht „noch mal“ angefordert, sondern den gab es nicht.

Fritz Rudolf Körper (SPD): Angefordert. Entschuldigung.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich war neugierig. Also, ich hatte gehört, dass da was ist, und das wollte ich halt sehen.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der SPD)

Fritz Rudolf Körper (SPD): Nachdem Sie den gesehen haben, war denn da Ihre Neugierde befriedigt?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nachdem ich ihn gesehen habe, war sie befriedigt. Ja.

Fritz Rudolf Körper (SPD): Ja?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe also nicht nur gesehen, sondern auch gelesen. Ja.

Fritz Rudolf Körper (SPD): Sie haben den dann gelesen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: So umfangreich ist er ja nicht.

Fritz Rudolf Körper (SPD): Und welchen zusätzlichen Kenntniserwerb hatten Sie denn aufgrund der freudigen Lektüre dieses Feldjägerberichtes an dem besagten 25.11.? Ich glaube, es war 19 Uhr oder so was.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Was war 19 Uhr?

Fritz Rudolf Körper (SPD): Haben Sie ihn gelesen. Sie haben gesagt, er wäre am - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: 17.35 Uhr ist er eingegangen. Und jetzt komme ich wieder zu einem Punkt: Ich hatte vor, Ihnen noch vorzulesen, dass ich ihn an dem Tag nicht

mehr in Gänze lesen konnte, weil ich mich nach Meseberg ins Gästehaus begeben habe, konnte vielleicht nur eine oder zwei Seiten zur Kenntnis nehmen - dann war der spanische Ministerpräsident da; ich dachte, ich verlängere meine Einführung nicht, aber jetzt kommt es doch noch zum Tragen - und habe dann am 26. weiter gelesen und habe mir dann auch über die Neuigkeiten überhaupt erst ein Urteil bilden können, nachdem ich dann auch noch den COMISAF-Bericht gelesen habe.

(Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Die *Bild*-Zeitung!)

Fritz Rudolf Körper (SPD): Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Hat die SPD keine weiteren Fragen mehr? - Gut. Dann frage ich die FDP. - Nein. Dann Die Linke.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Frau Dr. Merkel, ich insistiere noch mal auf dem Rotkreuzbericht, weil ich den für ein Dokument von größter Wichtigkeit halte, übrigens völlig im Einklang mit Herrn zu Guttenberg, der das hier im Ausschuss ja auch so gesagt hat.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich halte das auch für ein Dokument der Wichtigkeit.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Sehr gut. - Wann haben Sie zum ersten Mal davon gehört, dass es den gibt? Können Sie sich daran erinnern?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das weiß ich nicht. Also, von dem war öfter die Rede. Also, das kann ich jetzt - - Also, ich glaube, dass ein solcher Rotkreuzbericht existiert hat - - Da ist, glaube ich, auch in der Presse öffentlich darüber gesprochen worden.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Entschuldigen Sie, wenn ich jetzt dazwischengefragt habe. - Und habe ich das richtig verstanden, dass Ihre Berater dazu auch eine Bewertung geschrieben haben oder Ihnen das zur Kenntnis gebracht haben?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, meine Berater haben dazu keine Bewertung geschrieben, sondern ich habe nur gesagt, dass die Bewertungen, die vorgenommen - -

Sie haben gefragt, ob meine Berater den inzwischen gelesen haben, und da gehe ich davon aus, dass diese Frage mit Ja zu beantworten ist.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Sie haben eben am Schluss gesagt - wenn ich das richtig sehe -: Am 6. Dezember ist er im Kanzleramt eingegangen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich glaube sogar am 16.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Das ist am Schluss ein bisschen untergegangen. Aber ich meine, Sie hätten gesagt: 6. Dezember.

(Die Zeugin blättert in ihren Unterlagen)

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, hier steht 16.12. Gemeinsam mit dem Bericht der Afghanistan-Kommission sind diese beiden Dokumente am 16.12. eingegangen.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Wie war das? Entschuldigung, ich habe es akustisch - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: 16.12. gemeinsam. Da gab es noch einen Bericht Afghanistan-Kommission.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Ja, das deckt sich mit Unterlagen, die wir auch haben, aus Ihrem Hause, dass es zumindest zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht vorlag.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

- Nein, das ist ja interessant, dass es nicht vorlag.

Ich sage das deshalb: Herr zu Guttenberg hat ja hier davon gesprochen, dass er ihn gesehen hat, und zwar am 06.11.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Da war er auch eingegangen. Ja.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Ja. Der ist sozusagen beim Bundesministerium der Verteidigung - wahrscheinlich weil man nachgefragt hat - am 06.11. eingegangen, aber im Kanzleramt am 16.12. Haben Sie dafür eine Erklärung?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, ich habe doch gesagt, dass das Kanzleramt diesen Bericht offensichtlich nicht direkt angefordert hat. Aber das heißt doch nicht, dass dieser Bericht nicht wichtig ist. Schauen Sie, wir haben viele, viele Ressorts. Wir haben viele, viele Berichte. Das Kanzleramt beschäftigt sich mit dem, was jetzt für die Meinungsbildung relevant ist. Und dann hat man am 16.12. diesen Bericht angefordert. Aber das heißt auch nicht, dass die Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums dem Kanzleramt notwendige Informationen nicht gegeben haben. Und das Allerwichtigste ist doch, dass diese Informationen, soweit sie uns zugänglich waren, nicht geheim gehalten wurden bei der Untersuchungskommission, die dann auch bei COMISAF war.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Es ist bei solchen Vorgängen ja nicht unüblich - wenn das Internationale Rote Kreuz solche kritischen Berichte schreibt, die also sozusagen vertraulich gehandhabt werden -, dass es dort einen Dialog gibt, eine Auseinandersetzung zwischen den jeweiligen Regierungen und dem Internationalen Roten Kreuz. Wissen Sie, ob, nachdem es zu Kunduz diese Vorlage gegeben hat, es Kontakte gegeben hat, Gespräche gegeben hat zwischen dem Internationalen Komitee und der Bundesregierung, oder hat es nicht stattgefunden?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das weiß ich nicht. Das muss das Verteidigungsministerium beantworten.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Das Verteidigungsministerium?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Weil der am 06.11. im Verteidigungsministerium eingegangen ist. Ja.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Ja, wobei, wenn man diesen Bericht sieht, dann geht es ja vor allem auch um eine völkerrechtliche Einordnung, um die zivilen Opfer, weshalb also das sozusagen dann - -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Schäfer. Keine - -

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Ich zitiere nicht. Ich sage gar nichts. Herr Birken-

heier, Sie brauchen da überhaupt keine Angst zu haben.

Aber das ist doch irgendwo klar, liegt doch auf der Hand, dass das Rote Kreuz sich mit diesen Fragen beschäftigt hat und nicht mit den Fragen militärischer Operationsplanung. Also, insofern bin ich etwas erstaunt. Ich wollte es nur - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Aber Sie sind doch sicherlich nicht erstaunt, dass das Bundesverteidigungsministerium sich zusammen mit dem Außenministerium ab und an mit völkerrechtlichen Fragen beschäftigen muss. Das ganze humanitäre Völkerrecht ist doch eine eminente Frage im Zusammenhang mit militärischen Einsätzen.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Auch das ist richtig. Ja.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Ich komme jetzt noch mal - weil das jetzt etwas untergegangen ist - zu diesem Terminkalender und zu den Gesprächen, die ausweislich Ihres Kalenders am 30.11. geführt wurden mit Herrn Wilhelm, Herrn Heusgen, Herrn Vad. Und ausweislich des offenen Terminkalenders von Herrn zu Guttenberg hat im Anschluss an das Kabinett am 02.12. eine Rücksprache mit der Bundeskanzlerin und Bundesminister Westerwelle stattgefunden. Können Sie sich erinnern, was an diesen drei Terminen Gesprächsgegenstand war?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, es waren ja unterschiedliche Gesprächsgegenstände. Am 30. November ging es um die Frage, dass man noch mal aufarbeitet: Was muss bei der Regierungspressekonferenz erklärt werden, und sind im Lichte der neuen Berichte - das habe ich ja auch schon gesagt - meine bisherigen Stellungnahmen richtig, oder kommt irgendetwas als Neuinformation hinzu, was ich bislang nicht beachtet hatte?

In der Frage des 2. Dezember und dann des Gespräches mit Herrn Westerwelle, wo ich nicht mehr genau weiß, in welcher Form wir über die Neubewertung gesprochen haben, aber vor allen Dingen dann am Nachmittag nach der Vereidigung der Bundesfamilienministerin, da hat mir der Bundesverteidigungsminister das vorgetragen, was er am nächsten Tag dem Parlament gesagt hat.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Und das hat also auch sozusagen die Zustimmung des Kabinetts gefunden?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wie meinen Sie das? Das Kabinett hat sich als Ganzes nicht damit befasst. Was hat die Zustimmung des Kabinetts gefunden?

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Zu dieser Neubewertung.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Der Bundesverteidigungsminister hat die Neubewertung gegenüber dem Plenum des Deutschen Bundestages vorgenommen, und ich kenne kein Kabinettsmitglied, das dem widersprochen hat. Aber das Kabinett als solches hat die Bewertung nicht vorgenommen, sondern die hat der Bundesverteidigungsminister in seiner Ressortzuständigkeit vorgenommen. Und wie ich schon sagte, habe ich das für nachvollziehbar gehalten.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Okay. Ich würde gerne noch weitergeben an die Kollegin Buchholz.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Frau Kollegin Buchholz.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Als ich mich Anfang letzten Jahres in Kunduz mit einigen der Hinterbliebenen von Opfern getroffen habe und einigen Verletzten der Bombardierung, haben die mir gesagt, dass sich bisher kein offizieller Vertreter der Bundesregierung an sie gewandt hat und sich mit ihnen getroffen hat. Können Sie das noch mal vor dem Hintergrund, was Sie eben gesagt haben, kommentieren?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe nicht gesagt, dass mit jedem denkbaren Angehörigen von Opfern - da muss man ja auch noch mal fragen, welche Opfer das waren; das waren ja Beteiligte und Unbeteiligte oder wie immer man das nennt -, also dass mit jedem dort gesprochen wurde. Das habe ich nicht gesagt. Es ist die Frage gestellt worden, ob offiziell die Bundesregierung Kontakt zu den örtlichen Verantwortlichen gepflegt hat, aber nicht zu jedem einzelnen Opfer. Darüber kann ich nichts sagen, zumal ja die Zahl der Opfer gar nicht feststellbar ist, wie wir aus allen Berichten wissen. Also,

insofern wird auch keiner sagen können, ob überhaupt jeder schon gefunden oder kontaktiert wurde. Dazu kann ich keine Aussage machen.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Ich darf jetzt leider nicht nachfragen.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Jetzt hat Bündnis 90/Die Grünen, Frau Kollegin Keul, das Wort.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Ich will an der Stelle auch noch mal abschließend verhindern, dass wir uns irgendwie missverstanden haben sollten, um was es geht. Weil es ging mir natürlich nicht darum, ob Vertreter der Bundeswehr mit Gouverneuren oder Ähnlichen gesprochen haben, sondern mir ging es natürlich schon um die repräsentative Ebene der Bundesrepublik Deutschland. Und ich möchte zu diesem Punkt zwei, drei Sätze des Ministers Jung aus seiner Vernehmung zitieren, der beschrieben hat, wie er seinerzeit nach dem Vorfall dort in Afghanistan vor Ort war, als die junge Frau mit den Kindern ums Leben kam. Er sagte in seiner Vernehmung:

Ich habe dort, als ich vor Ort war, mit dem Stammesältesten, der einen Auftrag hatte für die Angehörigen, auch gesprochen. Ich habe mich entschuldigt, und ich habe gespürt, wie positiv das aufgenommen worden ist, bis zu dem Gespräch nachher mit Präsident Karzai, der hervorgehoben hat, dass dies ein Stück beispielhaft wäre, wie sich hier Deutschland verhalte; er würde sich wünschen, wenn der eine oder andere derjenigen, die ansonsten in Afghanistan sich engagieren, sich ebenfalls so verhalten würde.

Das ist die Ebene, über die ich sprach. Und meine Frage: Warum ist das zehn Monate lang oder sogar, wenn man von der Ministerebene spricht, bis heute nicht geschehen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, auch ich könnte davon berichten, dass ich Präsident Karzai in verschiedenen Fällen schon angerufen habe und mich für bestimmte Dinge dann auch entschuldigt oder darauf hingewiesen habe, dass es uns leid tut. In diesem Falle ist die Sache nicht ganz so einfach, glaube ich, weil die Unterscheidung

zwischen Beteiligten und Unbeteiligten - nach meiner Kenntnis jedenfalls - so einfach nicht vorgenommen werden kann. Und deshalb ist das eine andere Situation, als wenn durch deutsche Soldaten zum Beispiel erkennbare Zivilisten oder Familien, Frauen zu Tode gekommen sind, was natürlich unglaublich tragisch ist.

Damit sage ich nicht - damit das jetzt nicht gleich wieder umgedreht wird -: Wenn Zivilisten zu Schaden gekommen sind - - Aber hier die eindeutige Zuordnung zu machen, wer nun in welcher Funktion war, ist, glaube ich, in diesem Zusammenhang nicht ganz einfach.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da gebe ich Ihnen völlig recht. Aber zumindest nach den vorliegenden Berichten, könnte ich mir vorstellen, wäre es doch naheliegend gewesen, zumindest die betroffenen Dörfer - wir hatten drei, vier Dörfer, aus denen Zivilbevölkerung ja überhaupt nur kommen konnte - - dort die Vertreter, die Dorfältesten anzusprechen. Dann hätte man das Problem auf diese Art und Weise doch lösen können.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Gut. Ich kann oder ich - - Sie haben damit jetzt eine Vorstellung geäußert, die hätte gemacht werden können. Das muss jetzt so im Raume stehen bleiben, dass es auf der Ministerebene oder durch mich nicht geschehen ist.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Frau Kollegin Malczak.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Frau Bundeskanzlerin, Sie hatten ja gesagt, es gebe bis heute keine vollständige Gewissheit, dass es zivile Opfer gab. Auf welchem Anspruch werden dann individualisierte Entschädigungen geleistet?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich kann zu den Entschädigungen, wie sie geleistet wurden, überhaupt nichts sagen. Es wurde zuerst darauf hingewiesen, dass man das gar nicht Entschädigung nennen darf, sondern dass das ganz anders genannt wird. Das wird vielleicht genau mit dem Sinn Ihrer Frage zu tun haben.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja erwähnt, dass der COMISAF ja keine Bewertung, sondern nur Fakten enthielte. Aber der COMISAF stellt ja auch fest, dass es Verfahrensfehler gab. Waren Sie oder das Bundeskanzleramt in die Frage involviert, ob es eine weitere nationale Untersuchung geben sollte oder nicht?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe, wenn ich mich recht erinnere, vor einiger Zeit gesagt, dass, was die Frage von Rules of Engagement anbelangt, der COMISAF-Bericht sehr wohl sagt, ob etwas eingehalten wurde oder nicht eingehalten wurde. Dann habe ich hinzugefügt, dass es keine Gesamtbewertung gibt zu der Frage, ob militärisch angemessen oder nicht angemessen. Die ist hier vor Ort in Deutschland ausgeführt worden.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und genau dazu hätte ich noch eine letzte Frage. Und zwar weicht ja auch die erste Bewertung durch den Verteidigungsminister zu Guttenberg durchaus von der Bewertung des damaligen Generalinspektors Schneiderhan ab, indem zu Guttenberg ja darüber hinausgeht und sagt, es hätte zwangsläufig zu dem Luftschlag kommen müssen. Haben Sie zu dem Zeitpunkt, als diese Einschätzung geäußert wurde - es gab ja auch eine Auswertung des COMISAF-Berichts in Ihrem Hause -, diese Auffassung geteilt?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe sie zur Kenntnis genommen, diese Aussage des Verteidigungsministers. Er hat, so glaube ich, auch an verschiedener Stelle gesagt, dass es erstens eine von ihm selber getätigte Aussage war, und zweitens hat er durch seine Neubewertung dann deutlich gemacht, was die letzte Bewertung sozusagen ist.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Bundeskanzlerin.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Und was unser Haus anbelangt, habe ich ja mehrfach gesagt, dass wir keine eigene Bewertung gemacht haben - aber ich rufe es gerne noch mal in Erinnerung -, sondern dass gesagt wurde: Ob angemessen oder nicht angemessen, hängt davon ab, ob man die Per-

spektive des Oberst Klein oder aber die Perspektive der Regelverstöße stärker gewichtet.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann vielleicht doch noch eine allerletzte Nachfrage, weil die Frage sozusagen, es hätte zwangsläufig zu dem Luftschlag kommen müssen, ja keine Frage ist, die von der Rolle abhängt, die man in diesem Ermessensspielraum bei „militärisch angemessen“ anwenden kann. Also noch mal die Frage: Haben Sie diese Bewertung zu dem Zeitpunkt geteilt oder nicht?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich sage noch mal: Ich teile Ihre Bewertung, dass die Bewertung nicht abgedeckt ist von dem Spektrum, das ich genannt habe, schon nicht. Und außerdem habe ich schon mal gesagt, dass ich keine Bewertung vornehme. Also kann ich Ihnen diese Frage unter meinen Prämissen nicht beantworten.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: So, jetzt hat der Kollege Nouripour das Wort.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Frau Vorsitzende. - Frau Bundeskanzlerin, Sie haben die Frage gewiss schon beantwortet. Ich habe es nur nicht verstanden. Ich will noch mal fragen, was Ihr Beitrag war zu der von Ihnen versprochenen vollständigen Aufklärung.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Mein Beitrag war, dass ich als Bundeskanzlerin die Regierung so geführt habe, dass die Aufklärung stattgefunden hat.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen bekannt, dass die Bundesregierung dem Untersuchungsausschuss nicht alle eingeforderten Unterlagen hat zukommen lassen können? Und das „können“ habe ich jetzt nett gemeint.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich bin verantwortlich für das Kanzleramt, und da ist mir eine solche Beschwerde nicht zur Kenntnis gebracht worden. Und sonst hat sich bei mir auch keiner beschwert.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will noch mal zu der - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, welche Dokumente vermissen Sie denn?

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gibt Dokumente - - Ich weiß nicht, ob ich das hier sagen darf, Herr Birkenheier. Ich weiß nicht, ob diese Information verschlüsselt ist.

MDg Ulrich Birkenheier (BMVg): Wahrscheinlich dürfen Sie es nicht sagen. Aber ich finde, das ist schon eine Unterstellung.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das ist Ihre letzte Aussage gewesen, dass Sie das nicht können. Ich habe das „können“ ja extra jetzt dazu gesagt.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Also, Herr Kollege Nouripour, jetzt fragen Sie mal weiter.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage weiter. Ich will noch mal zu der Vorverurteilung zurückkommen.

MDg Ulrich Birkenheier (BMVg): Also, ich kann da schon was zu sagen. Sie meinen sicherlich die verschlüsselten Dateien, die aus dem Einsatzgebiet geliefert wurden und noch nicht von uns entschlüsselt werden können. Um das klarzustellen: Wir haben immer offen darüber berichtet, dass wir teilweise entschlüsseln konnten, dass ein Ziparchiv beschädigt war, was nicht geöffnet werden konnte. Und ein viertes Ziparchiv, da ist noch das Bundesamt für Sicherheit der Informationstechnik dabei, das zu entschlüsseln. Wenn es entschlüsselt ist, wird der Untersuchungsausschuss natürlich entsprechend unterrichtet.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: So. Jetzt stelle ich mal ganz einfach die Frage: Welche Fraktion hat noch Fragen? - Linke und Grüne. Dann beginnt jetzt die Linke.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Keine Angst, es gibt neue Fragen. - Frau Dr. Merkel, Sie hatten eben auf meine Frage mit den Besuchen bei Opferfamilien gesagt, dass man die gar nicht so genau festmachen könne. Ist Ihnen bekannt, dass lokale Akteure Listen von Opfern erstellt haben, die auch von der Bundeswehr zur Grundlage

genommen wurden, um Winterhilfe auszugeben, und auch zur Grundlage genommen wurden, um - zumindest zum Teil - die freiwillige Zahlung auszuführen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Erstens kenne ich mich bei den Listen, die gemacht wurden, nicht so genau aus. Ich habe lediglich auf eine generelle Schwierigkeit hingewiesen. Damit habe ich nicht gesagt, dass es nicht auch in Einzelfällen die Möglichkeit von Opfern gibt. Das kann ich nicht bewerten. Ich glaube, dass die Bundeswehr nach bestem Wissen und Gewissen versucht hat, das, was man in einem solchen schrecklichen Vorgang an Gerechtigkeit walten lassen kann, auch umzusetzen, und das auch in Absprache mit den vor Ort Verantwortlichen, sodass es landesgemäß und mit der Intention, dass wir ein gutes Verhältnis zu der örtlichen Bevölkerung haben, erfolgt ist.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Meine Intention war ja gerade zu sagen, wenn die Bundeswehr ja auch die Winterhilfe und die freiwilligen Zahlungen, die ja auch die Menschen angenommen und - wie wir hier auch im Untersuchungsausschuss gehört haben - auch dankbar angenommen haben - - bekommen haben, dann wäre es ja auch möglich gewesen, zu diesen Menschen zu gehen und dort direkt Anteil zu nehmen an ihrem Leid. Das war ja der Kern der Frage, warum zumindest bis zum Februar letzten Jahres kein Vertreter der Bundesregierung dort gewesen ist.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Frau Kollegin Buchholz, auch diese Frage ist jetzt schon mehrfach diskutiert worden.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich denke, dass ich das bei der Kollegin schon deutlich gesagt habe, dass zwischen uns jetzt diese auch nicht mehr auflistbare Tatsache besteht, dass Sie sagen, dort war in angemessener Position niemand, und ich kann nur sagen: Es ist so gewesen, ja.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Okay.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Und trotzdem sage ich nicht, dass kein Vertreter der Bundesregierung dort war.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Dann noch eine kurze Nachfrage. Sie haben gesagt, dass man sich ja auch an den Gouverneur gewendet hätte in dem Zusammenhang. Ist Ihnen bekannt, dass sich zumindest relevante Teile der Opferfamilien nicht von dem Provinzgouverneur und auch nicht von den lokalen Autoritäten repräsentiert fühlen, wie wir es hier auch im Untersuchungsausschuss gehört haben?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, es wundert mich nicht; sagen wir mal so.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Okay, danke. - Dann meine allerallerletzte Frage.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich weiß auch nicht, ob sich alle Deutschen von ihren lokalen Autoritäten immer ausreichend repräsentiert fühlen.

(Heiterkeit - Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das gilt nicht nur für die lokalen Autoritäten!)

Christine Buchholz (DIE LINKE): Das soll es geben. Es ist ja auch aber in dem Zusammenhang, wenn das von Ihnen angeführt wird, -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Moment! Ein bisschen Ruhe, bitte!

Christine Buchholz (DIE LINKE): - dass Kontakt mit dem Gouverneur gesucht wird, sozusagen mit der Frage darauf hingewiesen, dass damit natürlich nicht sichergestellt ist, dass der Kontakt auch da ankommt, wo man das vielleicht intendiert hat.

Aber nun zu der letzten Frage. Ich habe Ihre Bemerkung im Eingangsstatement, dass beim Verlust menschlichen Lebens sich das Wort Entschädigung verbietet - - habe ich schon verstanden, sozusagen in dem Wortsinne, was Sie meinten. Dennoch ist uns auch hier im Untersuchungsausschuss von zumindest einer der afghanischen Zeuginnen deutlich gemacht worden, dass Angehörige von Opfern der Bombardierung und auch Verletzte über Winterhilfe und freiwillige Zahlungen hinaus Entschädigung von der Bundesregierung erwarten. Ist Ihnen das bekannt?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Im Detail ist mir das nicht bekannt. Aber auch das ver-

wundert mich nicht, dass natürlich eine solche Erwartungshaltung besteht. Ich glaube, dass die Erwartungen an uns in Afghanistan selbst in Situationen, wo nichts Schreckliches passiert ist, auch immer sehr hoch sind und dass wir diesen Erwartungen zu entsprechen versuchen, aber nicht in jedem Fall entsprechen können.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Frau Kollegin Buchholz, Sie sind ja fertig mit den Fragen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das ist ja gerade auch das Konzept der vernetzten Sicherheit, dass wir uns eben nicht nur mit militärischen Fragen beschäftigen, sondern in der vernetzten Sicherheit auch immer darum uns mühen. Und das erzeugt auch Erwartungen, und das finde ich auch gut, dass man Erwartungen an uns hat.

Christine Buchholz (DIE LINKE): Dann ist es ja auch vielleicht gut, wenn die Erkenntnisse dieses Ausschusses da noch Handlungsbedarf auch signalisieren.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Frau Kollegin Buchholz, jetzt, glaube ich, schließen wir das Thema ab, weil es nur bedingt zum Untersuchungsausschuss gehört. - So. Ist die Linke jetzt fertig mit den Fragen? - Danke schön. - Dann kommen die Grünen. Herr Kollege Nouripour.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Frau Vorsitzende. - Frau Bundeskanzlerin, Sie waren zu der Zeit ja auch nicht nur Bundeskanzlerin, sondern auch eine Kanzlerkandidatin und waren ja auch Parteivorsitzende.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich war immer Bundeskanzlerin.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie waren selbstverständlich Bundeskanzlerin. Aber Sie waren ja auch - - Sie haben sich ja auch um eine weitere Amtszeit beworben.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich war im Wahlkampf, ja.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig. Und meine Frage ist: Es

gab doch ganz gewiss in dieser Zeit nicht nur die Amtsgeschäfte, sondern es gab ja auch, gerade für Sie als Parteivorsitzende, Lagen oder Besprechungen oder taktische Besprechungen, wie man eigentlich im Wahlkampf vorgeht. Ist das falsch?

(Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Das geht Sie gar nichts an!)

- So. Nein, die Frage - - Okay. Dann geht es weiter. Davon gehe ich mal fest aus. War unser Untersuchungsauftrag in irgendeinem Zusammenhang Thema in diesen Unterrichtungen, Unterredungen, Lagen etc. pp.?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zu keinem Zeitpunkt?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich weiß nicht, wie Sie sich Lagebesprechungen in der CDU vorstellen.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie bei uns halt.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, na gut, aber - -

(Heiterkeit)

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da gibt es keine Tabus. - Gut.

Sie haben vorhin gesagt, dass Franz Josef Jung einen einzigen Tag bzw. das BVMg an einem einzigen Tag was Falsches erzählt hätte - wenn ich das jetzt falsch wiedergegeben habe, müssten Sie mich korrigieren -, und Sie haben dann den Samstag gemeint. Ist Ihnen bekannt, dass am Freitag, und zwar sozusagen durchgehend, zwar mit veränderten Meldungen, aber den ganzen Freitag auf der Website der Bundeswehr stand, dass es keine zivilen Opfer gegeben hat?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann sind es schon zwei Tage.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, der Freitag ist ja der Tag, an dem wir alle erst mal die Dinge zur Kenntnis bekommen haben. Da gibt es eine umfassende Regie-

rungspressekonferenz, in der sich sozusagen die Frage schon andeutet. Ich habe Bezug genommen auf den Samstag, weil ich dort mit Ihnen persönlich über die Sache gesprochen habe. Und am Sonntag - da sind wir uns einig - war es beseitigt.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Beseitigt gilt aber auch dann - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, am Freitag gab es ja keine sozusagen - - Ich unterscheide den Freitag von dem Samstag, um das klarzumachen. Am Samstag gab es deutlich widersprechende Aussagen, zum Beispiel von General McChrystal, der gesagt hat: Ich gehe von zivilen Opfern aus - sinngemäß. So. Am Freitag konnte man die Sache so betrachten, dass man gesagt hat, es gibt keine, oder man war vorsichtiger, wie ich das zum Beispiel für geboten gehalten habe. Aber es gab noch nicht diese Evidenz der anderen Meldungen. Jedenfalls waren sie mir so weit nicht nachweisbar bekannt.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Am Montag gab es ja noch eine Pressekonferenz von Herrn Dr. Raabe. Auf dieser Pressekonferenz hat er nicht so offen, zumindest nach meiner Wahrnehmung nicht so offen von zivilen Opfern gesprochen. Ist das falsch?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Er hat davon gesagt, es gibt keine konsolidierte, glaube ich - wenn ich mich recht erinnere -, Erkenntnis über zivile Opfer, was nicht im Widerspruch zu der Tatsache steht, dass es zivile Opfer geben könnte.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, die Formulierung „keine konsolidierte Erkenntnis“ ist sozusagen ein klares Nichtausschließen für Sie? Habe ich es richtig verstanden?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Es ist nicht ein klares Nichtausschließen, aber es ist auch kein klares Nicht - - Also, es ermöglicht auch die Möglichkeit, dass es zivile Opfer gibt. Er hat lediglich gesagt, es gibt keine konsolidierte Erkenntnis, dass es welche gibt.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben ja vorhin davon gesprochen, dass es - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich meine, ich muss noch mal darauf hinweisen: Der COMISAF-Bericht ist nach meiner Kenntnis offener formuliert als der IAT-Bericht. Da war von „high degree of certainty“ die Rede, und später ist gesagt worden, man wird es nicht mehr herausfinden. Ich denke trotzdem, dass wir davon ausgehen müssen, dass es welche gab. Aber ich will nur sagen: Wenn wir uns jetzt hier schon sprachlich korrekt voranpirschen, dann ist die Formulierung am Montag eine andere durch das Bundesverteidigungsministerium, als sie am Freitag in der Regierungspressekonferenz war.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Am 15. Oktober war Admiral Stavridis in Berlin. Hat er sich eigentlich mit Ihnen treffen können?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Reibungen und - - „Reibungen“ nehme ich wieder zurück. Aber dass es schwierig war und dass nicht alle Informationen aus dem Bundesverteidigungsministerium zeitnah ins Kanzleramt geflossen sind, war das zu irgendeinem Zeitpunkt, betreffend unseren Fall, im Kabinett Thema?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt nicht Ihrerseits, aber vielleicht vom Bundeskanzleramtschef?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, wir sprechen hier über die Frage, ob etwas am 07.09. oder am 10.09. im Kanzleramt war. Das war in dieser Zeit sicherlich eine lange Periode. Aber ich sage noch mal: Die Mitarbeiter haben das auf ihrer Arbeiterebene klären können. Ansonsten gab es dann einen guten Informationsfluss bis auf den Punkt, an dem dann ja auch das Verteidigungsministerium, also der Minister zu Guttenberg selbst, noch neue Informationen bekommen hatte.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, noch mal für mich zum

Verständnis. Das IAT war an welchem Tag im Kanzleramt?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wie bitte? Das was?

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Initial Action Team, Report.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Team war im Kanzleramt, 10.09.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Am 10.09.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Angefordert am 07.09., eingegangen am 10.09., bewertet, von mir dann sofort geguckt, ob daraus sozusagen ein Manko für meine Regierungserklärung, also ein Nichtwissen entstehen konnte. Aber der Bericht des Verteidigungsministeriums über die Abläufe enthielt die Formulierung, „high degree of certainty“ für zivile Opfer, und damit war der Kernsatz dessen, was für die Regierungserklärung notwendig war, mir bereits am Abend des 07.09. bekannt.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Am 23. Juli hat General Schneiderhan in einer Zeitung die Aussage getätigt, dass das jetzt abgesprochen sei, dass es jetzt an der Zeit sei, eine Eskalation in Afghanistan vorzunehmen. Hat das irgendwas mit unserem Vorfall zu tun, und war diese Eskalation mit Ihrem Haus abgesprochen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Sehe ich nicht. Ich weiß auch nicht, worauf sich die Eskalation bezog. Gehen Sie jetzt auf die neue Taschenkarte, in die Richtung, oder was ist jetzt?

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch, ja. Also, das bezog - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, und was wollen Sie jetzt?

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Frage war - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, Ihre Frage war, ob ich - - Was?

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es waren zwei Fragen, -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - die sozusagen miteinander was zu tun haben. Die eine Frage war: War das eine Aussage oder eine Veränderung der Strategie, die mit Ihrem Haus abgesprochen war? Und die zweite Frage war: Hat das was mit unserem Untersuchungsauftrag zu tun?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Die zweite Frage: Nein. Und von einer Strategieänderung ist mir auch nichts bekannt.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank. - Die Frage der zivilen Opfer: Es ging ja um Tanklaster, die entführt worden waren. Das war ja von der ersten Sekunde an bekannt. Ist die Frage, was denn eigentlich mit den Fahrern passiert ist, eine gewesen, die bei der Bewertung, ob es zivile Opfer gegeben hat, eine Rolle gespielt hat? Weil das ist ja eigentlich sozusagen naturwissenschaftlich auf der Hand liegend, dass es da Fahrer gegeben hat, wenn denn Tanklaster entführt worden sind.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, solche Fragen sind mir in meiner naturwissenschaftlichen Praxis selten begegnet. Aber wenn Sie die Frage für naturwissenschaftlich halten, dann ist das vielleicht eine Bereicherung der Naturwissenschaften. Aber ich glaube, wir bewegten uns jetzt mehr im Bereich der Logik, die -

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat nichts mit Natur - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: - an sich noch nicht naturwissenschaftlich ist.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Gut. Aber jetzt Spaß beiseite.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, bitte.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Sie wollten jetzt wissen, ob die Frage der Fahrer der

Tanklastzüge etwas mit der Frage der zivilen Opfer zu tun hat. Die Untersuchungen sind ja schwer zu führen, welcher Art die Fahrer waren. Also, ich kann über die Fahrer jetzt nichts sagen. Ich kann nur sagen, dass immerhin auch der IAT-Bericht nicht sofort logisch darauf gekommen ist, dass dadurch, dass da ein Fahrer war, auch schon 100 Prozent Gewissheit bestand, dass es ein ziviles Opfer gegeben hat. Die waren ja irgendwie entführt, die Tanklastzüge.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja vorhin die Kategorie Beteiligte und Unbeteiligte wieder eingeführt. Das sind ja Kategorien, die uns so nicht bekannt waren, bevor wir diese Arbeit aufgenommen haben. Da ging es ja um Zivilisten und - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich wollte einfach auch „Unschuldige“ sagen. Ich kenne mich in der - -

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist schon wieder ein theologischer Begriff.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, ich weiß. Ich kann die rechtliche Bewertung von Unbeteiligten, Zivilisten und Unschuldigen nur sehr schwer - - oder die kann ich gar nicht vornehmen, und ich weiß nicht, ob die Juristen sie vornehmen können.

(Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Ist auch schwierig!)

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir werden sie nicht fragen. - Die Frage stelle ich, weil ich noch ein letztes Mal zurückkommen will auf die Frage der Gewissheit und der Frage ziviler Opfer, weil wir ja tatsächlich, beispielsweise bei UNAMA, eine Liste vorgelegt bekommen haben, die eine sehr, sehr - - also die höchstmögliche aller Zahlen, die wir kennen, beinhaltet, und davon zwar - sagen wir mal - ein Drittel, Minimum, Minderjährige sind. Minderjährige, da ist die Frage der Beteiligung, Nichtbeteiligung, Kombattant, nicht Kombattant, relativ evident. Ist das nicht ein Indiz für Sie bei Minderjährigen, die kein zweistelliges Alter haben, dass das sozusagen keine Kombattanten sind?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Schauen Sie, wir sind jetzt zwar im Untersuchungsausschuss, aber jetzt auch nicht in einem Gerichtssaal. Ich habe eine politische Bewertung vorzunehmen, und als Bundeskanzlerin sage ich, dass ich in allem, was ich sage und tue, davon ausgehen muss, dass die Wahrscheinlichkeit, dass es zivile Opfer gibt, um ein Vieles höher ist. Also, ich gehe einfach von zivilen Opfern aus und richte danach meine politische Einlassung zu diesem Vorgang ein.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die Erkenntnis, die mehrfach berichtet worden ist und sich auch im offiziellen UN-Bericht denn wiederfindet, dass es auch Minderjährige gegeben hat - -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Nouripour, an das Mikrofon und bitte laut sprechen.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist zu kurz, das Mikrofon. - Die Erkenntnis, dass - - Besser?

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Absolut.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Erkenntnis, die UN-gestützt ist, die besagt, dass es zivile Opfer gegeben hat, die teilweise zehn Jahre oder jünger sind, ist das für Sie mit ein Beweggrund, eine solche Aussage zu treffen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Es widerspricht meiner politischen Bewertung nicht.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte noch - -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Nouripour, Ihre Redezeit ist eigentlich abgelaufen. Aber nachdem Ihre Fraktion diejenige ist, die noch Fragen hat, verlängere ich das jetzt halt.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank; davon ging ich aus. Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Aber keine Wiederholungsfragen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Neue!)

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die sind alle neu; ich weiß nicht, was Sie haben.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Also, wann die Minderjährigen - - Geschenk; diskutieren wir ein andermal.

Ich will noch einmal verstehen, worin die Vorverurteilung bestanden hat, weil, wenn wir über einen französischen Außenminister beispielsweise sprechen, der ja ein enger Partner der Bundesrepublik Deutschland ist und ein Außenminister eines Landes mit einem großen Kontingent in Afghanistan, und wenn ein solcher Mann vor die Kameras geht und von zivilen Opfern spricht, gibt es ja auch theoretisch - - Erstens gibt es theoretisch ja die Möglichkeit, dass er eigene Quellen und eigene Nachrichten hat, und zweitens, im Nachhinein muss man ja sagen, hatte er recht. Also ist meine Frage: Worin bestand da die Vorverurteilung?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Die Vorverurteilung bestand in der Tonalität dessen, was er gesagt hat, und dem Zeitpunkt, zu dem man die Präzision an Wissen nach meiner Auffassung nicht haben konnte.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht haben konnte, bedeutete? Damit ich mir das vorstelle.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Es sind ja auch Bewertungen dort vorgenommen worden, wo ich wirklich davon ausgehe, dass sie rein aus der Presselage gemacht wurden. Es ist hinterher zum Teil ja auch erklärt worden, dass man gar nicht genau wusste, wer eigentlich der Verursacher war und wie das alles zusammenhing.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe eine letzte Frage. Das ist dieselbe, die vorhin der Kollege Beck, glaube ich, auch dem ehemaligen Außenminister gestellt hat. Wir haben hier einen Anspruch, alle Fraktionen, dass wir am Ende auch aufschreiben, was man besser machen soll, und Empfehlungen abgibt. Meine Frage lautet: Welche Fehler sehen Sie im Nachhinein, die man abstellen muss?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich glaube, dass die Fehler doch oder - was heißt „Fehler“? - die Unzulänglichkeiten darin bestanden, dass entsprechend dem COMISAF-

Bericht manche Einsatzregeln, also diese Rules of Engagement, entweder nicht 100 Prozent eingehalten wurden oder aber auch in ihrer Präzisierung so waren, dass vielleicht Unklarheiten bestanden.

Wenn ich das recht irgendwo gehört habe - ich kann Ihnen die Quelle jetzt aber nicht sagen -, dann hat man jetzt ja -- Da gibt es ja Trainingszentren zum Beispiel, wo bestimmte Vorbereitungen getroffen werden in der Ausbildung der Soldaten, in der Ausbildung derjenigen, die dann auch verantwortlich sind innerhalb von ISAF, und dass man in vielerlei Hinsicht hier präziser vorgeht und auch die Soldaten besser auf mögliche Situationen vorbereitet. Ich meine, das ist ja eine sehr komplizierte Situation, in der in der Luft Flugzeuge sind, in der Bilder auf die Erde übertragen werden, in der dann Beurteilungen vorzunehmen sind: Wie sind die Ketten, in denen man sich dann informieren muss? Wer sind die Vorgesetzten, die dazu Stellung nehmen müssen? Wie beurteilen die Vorgesetzten das? - All diese Fragen werden heute, glaube ich, nach diesem Vorfall in Kunduz in präziserer und besser vorbereiteter Weise durchgeführt.

Vielleicht -- das wissen Sie aber ja besser als ich; das brauche ich jetzt hier eigentlich gar nicht zu wiederholen. Der General McChrystal ist mit der festen Absicht gekommen, die von uns auch absolut unterstützt wurde, dass zivile Opfer möglichst zu vermeiden seien. Wir hatten eine Vielzahl von Vorgängen, an denen Deutsche nicht beteiligt waren, aber andere, wo Zivilpersonen sozusagen zu Tode gekommen sind. Wir waren immer der Meinung, dass diese Frage minimiert werden muss. Als General McChrystal sich dieser Aufgabe angenommen hat - das ist ja auch die Tragik dieses Vorgangs -, ist nun ausgerechnet im deutschen Einsatzbereich ein solcher Vorgang gewesen, der dann natürlich auch eine besondere Aufmerksamkeit bekommen hat.

Wenn ich richtig informiert bin, ist auch eine solche detaillierte Untersuchung sozusagen genau auf diese neue Herangehensweise zurückzuführen, wie sie im COMISAF-Bericht gemacht wurde. Deshalb glaube ich, dass, seitdem diese ganz andere Herangehensweise auch ist, wir auch weniger, wenn ich die letzten Monate sehe, Klagen haben über Zivilisten, die zu Schaden gekommen sind, obwohl es leider immer noch welche gibt.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Dann sind wir am Ende der Befragung. - Frau Bundeskanzlerin, ich darf Sie noch mal darauf hinweisen, dass Ihnen nach Fertigung des Protokolls dieses für mögliche Korrekturen vom Sekretariat übersandt wird. Zuletzt erinnere ich daran, dass nach § 26 Abs. 3 PUAG der Untersuchungsausschuss durch Beschluss feststellt, dass die Vernehmung des Zeugen abgeschlossen ist. Die Entscheidung darf erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist.

Frau Bundeskanzlerin, ich danke Ihnen für Ihr Kommen, wünsche Ihnen alles Gute und schließe hiermit die Sitzung.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Danke schön.

(Schluss: 19.56 Uhr)